

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

NATIONALISMUS IN ASIEN



■ **Der wieder erstarrende Nationalismus in Ostasien – Gefahr für die regionale Stabilität?**

Peter Hefeke / David Merkle / Janina Sturm

■ **Südkorea auf der Suche nach sich selbst: Von „Opfer-nationalismus“ zu Nation Branding**

Norbert Eschborn / Janine Läßle

■ **Die Parlamentswahlen 2013 und die Entwicklung der politischen Parteien in Kambodscha**

Denis Schrey / Allan Tran-Sam / Stefanie Hartwig

■ **Wahlen in 14 mexikanischen Bundesstaaten: Lokalkolorit und erster Stimmungstest für den „Pakt für Mexiko“**

Stefan Jost

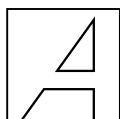
■ **Mali in Sicherheit?**

Die Wahlen sind gelungen, doch die Probleme bleiben

Bakary Sambe



KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
11 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISSN 0177-7521
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
29. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23
D-10785 Berlin
Telefon (030) 2 69 96-33 83
Telefax (030) 2 69 96-35 63
Internet: <http://www.kas.de>
<http://www.kas.de/auslandsinformationen>
E-Mail: stefan.burgdoerfer@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn
Kontonr.: 10 3333 100 BLZ: 380 400 07
IBAN: DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess
Dr. Wolfgang Maier
Thomas Birringer
Gisela Elsner
Dr. Stefan Friedrich
Dr. Beatrice Gorawantschy
Jens Paulus

Verantwortlicher Redakteur:

Stefan Burgdörfer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen
zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf
Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft
5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen
Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um
ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis
zum 15. November eines Jahres schriftlich
abbestellt wird.

Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
(obige Anschrift)

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung: RedKeyTranslation, Hannover

Satz: racken, Berlin



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem
europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausge-
zeichnet ist.

Inhalt

4 | EDITORIAL

Nationalismus in Asien

6 | DER WIEDER ERSTARKENDE NATIONALISMUS IN OSTASIEN – GEFAHR FÜR DIE REGIONALE STABILITÄT?

Peter Hefele / David Merkle / Janina Sturm

26 | SÜDKOREA AUF DER SUCHE NACH SICH SELBST: VON „OPFERNATIONALISMUS“ ZU NATION BRANDING

Norbert Eschborn / Janine Läßle

Andere Themen

52 | DIE PARLAMENTSWAHLEN 2013 UND DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN PARTEIEN IN KAMBODSCHA

Denis Schrey / Allan Tran-Sam / Stefanie Hartwig

75 | WAHLEN IN 14 MEXIKANISCHEN BUNDESSTAATEN: LOKALKOLORIT UND ERSTER STIMMUNGSTEST FÜR DEN „PAKT FÜR MEXIKO“

Stefan Jost

90 | MALI IN SICHERHEIT? DIE WAHLEN SIND GELUNGEN, DOCH DIE PROBLEME BLEIBEN

Bakary Sambe



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Jahrzehnten lässt sich ein Anstieg des Nationalismus in Asien beobachten. Der Nationalismus, verstanden als übersteigertes Bewusstsein von der Bedeutung der eigenen Nation, von dem eine Überlegenheit gegenüber anderen Nationen abgeleitet wird, führt in der gesamten Region zu Spannungen und Konflikten. Im Südchinesischen Meer wird militärisch aufgerüstet, Territorialstreitigkeiten nehmen zu.

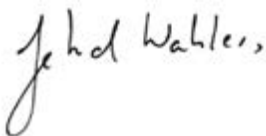
Auswirkungen des Nationalismus lassen sich in fast allen asiatischen Ländern beobachten. Dabei werden die Begriffe Nationalismus und Patriotismus häufig synonym verwendet. Nationalismus wird keinesfalls nur negativ gesehen. Es verwundert nicht, dass gerade die früheren Kolonien eine andere historische Verbindung zu diesem Phänomen haben als die früheren Kolonialstaaten: Wenn sie sich auf die Bedeutung ihrer Nation besannen, dann in den seltensten Fällen mit dem Ziel, andere Länder zu okkupieren, sondern im Gegenteil, sich von diesen zu befreien.

Die große Bedeutung des Nationalismus lässt sich nicht nur historisch erklären, sondern auch damit, dass die Vorstellung weit verbreitet ist, zur Sicherung des sozialen Friedens und der Stabilität bedürfe es eines starken Militärs. Die politischen Entscheidungsträger stützen sich auf die Streitkräfte, diese wiederum appellieren an den Patriotismus und Nationalismus der Bevölkerung und kooperieren oft mit nationalistischen politischen Parteien und Gruppierungen. Wenn im Fernsehen über einen Einsatz des nationalen Militärs berichtet wird, läuft im Hintergrund patriotische Musik, werden die Soldaten als Helden gefeiert, wird mit Verve an das Nationalgefühl der Bevölkerung appelliert. Kein kommerzielles Medienunternehmen wagt es etwa, im Konflikt um das Südchinesische Meer an die Vernunft der Leser und Zuschauer zu appellieren. Zwar sprechen sich viele Beiträge für eine friedliche Lösung der Konflikte aus, aber immer mit dem „national gewünschten“ Ergebnis.

Die größten Spannungen in der Region gehen von der Rivalität zwischen Japan und der Volksrepublik China aus. Umfragen zeigen, dass Chinesen und Japaner voneinander so

schlecht denken wie zuletzt zu Kriegszeiten – und dies, obwohl der wirtschaftliche Aufschwung Chinas zu intensiveren Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit dem Nachbarn geführt hat. Peter Hefele, David Merkle und Janina Sturm stellen in dieser Ausgabe fest, in Ostasien zeige sich, „dass Globalisierung und wirtschaftliche Verflechtung zwischen Ländern keineswegs zu einem Zuwachs an Vertrauen und friedlichen Beziehungen führen muss“. Trotz globalisierter Wirtschaft und der Zunahme ausländischer kultureller Einflüsse hat der Nationalismus auch in der Republik Korea nicht an Bedeutung verloren. Norbert Eschborn und Janine Läßle verweisen in ihrem Beitrag aus Seoul jedoch auf die zunehmende Migration und die weltweite mediale Vernetzung. Beide Entwicklungen sprechen aus ihrer Sicht für einen möglichen Bedeutungsverlust des Nationalismus, wenn auch nicht in Kürze.

In Europa hat der Nationalismus als Begründung für die verheerendsten Kriege des 20. Jahrhunderts gedient. Konrad Adenauer bezeichnete ihn als „Krebsschaden Europas“. Im Anschluss hat jedoch das europäische Einigungswerk bewiesen, wie Spannungen abgebaut und Nationalismen zurückgedrängt werden können. Ein halbes Jahrhundert der wirtschaftlichen, politischen und schließlich der institutionellen Verflechtung hat indessen nicht dazu geführt, dass die Nationen ihre Bedeutung verloren hätten. Auch im vereinten Europa wird es beispielsweise immer eine deutsche, eine italienische und eine tschechische Identität geben. Für Asien ist eine ähnliche Entwicklung denkbar und wünschenswert: Eine verstärkte regionale Kooperation kann dazu beitragen, Spannungen abzubauen, den Wohlstand zu mehren und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger zu steigern. Dies wäre zum Wohle aller asiatischen Nationen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de



Dr. Peter Hefe ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai.



David Merkle ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Auslandsbüros Shanghai.



Janina Sturm ist Studentin der Betriebswirtschaftslehre und absolvierte ein Praktikum im Auslandsbüro Shanghai der Konrad-Adenauer-Stiftung.

DER WIEDER ERSTARKENDE NATIONALISMUS IN OSTASIEN

GEFAHR FÜR DIE REGIONALE STABILITÄT?¹

Peter Hefe / David Merkle / Janina Sturm

Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Modernisierung Ostasiens und deren regionale und globale Verflechtung haben nicht zu einem Rückgang der Nationalismen in diesen Ländern geführt – im Gegenteil: Nationalistische Gefühle und Ressentiments sind gerade in den letzten Jahren neubelebt worden und gewinnen deutlich an Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik dieser Staaten. Am 2. September dieses Jahres, zum 68. Jahrestag der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg, wurde wieder einmal das nie ernsthaft aufgearbeitete historische Erbe deutlich, das immer wieder zu Spannungen in den Beziehungen zwischen China und Japan führt. Selten haben Umfragen ein negativeres Bild gegenüber dem Nachbarland gezeichnet als in den letzten beiden Jahren.

Was sind die Gründe für diesen erstarkenden Nationalismus in Ostasien? Wie stark beeinflusst er wirklich die aktuelle Innen- und Außenpolitik? Wer sind die wichtigsten Träger des Nationalismus? Und welche Rolle spielt er in den aktuellen Territorialstreitigkeiten zwischen den Nachbarstaaten?

1 | Betrachtet werden nationalistische Strömungen in der Volksrepublik China und Japan sowie die besondere Situation Taiwans. Für die Situation in Südkorea wird auf den ebenfalls in diesem Heft erscheinenden Artikel von Norbert Eschborn, KAS-Büro Seoul/Südkorea, verwiesen.

NATIONALISMUS IN OSTASIEN: KONZEPTE UND GESCHICHTLICHE HINTERGRÜNDE

Die Entwicklung eines modernen Nationalismus in Ostasien ist eng mit den dortigen Modernisierungsprozessen seit dem 19. Jahrhundert verbunden. Er entstand aus dem Widerstand gegen westliche Kolonialmächte, und insbesondere in China und Korea auch gegen das imperialistische Ausgreifen Japans in Nordostasien. Der Kampf gegen die Assimilation durch fremde Kulturen, Sprachen und Werte sowie letztlich das Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Eigenständigkeit waren Ursachen auch für den ostasiatischen Nationalismus.²

Das ursprünglich in Europa entstandene Konzept des Nationalismus bezeichnet Weltanschauungen und damit verbundene Bewegungen, die die Errichtung und Erhaltung eines souveränen Nationalstaats und eine bewusste Identifizierung und Solidarisierung aller Mitglieder mit der (häufig noch zu schaffenden) Nation anstreben.³ Dabei unterscheidet man einen inklusiven Nationalismus, der alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von ihrer kulturellen Identität einschließt, und einen exklusiven Nationalismus, der andere Nationen bzw. Minderheiten als nicht gleichwertig ansieht. Letzterer führt zur Herabsetzung anderer Nationen oder legitimiert gar eine „zivilisatorische Mission“ aufgrund einer übersteigerten Überzeugung von der Bedeutung der eigenen Nation. Auch wird Nationalismus mit kultureller Identität häufig in eins gesetzt, in dem Sinne, dass soziale Bindung von kultureller Übereinstimmung abhängt und dementsprechend „ethnische und politische Grenzen deckungsgleich sein sollen“.⁴

Man unterscheidet einen inklusiven Nationalismus, der alle gesellschaftlichen Gruppen einschließt, und einen exklusiven Nationalismus, der andere Nationen bzw. Minderheiten als nicht gleichwertig ansieht.

- 2 | Vgl. Jochen Buchsteiner, „Fernost: Das Dreifache Feuer“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.04.2005. <http://faz.net/aktuell/feuilleton/fernost-das-dreifache-feuer-1233693.html> [10.10.2013].
- 3 | Vgl. Eckart Thurich, *Demokratie in Deutschland*, 2011, <http://bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16503/nationalismus> [10.10.2013].
- 4 | Vgl. Herfried Münkler, „Ein gemeinsames Dach“, *Die Zeit*, 01.05.1992, <http://zeit.de/1992/19/ein-gemeinsames-dach> [10.10.2013].

Aufgrund der hohen ethnischen und kulturellen Homogenität Japans (wie auch Koreas) spielt das Moment der kulturellen Einheit für den dortigen Nationalismus eine große Rolle.

Die Nationalismen Ostasiens weisen sowohl inklusive als auch exklusive Aspekte auf. Die starke Identifikation mit dem eigenen Herkunftsland geht häufig einher mit einem ethnisch begründeten Überlegenheitsgefühl und einer Abgrenzung von anderen Nationen. Aufgrund der hohen ethnischen und kulturellen Homogenität Japans (wie auch Koreas) spielt das Moment der kulturellen Einheit für den dortigen Nationalismus eine große Rolle. In China hingegen ging und geht der Nationalismus in erster Linie von der Mehrheit der Han-Chinesen (91 Prozent der Bevölkerung) aus. Die kommunistische Führung versucht jedoch, das Bild einer auch kulturellen Einheit zu vermitteln, indem alle Volksgruppen als „Chinesen“ (*zhōngguó rén* / 中国人) definiert werden.⁵ Damit soll eine nationale Klammer für die 57 offiziell anerkannten ethnischen Einheiten geschaffen werden.

China und Japan können auf eine teilweise mehr als zweitausendjährige staatlich-kulturelle Kontinuität zurückblicken, die einen wesentlichen Bezugspunkt und die Quelle für ihr modernes Nationalbewusstsein darstellt. Gleichwohl ist Nationalismus in beiden Ländern ein vergleichsweise „junges Geschöpf“, das sich gegenüber älteren Konzeptionen der Identitätsstiftung (z.B. dynastische Loyalität oder ethnische Herkunft) durchsetzen musste und auch territorial bis heute (insbesondere in China) keine endgültige Festlegung gefunden hat.

Die Nationalismen Ostasiens waren und sind bis heute ein „Modernisierungsvehikel“, ohne zwingend die im Westen häufig damit verbundenen politisch-emanzipatorischen Werte wie Freiheit und Demokratie einzuschließen.⁶ Sieht man von dieser allgemeinen Modernisierungsfunktion seit

5 | Der chinesische Begriff *minzu* (民族) deckt ein Bedeutungsspektrum ab, das in europäischen Sprachen von mehreren Wörtern belegt ist: Nation, Volk, Nationalität, Volksgruppe, Ethnie, ethnische Gruppe. So hat zum Beispiel der Begriff *zhonghua minzu* (中华民族) zwei Übersetzungsmöglichkeiten: die „Chinesische Nation“ und die „Völker (Nationalitäten) Chinas“.

6 | In Europa lässt sich idealtypisch zwischen einem liberalen (westeuropäischen) und einem ethnisch-kulturellen Nationalismus unterscheiden. Ersterer strebt auch eine politische Emanzipation im Sinne der Aufklärung an. Vor rund zehn Jahren wurde in der sinologischen Forschung darüber diskutiert, ob es in der VR China auch einen „liberalen“ >

dem frühen 19. Jahrhundert einmal ab, so liegen den Nationalismen Chinas und Japans teilweise sehr unterschiedliche Begründungen und historische Wirkungsweisen zugrunde.

China

Der im 19. Jahrhundert entstehende chinesische Nationalismus ist eng mit den „Drei Volkslehren“ (*sānmínzhuyì* / 三民主義) Sun Yat-sens (孫逸仙) verbunden, der als einer der Väter des modernen Chinas gilt.⁷ Um den befürchteten Niedergang des chinesischen Volks und seiner Kultur unter dem Druck westlicher Mächte seit den Opium-Kriegen aufzuhalten,⁸ entwickelte er (aufbauend auf Überlegungen einiger Vorgänger) einen Nationenbegriff, der in erster Linie von einer han-chinesischen Nation ausgeht und sich politisch und ethnisch von der mandschurischen Herrschaft der Qing-Dynastie abzugrenzen versucht. Während Sun Yatsen noch nach einer Synthese mit den Ideen des westlichen Liberalismus (Demokratie / *mínquánzhuyì* / 民權主義) und Volkswohl (*mínshēngzhuyì* / 民生主義) suchte, erfuhr der chinesische Nationalismus nach dem Sieg der chinesischen Kommunisten unter Mao Zhedong eine Umdeutung. Soziale und nationale Befreiung wurden ideologisch verschmolzen und „anti-imperialistisch“ gewendet. Während der Massenkampagnen der 1950er und 1960er Jahr trat der Begriff zugunsten des Patriotismus (*aiguozhuyì* / 愛國主義) zurück. Seit den 1980er Jahren ist eine Wiederbelebung der älteren Nationalismusvorstellungen festzustellen. Damit soll auch der Bedeutungsschwund der Kommunistischen Ideologie als Legitimationsgrundlage der herrschenden Partei

Um den befürchteten Niedergang des chinesischen Volks und seiner Kultur seit den Opium-Kriegen aufzuhalten, entwickelte sich in China ein Nationenbegriff, der in erster Linie von einer han-chinesischen Nation ausgeht.

Nationalismus mit politisch-emanzipatorischer Ziel geben könnte. Dafür gibt es gegenwärtig keine Anzeichen mehr. Vgl. Gunter Schubert, „Nationalismus in China – Der liberale Gegentext zum anti-westlichen Etatismus“, Project Discussion Paper No. 18/2001, Discourses On Political Reform And Democratization In East And Southeast Asia In The Light Of New Processes Of Regional, Community building, Duisburg, 2001.

7 | Vgl. Werner Meissner, „Nationalismus“, in: Stefan Friedrich, Hans W. Schütte und Brunhild Staiger (Hrsg.), *Das Große China-Lexikon*, Darmstadt, 2008, 530-533.

8 | Vgl. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, „Chinas Aufstieg: Der geteilte Himmel“, *Zeit Geschichte*, 28.02.2012, 16, <http://zeit.de/zeit-geschichte/2012/01/China-Essay> [10.10.2013].

und integrative Klammer für die Gesellschaft ausgeglichen werden. Eine Besonderheit und Herausforderung stellt die de facto-Zweistaatlichkeit der chinesischen Nation und die Frage einer Wiedervereinigung mit Taiwan dar (siehe Abschnitt über den taiwanesischen Nationalismus).

Japan

Die Meiji-Reformen schufen einen modernen Staatsaufbau und setzen eine Modernisierung von Wirtschaft und Armee in Gang, die Japan zum mächtigsten Staat Ostasiens aufsteigen ließ.

Als einziger Staat Ostasiens entging Japan im 19. Jahrhundert einer direkten Kolonisation durch westliche Mächte. Doch gab die erzwungene Öffnung Japans durch die Vereinigten Staaten von Amerika ab 1853 den

entscheidenden Anstoß zu einer grundlegenden Reform des japanischen Kaiserreiches. Die Meiji-Reformen ab 1868 schufen einen modernen Staatsaufbau und setzen dort eine Modernisierung insbesondere von Wirtschaft und Armee in Gang, die Japan innerhalb von drei Jahrzehnten zum mächtigsten Staat Ostasiens aufsteigen ließ.

Die aggressive Expansionspolitik, zunächst nach Nordostasien (Korea und die zum chinesischen Kaiserreich gehörende Mandchurei), war macht- und wirtschaftspolitisch motiviert. Als ideologische Grundlage diente eine Mischung aus dem Stolz auf eine alte, einzigartige Kultur — die sich Japan trotz der Reformen, die sich überwiegend auf den technischen und administrativen Bereich beschränkten, bewahrt hatte — und einen aus einem Überlegenheitsgefühl aufgrund seines Fortschritts gespeisten (modernen) Nationalismus. Durch diese behauptete ethnisch-kulturelle Überlegenheit wurden die Besetzung und Oberherrschaft asiatischer Nachbarstaaten, ja sogar Versuche zu deren Assimilierung, gerechtfertigt. Der Sieg über die russische Flotte 1904 im Gelben Meer stärkte Japans Selbstbewusstsein zusätzlich, schließlich war es gelungen, eine europäische Großmacht zu überwinden.⁹ Die in den 1930er und 1940er Jahren vom japanischen Militär und der Regierung entwickelte Konzeption einer „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ (*daitōa kyōeiken* / 大東亜共栄圏) gab vor, einen „Block von asiatischen Nationen geleitet von Japanern

9 | Vgl. Wolfgang Zank, „Japans Triumph, Russlands Debakel“, *Die Zeit*, 15.02.2004, <http://zeit.de/2004/07/A-Japan> [10.10.2013].

und frei von westlichen Einflüssen“ zu schaffen.¹⁰ Dieser pan-asiatische Nationalismus fand aber aufgrund der japanischen Kriegs- und Ausbeutungsstrategie keine dauerhafte Resonanz unter den nationalen Befreiungsbewegungen in Ost- und Südostasien. Insbesondere in China und Korea haben gerade die leidvollen Erfahrungen mit der japanischen Besatzung einen Nationalismus geprägt, der sich in Abgrenzung zu Japan manifestierte und in anti-japanischen Ressentiments bis heute immer wieder Bahn bricht.

In China und Korea haben die leidvollen Erfahrungen mit der japanischen Besatzung einen Nationalismus geprägt, der sich in anti-japanischen Ressentiments immer wieder Bahn bricht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die von den Amerikanern erzwungene Demokratisierung in Japan zu einer gründlichen Erschütterung des Selbstbildes geführt, nicht jedoch zu einer gründlichen Aufarbeitung der eigenen imperialistischen und nationalistischen Geschichte. Der „Schoß des Nationalismus blieb fruchtbar“ in Japan und konnte seinen Einfluss auf das politische Leben seit den 1980er Jahren wieder steigern. Der wirtschaftliche Aufstieg des Inselreiches, die enormen technischen Errungenschaften und der internationale Erfolg japanischer Unternehmen gaben dem Land ein nationales Selbstbewusstsein zurück. Die wirtschaftliche Stagnation sowie demografische Herausforderungen seit den 1990er Jahren haben allerdings erneut einen Nährboden für Nationalismus geschaffen, als Reaktion auf den wirtschafts- und machtpolitischen Aufstieg der Nachbarstaaten, insbesondere Chinas, und den eigenen relativen Abstieg.¹¹

TRÄGER DES NATIONALISMUS IN CHINA UND JAPAN

Nationalismen dienen häufig „als Instrument der Legitimation der Regierung und als Mittel, um den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken“.¹² Diese Form der Legitimation von Herrschaft spielt besonders in autoritären Regimen eine Rolle, da diese nicht durch demokratische Wahlen legitimiert sind und alternative Begründungszusammen-

10 | „Großostasiatische Wohlstandssphäre“, Ostasienlexikon, Hochschule Ludwigshafen am Rhein, <http://oai.de/de/component/content/article/52-ostasienlexikon/ggg/1337> [06.11.2013].

11 | Vgl. Buchsteiner, Fn. 2.

12 | Vgl. Julia Bader, „Innenpolitischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik Chinas“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, *Discussion Papers*, 4/2008, 12. Im Folgenden ebd.

hänge (etwa religiöse und weltanschauliche Ideologien) an Einfluss verloren haben. Gerade in politischen Krisensituationen gewinnen nationalistische Strömungen einen erheblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungsfindungen – und entwickeln sich oft zu einem „politischen Flaschengeist“ mit einer fatalen Eigendynamik, die nur noch schwer aufzuhalten ist. Sofern dann leistungsfähige Konfliktlösungsmechanismen im Innern von Staaten und Gesellschaften, aber auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen fehlen, liegt darin ein erhebliches Konfliktpotenzial – und dies ist die gegenwärtige Situation in Ostasien. Die wichtigsten Träger und „Kanäle“ nationalistischen Gedankengutes in Politik und Gesellschaft Chinas und Japans finden sich in Politik und Militär, in den Medien und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen.

Parteien

In *China* bedient sich die Kommunistische Partei (KPCh) nationalistischer Ressentiments, um die Legitimität des politischen Systems zu erhalten. Neben dem Versprechen auf anhaltenden steigenden Wohlstand sieht sie sich als Wahrerin der territorialen Integrität des Landes. Um ihre Legitimität als einzige politische Kraft nicht in Phasen schwächeren Wirtschaftswachstums zu gefährden, bezieht sich die KPCh deshalb auch immer „auf Elemente einer ideellen Systemlegitimierung“, zu denen der Nationalismus zählt.¹³

Japan hingegen wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast durchgehend von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) (Jiyūminshutō / 自由民主党) regiert. Die LDP mit dem derzeitigen Vorsitzenden Shinzo Abe und die rechtspopulistische Partei der Restauration (Nippon Ishin no Kai / 日本維新の会), geführt vom Gouverneur Osakas, Shintaro Ishihara, repräsentieren den Nationalismus Japans innerhalb der japanischen Parteienlandschaft am stärksten. Hochrangige Vertreter der LDP machten wiederholt Schlagzeilen durch nationalistische Äußerungen und Verhaltensweisen. Premierminister Koizumi besuchte während seiner Amtszeit von 2001 bis 2006 jedes Jahr

13 | Vgl. Nele Noesselt, „Politische Historiographie: State-Building-Strategien der VR China“, *GIGA Focus Asien*, Nr. 11, 2011, http://giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1111.pdf [31.10.2013].

den Yasukuni-Schrein, zur Ehrung von im Krieg gefallenen japanischen Soldaten. Koizumi setzte diese Besuche gezielt ein, um bei der ländlich-traditionellen Bevölkerung einen Zuwachs an Stimmen zu erzielen. Auch der kürzlich wiedergewählte Premierminister Abe sagte im Vorfeld der letzten Wahlen, er bereue es nicht, während seiner ersten Amtszeit als Premier den Yasukuni-Schrein besucht zu haben.¹⁴ Zudem versprach er, im Falle eines Wahlsiegs den Artikel 96 der Verfassung zu ändern, um eine Reform der japanischen „Friedensklausel“ zu erleichtern.¹⁵ Im Vorfeld seines USA-Besuchs im Februar 2013 machte Abe vor dem Hintergrund der von Japan und China gleichermaßen beanspruchten Diaoyu/Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer mit chinakritischen Äußerungen von sich reden. Abe warf der chinesischen Führung vor, ein „tief verwurzeltes“ Bedürfnis nach Territorialstreitigkeiten mit Japan und anderen Nachbarstaaten zu haben und Nationalismus gezielt zu innenpolitischen Zwecken einzusetzen.¹⁶ Die jüngsten Besuche des Yasukuni-Schreins von japanischen Regierungsmitgliedern zum Gedenken an den 68. Jahrestag der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg sorgten für große Proteste in China und Südkorea.

Im Vorfeld seines USA-Besuchs 2013 machte Abe vor dem Hintergrund der von Japan und China gleichermaßen beanspruchten Diaoyu/Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer mit chinakritischen Äußerungen von sich reden.

Militär

Die *chinesischen* Streitkräfte nehmen unter allen Staaten Nordostasien (mit Ausnahme Nordkoreas) eine einzigartige Rolle im jeweiligen Verfassungsgefüge ein. Die Volks-

14 | Vgl. Frances Rosenbluth, Jun Saito und Annalisa Zinn, „Japan’s New Nationalism: The International and Domestic Politics of an Assertive Foreign Policy“, 01/2007, 9-12, <http://eastasianstudies.research.yale.edu/japanworld/rosenbluth.pdf> [14.10.2013].

15 | „Nationalism may rise under Japans next Government“, *South China Morning Post*, 12.09.2012, <http://scmp.com/news/asia/article/1040775/nationalism-may-rise-under-japans-next-government> [10.10.2013].

16 | Vgl. Tessa Morris-Suzuki, „Japan’s paradoxical shift to the right“, *Inside Story*, 06.12.2012, <http://inside.org.au/japans-paradoxical-shift-to-the-right> [14.10.2013]. Artikel 96 definiert hohe Hürden für eine Verfassungsänderung. Eine Änderung dieses Artikels wäre Voraussetzung, um z.B. die zurzeit ebenfalls diskutierte Änderung von Artikel 9 der japanischen Verfassung zu ermöglichen. Dort ist festgelegt, dass die Streitkräfte ausschließlich zur Landesverteidigung eingesetzt werden dürfen (*self-defence forces*).

befreiungsarmee (VBA) ist in allen wichtigen politischen Organen vertreten, unter anderem im nationalen Volkskongress und im Zentralkomitee der KPCh. Partei und Armee sind eng miteinander verflochten. Die VBA sieht sich, neben der KPCh, als Garant für die Stabilität und Einheit des Landes.

Hochrangige aktive Generäle, aber auch außen- und sicherheitspolitische Think Tanks, die der VBA nahe stehen, haben in den letzten Jahren wiederholt mit provokanten nationalistischen Äußerungen auch international Aufmerksamkeit erregt.¹⁷ Die Territorialstreitigkeiten im Ost- und Südchinesischen Meer bieten einen wirkungsvollen Resonanzboden für nationalistische Agitation. Die in den letzten Jahren erfolgte massive militärische Modernisierung und Aufrüstung erhielt auch dadurch eine wirkungsvolle Legitimation.¹⁸

Die *japanische* Verfassung hingegen ist von einem pazifistischen Grundcharakter geprägt und wird deshalb von Nationalisten seit ihrer Verabschiedung 1947 massiv kritisiert. Gemäß Artikel 9 darf Japan „weder eine Rüstungsindustrie noch Streitkräfte besitzen“.¹⁹ Auch wenn Japan mittlerweile eine der modernsten Armeen der Welt besitzt, offiziell als „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ bezeichnet, so gilt die Debatte als symbolisch relevant. Denn Artikel 9 wird vom linken politischen Spektrum der japanischen Politik als Zeichen der friedlichen Absichten Japans gesehen, vom rechten Spektrum jedoch als nationale Schmach und Symbol der Niederlage im Zweiten Weltkrieg. In der öffentlichen Diskussion treten jedoch – anders als in China – hohe Vertreter der Streitkräfte nicht in Erscheinung. Diese Rolle übernehmen die Vertreter der rechten Parteien.

17 | Chico Harlan, „Shinzo Abe accuses Chinas rulers of using island dispute to retain power“, *The Guardian*, 26.02.2013, <http://theguardian.com/world/2013/feb/26/china-japan-senkaku-islands-dispute-abe> [10.10.2013].

18 | Siehe hierzu auch: Peter Hefe, Benjamin Barth und Johanna Tensi, „Rüstungsdynamik und Konfliktmanagement in Ost- und Südostasien“, *KAS-Auslandsinformationen*, 6/2012, 08.06.2012, 75 ff., Konrad-Adenauer-Stiftung, <http://kas.de/wf/de/33.31266> [16.10.2013].

19 | Vgl. Dirk Schmidt, „From the Charm to the Offensive: Hat China eine neue Außenpolitik?“, *China Analysis* 94, 03/2012, 47, http://www.chinapolitik.de/resources/no_94.pdf [10.10.2013].

Bürgerinitiativen, Medien, Blogs

In der *Volksrepublik China* ist die steigende Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht zuletzt mit veränderten Kommunikationsmöglichkeiten, insbesondere durch Internet-basierte soziale Netzwerke, zu erklären. Diese neuen Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe werden auch international begrüßt. Doch haben diese (semi)-öffentlichen Meinungsplattformen leider auch einen „nationalistischen Januskopf“. Nationalistische Gruppierungen betreiben Hunderte von Onlineforen wie das „Eisen- und Blutnetz“ (Tiexuewang / 铁血网) oder das „Forum für Militärangelegenheiten“ (Junshi Luntan / 军事论坛). Aktuelle internationale Konflikte werden dort breit aus nationalistischer Sicht kommentiert, Forderungen nach einer unnachgiebigen Durchsetzung eigener Interessen (wie im Inselstreit) gestellt und selbst Kritik an der Regierung geübt. Auch in China gilt mittlerweile, dass sich „plakative Botschaften auf dem Nährboden des allgemeinen Nationalismus besser verkaufen lassen als differenzierte, nüchterne Lageanalysen“.²⁰ Oft ist zudem nicht erkennbar, ob und inwieweit staatliche Organe Einfluss auf diese Diskussionen nehmen.

Auch in China gilt mittlerweile, dass sich „plakative Botschaften auf dem Nährboden des allgemeinen Nationalismus besser verkaufen lassen als differenzierte, nüchterne Lageanalysen“.

In *Japan* gibt es circa 900 ultra-nationale Bürgergruppen (*uyoku dantai* / 右翼団体) mit einer Mitgliederzahl von insgesamt etwa 10.000 Mitgliedern. Diese Gruppen vertreten extrem rechte und nationalistische Ansichten. Sie sind anti-kommunistisch, anti-amerikanistisch, wollen Japans pazifistische Verfassung revidieren und sie glorifizieren Japans imperialistische Vergangenheit. Ihre Ansichten und Parolen verbreiten sie häufig über Kleinbusse, die mit Lautsprecheranlagen ausgestattet sind. 2006 wurde das Haus des ehemaligen LDP-Generalsekretärs Koichi Kato von einer solchen Gruppe niedergebrannt, nachdem dieser die Besuche des Yasukuni-Schreins durch den japanischen Premierminister kritisiert hatte.²¹

20 | Fabio Ghelli, „Japan wird nationalistisch“, *Die Zeit*, 15.12.2012, <http://zeit.de/politik/ausland/2012-12/japan-parlamentswahl> [10.10.2013]. Zum Folgenden ebd.

21 | Schmidt, Fn. 19, 50.

Eine der größten Gruppen im nationalistischen Lager ist die japanische Jugendföderation (Nikon Seinensha / 日本青年社). Diese Gruppe sorgte in der Vergangenheit immer wieder für Konflikte zwischen China, Taiwan und Japan um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln. So errichtete die Gruppe beispielsweise 1978, 1988 und 1996 Leuchttürme auf der Inselgruppe und stellte gegenüber den japanischen Regierungen erfolglos Anträge auf eine offizielle Anerkennung dieser Türme.²² Durch solche Aktionen gelang es der Gruppe immer wieder, den Konflikt anzuhizen.²³



Anti-japanische Proteste: Chinesische Demonstranten fordern den Abzug Japans von den Diaoyutai-/Senkaku-Inseln. | Quelle: © Ng Han Guan, picture alliance / AP Photo.

„NATIONALE ERZIEHUNG“

In Ostasien nimmt die patriotische Erziehung eine wichtige Rolle in den Lehrplänen des allgemeinen Bildungswesens ein. Dabei sind die historischen Darstellungen des jeweiligen Nachbarn und der konfliktreichen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts wiederholt Anlass zu zwischenstaatlichen

22 | Vgl. „Old habits die hard“, *The Economist*, 17.05.2007, <http://economist.com/node/9205495> [10.10.2013].

23 | Vgl. Han-yi Shaw, „The Diaoyutai/Senkaku Islands dispute: its history and an analysis of the ownership claims of the P.R.C., R.O.C. and Japan“, *Contemporary Asian Studies*, Nr. 3, 1999, 17 ff., <http://digitalcommons.law.umaryland.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1151&context=mscas> [31.10.2013].

Zerwürfnissen. Von einer kritischen Geschichtsschreibung, deren Erkenntnisse auch in die amtlichen Schulbücher einfließt, ist man in China und Japan weit entfernt.²⁴

Insbesondere das imperialistische Ausgreifen Japans nach Korea und China und die Verharmlosung, wenn nicht Leugnung, der Gräueltaten der japanischen Besatzer werden in China (und Korea) massiv kritisiert.²⁵ So finden sich in manchen japanischen Schulbüchern, die vom Ministerium für Bildung, Kultur, Sport und Technologie zugelassen werden, Passagen, die das Massaker von Nanjing 1937, das Testen von biologischen Kampfmitteln an der chinesischen Zivilbevölkerung oder die Zwangsprostitution so genannter Trostfrauen verharmlosen oder verkehren. Zwar sollen offiziell die Befindlichkeiten der japanischen Nachbarstaaten bei der Erstellung von Schulbüchern berücksichtigt werden. Gleichzeitig erließ die LDP-Regierung 2006 jedoch eine Richtlinie, welche die Liebe zum Vaterland zu einem wichtigen Ziel des Bildungswesens erklärte.²⁶

NATIONALISMUS UND ETHNISCHE MINDERHEITEN

Während Japan (ebenso wie Korea) ethnisch sehr homogen ist, umfasst das Staatsgebiet der heutigen Volksrepublik China eine Vielzahl von ethnisch-sprachlichen Minderheiten.²⁷ Diesen rund acht Prozent der Bevölkerung steht eine dominierende Mehrheit von Han-Chinesen gegenüber, die sich als das eigentliche Staatsvolk Chinas betrachten. Da die chinesischen Minoritäten häufig in den westlichen und südlichen Grenzregionen siedeln, stellen sich hier Fragen von Identität und Separatismus, Autonomie und (zwangsweiser) Homogenisierung (Sinisierung) in besonderer Schärfe. In den politischen Kampagnen der KPCh, wie dem „Großen Sprung“ und der „Kulturrevolution“,

24 | Vgl. Min Gyo Koo und Vinod K. Aggarwal (Hrsg.), *Asia's New Institutional Architecture: Evolving Structures for Managing Trade, Financial and Security Relations*, VS Springer, 2006, 117.

25 | Mariko Oi, „What Japanese history lessons leave out“, *BBC News Magazine*, 14.03.2013, <http://bbc.co.uk/news/magazine-21226068> [10.10.2013].

26 | Vgl. Iris Wieczorek und Dirk Nabers, „Offene Wunden im chinesisch-japanischen Verhältnis – Japanische Schulbücher, der Yasukuni-Schrein und die Diayou Inseln“, *ChinaAktuell*, 03/2005, 11.

27 | Rosenbluth, Saito und Zinn, Fn. 14, 8 ff.

wurden nationale Eigenarten mit Gewalt unterdrückt und in großem Maße traditionelle Kulturen zerstört – eine traumatische Erfahrung, die bis heute nachwirkt.

Zwar verpflichtet seit 1982 Paragraf 4 der chinesischen Verfassung den Staat, die Interessen der Minderheiten zu schützen und ethnische Diskriminierung zu verhindern. Zudem sollen die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in den von Minderheiten besiedelten Regionen unterstützt werden und die Benutzung der eigenen Schrift und Sprache erlaubt sein.²⁸ Doch steht diesem Postulat eine Realität entgegen, die durch unzureichende Repräsentation ethnischer Minderheiten in Politik, Verwaltung und Militär sowie durch wirtschaftliche Benachteiligung gekennzeichnet ist.

Die sicherheits- und rohstoffpolitische Bedeutung der Westregionen Chinas, aber auch das Selbstkonzept der Han-Chinesen als überlegene Staatsnation hat dazu geführt, dass es immer wieder zu ethnischen Unruhen kommt.

Auch die massive Ansiedlung von Han-Chinesen seit den 1980er Jahren im Westen des Landes hat zu einer als existenzielle Bedrohung empfundenen Verdrängung, Identitätsverlust und Assimilierung geführt. Als Reaktion hierauf ist zumindest bei den politisch bedeutsamsten Minderheiten der Tibeter und Uiguren eine „Ethno-Nationalisierung“ (Thomas Heberer) festzustellen. Die sicherheits- und rohstoffpolitische Bedeutung der Westregionen Chinas, aber auch das Selbstkonzept der Han-Chinesen als überlegene Staatsnation hat dazu geführt, dass es unter den Minderheiten immer wieder zu ethnischen Unruhen kommt. Ökonomische und politische Marginalisierung wird also „ethnisiert“. Demgegenüber bleibt die „harmonische“ Integration aller Ethnien ein Primärziel der Kommunistischen Partei – allerdings ohne die Option einer echten Autonomie *innerhalb* des chinesischen Staatsverbandes.²⁹

Auch in Japan fallen das nationalistische Selbstbild einer ethnisch homogenen Bevölkerung und eine sich rasch wandelnde soziale Realität immer stärker auseinander. Die Anerkennung indigener Bevölkerungsgruppen (etwa der

28 | Offiziell gibt in der VR China 55 von der Zentralregierung anerkannte „nationale Minderheiten“ (*shaoshu minzu* / 少数民族), wobei vielfach kleinere Ethnien trotz ihrer kulturellen und sprachlichen Unterschiede zu einer Volksgruppe zusammengefasst wurden. Selbst die Gruppe der Han-Chinesen kann bei genauerer Betrachtung nicht als ethnische Einheit betrachtet werden.

29 | Vgl. Verfassung der VR China, http://news.xinhuanet.com/english/2007-10/25/content_6944738.htm [10.10.2013].

Ainu im Norden Japans) hat zwar in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, konnte an deren ökonomischer Benachteiligung jedoch kaum etwas ändern. Wesentlich bedeutsamer für die Zukunft dürfte eine latente bis manifeste Fremdenfeindlichkeit sein, die sich gegen die zunehmende Zahl von Arbeitsmigranten aus Südostasien richtet.

Abb. 1

Inselstreitigkeiten im Ostchinesischen Meer



OSTASIATISCHER NATIONALISMUS: DAS BEISPIEL DES INSELSTREITES IM OSTCHINESISCHEN MEER

Wozu eine fehlende Bestandsaufnahme der eigenen geschichtlichen Verantwortung, Nationalismus, relative Machtverschiebungen³⁰ und unzureichende Konfliktlösungsmechanismen führen können, lässt sich am aktuellen Streit um die im Ostchinesischen Meer gelegenen Diaoyu/Senkaku-Insel beispielhaft darstellen. Auch wenn die in

30 | Vgl. Wieland Wagner und Bernhard Zand, „Nationalistische Muskelspiele in Asien: Vom Zukunftsmarkt zum Krisenherd“, *Spiegel Online*, 10.12.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-871703.html> [10.10.2013].

diesem Seegebiet vermuteten Rohstoffvorkommen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Eskalation gespielt haben, so kann das Ausmaß der Konfrontation nur vor dem Hintergrund eines zunehmenden Nationalismus erklärt werden. Was dazu geführt hat, dass die Frage nach deren territorialer Zugehörigkeit in den letzten drei Jahren zum größten Hindernis einer japanisch-chinesischen Kooperation und Ursache gefährlicher regionaler Spannungen in Ostasien geworden ist.³¹ China untermauert seinen Besitzanspruch mit dem Argument, dass die Inseln bereits im 14. Jahrhundert von chinesischen Kartografen verzeichnet worden seien. Japan wiederum erklärt, die bis dato unbeanspruch-

Da China seinen Anspruch erst 1971 angemeldet hat, wirft Japan Peking vor, dass das Interesse erst seit der Entdeckung von Energieressourcen in der Umgebung der Inselgruppe gestiegen sei.

ten Inseln entdeckt und 1895 in seinen Besitz integriert zu haben. Nach chinesischer Sicht wurde das Gebiet zusammen mit Taiwan nach dem Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg 1895 an Japan abgetreten und hätte im Zuge der Friedensverhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg 1951 ebenfalls mit Taiwan zurückgegeben werden müssen. Da China seinen Anspruch offiziell erst 1971 mit Rückkehr in die Vereinten Nationen angemeldet hat, wirft Japan Peking nun vor, dass das Interesse erst seit der Entdeckung von Energieressourcen in der Umgebung der Inselgruppe gestiegen sei.³²

Eine verschärfte Wendung nahm der Konflikt, als der rechtspopulistische amtierende Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, im April 2012 ankündigte, die Inseln zu kaufen. Der damalige Premierminister Yoshihiko Noda ließ die Inseln daraufhin den privaten japanischen Besitzern abkaufen und „nationalisieren“, um weitere zwischenstaatliche Konflikte zu verhindern. Seither hat es in China und Japan mehrere Wellen anti-japanischer bzw. anti-chinesischer Ausbrüche gegeben. In vielen Städten Chinas kam es zu teilweise gewalttätigen Ausschreitungen, nationalistische Chinesen boykottieren japanische Produkte und im August 2012 gingen die Absatzzahlen japanischer Autos

31 | Vgl. David Pilling, „Asia-Pacific: Desert Island Risks“, *Financial Times*, 01.12.2012, <http://ft.com/intl/cms/s/0/e0bc4358-0ba5-11e2-b8d8-00144feabdc0.html> [10.10.2013].

32 | Vgl. Oliver Müser, Anna Yumi Pohl und Nadine Godehardt, „Inselstreit zwischen Japan und China gefährdet die regionale Stabilität in Ostasien“, *GIGA Focus Asien*, Nr. 12, 2012, http://giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_asien_1212.pdf [31.10.2013].

in China rapide zurück.³³ Als die Demonstrationen jedoch die öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen drohten, wurden diese von den Behörden rasch unterbunden.



Anti-chinesische Proteste: Japanische Demonstranten wenden sich im November 2010 anlässlich eines Treffens der asiatisch-pazifischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) gegen China. | Quelle: © Kimimasa Mayama, epa.

In besonderem Maße geriet die große japanische Textilkette Uniqlo in die Schusslinie nationalistischer Ressentiments, die mit Ausschreitungen gegen ihre chinesischen Filialen zu kämpfen hatte. Als jedoch in Japan bekannt wurde, dass der Leiter einer Shanghaier Filiale auf einem Plakat im Schaufenster verkündet hatte, die Inseln gehörten zu China, gab es große Proteste. Japanische Kunden drohten Uniqlo mit Boykott.³⁴

EIN SONDERFALL: DER NATIONALISMUS AUF TAIWAN

Seit dem Verlust der VN-Mitgliedschaft 1971 und aufgrund der nahezu weltweiten Durchsetzung von Pekings *Ein-China-Prinzip* hat die Isolierung Taiwans auf internationaler Ebene zugenommen. Deshalb strebt die Republik China auf Taiwan nach einer höheren internationalen Anerkennung

33 | Vgl. „Honda kappt seine Gewinnprognose“, *Handelsblatt*, 29.10.2012, <http://handelsblatt.com/unternehmen/industrie/7314606.html> [10.10.2013].

34 | Vgl. Carsten Germis, „Nationalismus in Japan: Die langen Schatten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.09.2012, <http://faz.net/aktuell/politik/ausland/-11898462.html> [10.10.2013].

ihrer Eigenstaatlichkeit.³⁵ Nationalismus ist in Taiwan eng verknüpft mit der Frage nach der Identität der Taiwanesen und der politischen Zukunft des Inselstaats. Das Spektrum der Positionen in Taiwan reicht dabei von einem *chinesischen* Nationalismus, der die taiwanesischen Kultur nur als Teil einer umfassenden chinesischen Kultur und Nation sieht (diese Position wird von der gegenwärtigen Regierungspartei, der Kuomintang, vertreten), bis hin zu einem explizit *taiwanesischen* Nationalismus, der „das Chinesische“ als nur *ein* konstituierendes Element einer taiwanesischen Nation sieht und mit einer Tendenz zur „De-Sinisierung“ einhergeht.³⁶

Die koloniale Besetzung, die Unterdrückung vieler Taiwanesen unter Chiang Kai-Shek (蔣介石, 1949 bis 1987), das Zusammenleben mit einer Vielzahl von Festlandchinesen, die mit den Militärs und Anhängern der Nationalisten nach Taiwan geflüchtet waren, und schließlich Taiwans friedlicher Wandel von einem autoritären Regime zu einer Demokratie in den 1990er Jahren haben zu einer Polarisierung (*cleavage*) in der Gesellschaft geführt. Diese ist eng mit der Kernfrage der staatlich-territorialen Zukunft Taiwans verknüpft. Die Regierung der aus der Oppositionsbewegung Dangwai („außerhalb der Partei“) hervorgegangenen Demokratischen Fortschrittspartei (Mínjìndǎng / 民進黨) intensivierte zwischen 2000 und 2008 nochmals die Abgrenzung gegenüber dem Festland, indem sie eine eigenständige Identität als „Taiwanesen“ stärker betonte.³⁷

35 | Gemäß dem Ein-China-Prinzip erkennen alle Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der VR China unterhalten, Taiwan als Teil Chinas an und unterhalten keine offiziellen, diplomatischen Beziehungen mit der Regierung in Taipei. Gegenwärtig unterhalten nur noch 23 zumeist kleinere Staaten in Zentral- und Südamerika, Ozeanien und Afrika offizielle Beziehungen mit Taiwan. In Europa erkennt nur der Vatikan Taiwan offiziell an.

36 | Jean-Pierre Cabestan, „Specificities and Limits of Taiwanese Nationalism“, *China Perspectives* 62, 11-12/2005, <http://chinaperspectives.revues.org/2863> [10.10.2013].

37 | Vgl. Shaocheng Tang, „Das Dreiecksverhältnis zwischen den USA, der VR China und Taiwan“, Bundeszentrale für Politische Bildung, 20.08.2003. <http://bpb.de/apuz/27443/das-dreiecksverhaeltnis-zwischen-den-usa-der-vr-china-und-taiwan> [10.10.2013].

Seit dem Regierungswechsel 2008 haben sich die Beziehungen über die Taiwanstraße (*cross-strait-relations*) durch die Wiederaufnahme direkter (halb)offizieller Kontakte,³⁸ durch zahlreiche Wirtschafts- und Handelsabkommen, Bildungs- und Kulturaustausch und steigende Tourismuszahlen deutlich enger verflochten. Zwar wird auf Taiwan die Identitätsfrage noch immer durch den Dualismus der beiden politischen Lager und die parteipolitische Spaltung der Medienlandschaft stimuliert. Die über eine Million *Taishang* (taiwanesischen Geschäftsleute auf dem chinesischen Festland) und die steigenden Arbeitsmarktchancen für junge Taiwaner in China sprechen aber dafür, dass man in Taiwan zunehmend einen pragmatischen Weg geht. Umfragen belegen dies: Im Dezember 2012 bezeichneten sich rund 54 Prozent als Taiwaner, immerhin 38,5 Prozent aber als „Chinesen und Taiwaner“.³⁹ Dies deutet darauf hin, dass viele Taiwaner eine taiwanesischen Nation nicht mehr kategorisch einer chinesischen gegenüberstellen.⁴⁰

Die über eine Million taiwanesischen Geschäftsleute auf dem chinesischen Festland und die steigenden Arbeitsmarktchancen für junge Taiwaner in China sprechen für einen zunehmenden Pragmatismus in Taiwan.

Die Diskussion über die Frage einer eigenen taiwanesischen Nation ist nicht nur in Taiwan selbst umstritten. Sie hat zugleich eminente Bedeutung für das nationale Selbstverständnis der Volksrepublik China⁴¹ und die sino-amerikanischen Beziehungen. Denn sie ist eingespannt in die geopolitisch brisante Frage, ob (und wie) es zu einer Wiedervereinigung mit dem Festland kommen wird. Pekings Politik gegenüber Taiwan bleibt von dem strategischen Ziel geleitet, Taiwan nach eigenen Bedingungen mit dem Festland zu vereinen. Mit dem Antiseparationsgesetz von 2006 hat die Führung in Peking deutlich gemacht, dass sie einer offiziellen Abspaltung Taiwans notfalls militärisch begegnen wird. Dem steht die Position der „Schutzmacht“

38 | Direkte Gespräche zwischen der VR China und Taiwan finden regelmäßig über die beiden Stiftungen Association for the Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) und der Strait Exchange Foundation (SEF) auf taiwanesischer Seite statt.

39 | „Change in Taiwanese-Chinese Identity of Taiwanese“, Elections Study Center, National ChengChi University, Taiwan, 1992-2012, <http://esc.nccu.edu.tw/english/modules/tinyd2/content/TaiwanChineseID.htm> [10.10.2013].

40 | Vgl. Gunter Schubert, „Taiwan's Political Parties and National Identity: The Rise of an Overarching Consensus“, *Asian Survey*, Bd. 44, Nr. 4, 07-08/2004, 537.

41 | Siehe auch Stefan Fleischauer, *Der Traum von der eigenen Nation*, Frankfurt am Main, 2008.

USA gegenüber, die eine Eingliederung Taiwans nur unter friedlichen Bedingungen akzeptieren würden. China wiederum empfindet dies als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Während die chinesische Bevölkerung Taiwan ganz selbstverständlich als Teil Chinas wahrnimmt und deshalb eine Loslösung Taiwans die Souveränität und Integrität Chinas – und damit auch eine wichtige Legitimationsquelle der Kommunistischen Partei – in Frage stellen würde, ist der Konflikt über die Taiwanstraße auch für die Volksbefreiungsarmee von Interesse, da er Chinas militärische Aufrüstung rechtfertigt.⁴²

Interessant ist, dass sich auch Taiwan in den chinesisch-japanischen Disput um die Diaoyu /Senkaku-Inseln eingeschaltet hat. Als „legitime Repräsentanz“ der Republik China hat auch Taiwan seinen Anspruch über die Inselgruppe historisch begründet und sein Interesse mit Patrouillenbooten demonstriert, die nach dem Kauf der Inseln durch Japan im September 2012 dort gesichtet wurden.⁴³

FAZIT UND AUSBLICK

Multiethnische Gesellschaften werden auch in Ostasien in Zukunft eher die Regel sein und es bedarf eines deutlichen Einstellungswandels, um soziale Integration gelingen zu lassen.

Der Bedeutungszuwachs nationalistischer Strömungen in Ostasien hat negative Auswirkungen auf die Innen- und Außenpolitik der betroffenen Staaten. Im Innern bedro-

hen nationalistisch-rassistische Kräfte kulturelle und soziale Vielfalt und die Toleranz gegenüber gesellschaftlichen/ethnischen Minderheiten. Gerade aber in Asien wird sich die binnen- wie grenzüberschreitende Migration verstärken und aufgrund demografischer Ungleichgewichte (z.B. Alterung) noch weiter zunehmen. Multiethnische Gesellschaften werden auch in Ostasien in Zukunft eher die Regel sein und es bedarf eines deutlichen Einstellungswandels, um soziale Integration gelingen zu lassen.

Gab es im Europa des 19. Jahrhunderts zumindest politische Strömungen, bei denen die Bekenntnis zur eigenen Nation mit dem Streben nach Freiheit, Gleichheit und Demokratie verbunden werden, so fehlt dem gegenwärtigen ostasiatischen Nationalismus ein derartiges demokratisierendes

42 | Vgl. Bader, Fn. 12, 36.

43 | Vgl. „Streit mit Japan: Taiwan schickt Schiffe zu Senkaku-Inseln“, *Spiegel Online*, 13.09.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-855616.html> [10.10.2013].

Potenzial – im Gegenteil, er wird eher zur Unterdrückung emanzipatorischer Bewegungen eingesetzt.

Außenpolitisch konterkarieren die Nationalismen Versuche, zu einer über eine bloße wirtschaftliche Verflechtung hinaus reichenden regionalen Integration zu kommen. Gerade in Ostasien zeigt sich abermals, dass Globalisierung und wirtschaftliche Verflechtung zwischen Ländern keineswegs zu einem Zuwachs an Vertrauen und friedlichen Beziehungen führen muss. Die Sorge vor einem relativen Abstieg heizt nationalistische Gefühle eher an.

Durch die immer engeren weltwirtschaftlichen Verflechtungen mit Ostasien wären Europas Wohlstand und Sicherheit unmittelbar von regionalen, aber auch innergesellschaftlichen Konflikten bedroht. Europa als Geburtsstätte des modernen Nationalismus hat die Gefahren von Nationalismus und Rassismus bis an den Rand der (Selbst-)Zerstörung erfahren müssen. Die erfolgreiche Europäische Einigung hat in den letzten 60 Jahren aber auch gezeigt, dass und wie die Überwindung nationalistischen Denkens gelingen kann. Deshalb bleibt die europäische Politik aufgefordert, auch in Asien die Ideen regionaler Integration und toleranter Gesellschaftsentwürfe in den Dialog mit seinen Partnern einzubringen.



Dr. Norbert Eschborn ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Seoul.



Janine Läßle studiert Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und war als Junior Researcher im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Korea tätig.

SÜDKOREA AUF DER SUCHE NACH SICH SELBST

VON „OPFERNATIONALISMUS“ ZU *NATION BRANDING*

Norbert Eschborn / Janine Läßle

Unter Koreanern ist die Erkenntnis weit verbreitet, dass der koreanische Nationalismus das größte Problem sein kann, wenn Ausländer sich bemühen, die Wesensart der Koreaner zu verstehen.¹ Es gibt eindeutig einen Nationalismus koreanischer Prägung, der lange Zeit sehr präsent war. Deutlich wird dies beispielsweise, wenn man sich eine Szene aus der Asienkrise Ende der 1990er Jahre vor Augen führt. Südkorea befand sich wie zahlreiche andere asiatische Länder in enormen finanziellen Schwierigkeiten. Als eines der wenigen betroffenen Länder meisterte die Republik Korea die Krise allerdings innerhalb kürzester Zeit. Eine nicht unwichtige Rolle spielten in diesem Kontext der Zusammenhalt der Bevölkerung und deren Bereitschaft, für ihr Land Opfer zu bringen. Inmitten der Krise, die für viele Arbeitslosigkeit, Armut und finanzielle Engpässe mit sich brachte, rief die koreanische Housing and Commercial Bank gemeinsam mit einem staatlichen Fernsehsender eine Goldsammelaktion ins Leben.² Zahlreiche Koreaner spendeten dem Staat ihren Schmuck oder andere Wertgegenstände, um ihrem Vaterland beizustehen.³ Bereits nach den ersten beiden Tagen der Aktion addierten sich die Spenden auf zehn Tonnen Gold, was die Erwartungen der Initiatoren bei Weitem übertraf.⁴ Obwohl die Bevölkerung

1 | Statt vieler siehe Michael Breen, *The Koreans. Who They Are, What They Want, Where Their Future Lies*, Thomas Dunne Books, St. Martin's Griffin, New York, 2004, 18.

2 | Vgl. „South Korea's gold collection campaign draws public support“, *Augusta Chronicle*, 01.07.1998, http://chronicle.augusta.com/stories/1998/01/07/biz_220174.shtml [27.08.2013].

3 | Vgl. „Koreans give up their gold to help their country“, *BBC News*, 14.01.1998, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/world/analysis/47496.stm> [29.08.2013].

4 | Ebd.

selbst sehr unter den Auswirkungen der Krise zu leiden hatte, war ein nicht zu unterschätzender Teil bereit, den Staat finanziell zu unterstützen und dafür selbst persönliche Erinnerungsstücke aufzugeben.

LOYALITÄT UND ZUSAMMENGEHÖRIGKEIT

Woher kommt diese Bereitschaft, sich selbst zurückzunehmen und sich für die Nation aufzuopfern? Vaterlandstreue wird oft als Kernelement des Nationalismus dargestellt.⁵ Nationalismus verkörpert in diesem Sinn unter anderem das Gefühl der Verbundenheit mit den Menschen, die die eigene Nationalität teilen, das Gefühl, Teil eines größeren Konstrukts zu sein. Im selben Maße verkörpert er auch den Stolz auf die eigene Nation. Aus diesen Gründen verhält sich ein Mensch mit einem gewissen Nationalgefühl loyal gegenüber seinem Staat. Das Beispiel der Koreaner, die ihren persönlichen Besitz zum Wohle des Staates aufgeben, impliziert in diesem Zusammenhang, wie ausgeprägt diese Loyalität in der Republik Korea ist. Zu einem ähnlichen Fazit, bezogen auf die Bedeutsamkeit der Loyalität gegenüber der Nation, gelangt man, wenn man einen näheren Blick auf das koreanische Werteset wirft. Dem Korean Culture and Spirit Promotion Project zufolge gibt es zwei Werte, die der koreanischen Gesellschaft von herausragender Bedeutung sind: *Hyo* und *Chung*. *Hyo* verkörpert in diesem Kontext den Respekt und die Dankbarkeit gegenüber den Eltern, während *Chung* die Loyalität gegenüber dem Vaterland darstellt.⁶ Zusammen bilden sie die „beiden wichtigsten moralischen Werte, die den Geist und die Seele der Koreaner anleiten“.⁷ Loyalität gegenüber dem Vaterland scheint folglich in Südkorea einen zentralen Stellenwert einzunehmen und tief in der Gesellschaft verwurzelt zu sein. Sie mag zwar keine hinreichende Bedingung für das Vorhandensein von Nationalismus sein. Dennoch bildet sie einen grundlegenden Teil dieser Ideologie und kann somit zumindest als Hinweis auf die Existenz eines ausgeprägten Nationalismus gedeutet werden.

5 | Vgl. Andrew Heywood, *Political Ideologies: An Introduction*, Palgrave Macmillan, Hampshire und New York, 2007, 147.

6 | Ebd.

7 | Chung Hyo Ye, *Tales of filial devotion, loyalty, respect and benevolence from the history and folklore of Korea*, Korean Spirit & Culture Promotion Project, Seoul, 2008, 94.

Bei einer Umfrage in Südkorea im Jahr 2000 antworteten 93 Prozent der teilnehmenden Koreaner auf die Frage, ob sie glaubten, ihre Nation basiere auf einer gemeinsamen Blutlinie, mit Ja.

Darüber hinaus lässt sich von dem Erfolg der Goldsammelkampagne während der Asienkrise auch auf die Existenz eines starken „Wir-Gefühls“ in Südkorea schließen. Das

Ausmaß dieses Zusammengehörigkeitsgefühls wird deutlich, wenn man eine Umfrage aus dem Jahr 2000 betrachtet: Damals antworteten 93 Prozent der teilnehmenden Koreaner auf die Frage, ob sie glaubten, ihre Nation basiere auf einer gemeinsamen Blutlinie, mit Ja.⁸ Abgesehen von dieser extrem hohen Quote, demonstriert diese Umfrage ein besonderes Charakteristikum des koreanischen Nationalismus: seine ethnische Komponente.

Nationalismus in Südkorea zeichnet sich dementsprechend auch dadurch aus, dass die Menschen ihre Nation über eine gemeinsame Blutlinie definieren, die alle Koreaner verbindet und nach ihrer Überzeugung bis zu ihrem Urahnen Tangun zurückreicht. Dazu heißt es in der koreanischen Mythologie: „Hwanung war der Sohn des Sonnengottes und verspürte den dringenden Wunsch, auf der Erde zu leben. Mit Erlaubnis seines Vaters stieg er also vom Himmel herab und verbrachte sein Leben fortan auf der Erde. Eines Tages suchten ihn ein Bär und ein Tiger auf und baten ihn, sie in Menschen zu verwandeln. Hwanung kam ihrer Bitte nicht sofort nach, sondern trug ihnen eine Prüfung auf: Er gab ihnen etwas Beifuß und Knoblauch als einzigen Proviant und befahl ihnen, sich die nächsten 100 Tage in einer dunklen Höhle aufzuhalten. Der Tiger gab bereits nach kurzer Zeit auf, der Bär allerdings überstand die Zeit und wurde schließlich von Hwanung in eine Frau verwandelt. Sie konnte jedoch keinen Partner finden, was sie sehr traurig machte. Hwanung war sehr gerührt von ihren Gebeten und nahm sie schließlich selbst zur Frau. Bald darauf bekamen die beiden einen Sohn, dem sie den Namen Tangun gaben. 2333 vor Christus gründete Tangun eine Stadt, die einmal zum Mittelpunkt eines großen Königreichs werden sollte.“⁹

8 | Vgl. Gi-Wook Shin, *Ethnic Nationalism in Korea: Genealogy, Politics, and Legacy*, Stanford University Press, Stanford, 2006, 2.

9 | Vgl. Bruce Cumings, *Korea's Place in the Sun: A Modern History*, W.W. Norton & Company, New York, 2005, 29 f. (zusammengefasst und übersetzt durch die Autoren).

Bei dieser kurzen Geschichte handelt es sich um nichts weniger als um den Gründungsmythos Koreas. Das große Königreich, das Hwanungs Sohn einst gründete, trug den Namen Gojoseon und gilt als Urkorea. Die Stadt, die er in der Nähe des heutigen Pjöngjang erbaute, hieß Asadal und bildete die Hauptstadt des Reiches. Tangun gilt heute als Gründungsvater Koreas, und das Jahr 2333 vor Christus markiert im Selbstverständnis der Koreaner den Ursprung der koreanischen Nation. Gleichwohl ist unter koreanischen Wissenschaftlern umstritten, ob Tangun jemals gelebt hat. Es war die staatliche Förderung, die den Befürwortern dieser These half, jenen Streit für sich zu entscheiden und Tangun zur historischen Gestalt zu machen.¹⁰ Die Tatsache, dass der Gründungsmythos noch heute jedem Schulkind beigebracht wird, lässt zumindest erahnen, dass es sich nicht um eine vergessene alte Geschichte handelt.

Tangun gilt heute als Gründungsvater Koreas, und das Jahr 2333 v.Chr. markiert im Selbstverständnis der Koreaner den Ursprung der koreanischen Nation.

DIE WURZELN DES NATIONALISMUS IN KOREA

Die Geschichte Koreas ist in weiten Teilen die einer großen Nation. Sie mag zwar nicht bis 2333 vor Christus, dem Jahr der mythischen Gründung Koreas durch Tangun, zurückreichen, dennoch bestätigen archäologische Funde die Existenz von Stadtstaaten auf der koreanischen Halbinsel ab circa 1100 vor Christus.¹¹ Es ist allerdings nicht lediglich die Länge der koreanischen Geschichte, die sie auszeichnet, sondern insbesondere auch die frühe Fortschrittlichkeit des Landes. Die historischen Vorgängerstaaten des heutigen Korea waren große Nationen, die die Entwicklung der ostasiatischen Region maßgeblich beeinflussten. Dies änderte sich grundlegend, als der koreanische Staat ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch innere Konflikte und Unruhen geschwächt wurde. Damals erstarkte ein anderer Staat im Osten und begann mit der Expansion seiner Macht: Japan. Das Land sollte das Schicksal Koreas für die ersten 50 Jahre des 20. Jahrhunderts maßgeblich bestimmen.

10 | Vgl. Ian Buruma, *Der Staub Gottes. Asiatische Nachforschungen*, Eichborn, Frankfurt am Main, 1992, 282.

11 | Vgl. Daniel Tudor, *Korea. The Impossible Country*, Tuttle, Rutland und Singapur, Tokio, 2012, 12.

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wurde zum ersten Mal das Interesse Japans an Korea deutlich. Südkorea sah sich mit einem in zunehmendem Maße aggressiv agierenden Nachbarn im Osten konfrontiert und geriet immer stärker in dessen Einflussphäre. Diese Entwicklung kulminierte schließlich in der Annexion Koreas durch Japan. Nach dem Ende des russo-japanischen Kriegs wurde Korea 1905 zunächst zu einem japanischen Protektorat und 1910 schließlich offiziell zur japanischen Kolonie, die es bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs bleiben sollte. Die leidvollen Erfahrungen, die die Kolonialzeit mit sich brachten, waren es schließlich auch, die die Entwicklung des Nationalismus in Korea entscheidend beeinflussten. Vor 1900 existierten zwar bereits nationalistische Strömungen in Korea, allerdings waren diese eher Ausdruck vereinzelter „intellektueller Diskurse“. ¹² Ende des 18. Jahrhunderts rief beispielsweise das China-zentrierte Weltbild, das durch die Ideologie des *hwa-yi* verkörpert wurde, den Widerstand koreanischer Philosophen hervor. Sie wehrten sich gegen die von chinesischer Seite propagierte Vorstellung, China sei das Zentrum der Zivilisation und alle anderen Völker lediglich Barbaren. In diesem Kontext lassen sich erste Anklänge einer nationalistischen Denkweise in Korea erkennen. ¹³

Bedenkt man, dass der Nationalismus seine Blütezeit in der westlichen Welt zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte, ist das Phänomen in Korea verhältnismäßig jung.

Popularität und den Status einer Massenbewegung konnte der Nationalismus allerdings erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlangen. Bedenkt man, dass der Nationalismus seine Blütezeit in der westlichen Welt zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte, ist das Phänomen des Nationalismus in Korea ein verhältnismäßig junges. Zudem ist außergewöhnlich, in welchem Zusammenhang die Ideologie sich in Korea entwickelte. Während der Nationalismus in den Staaten Westeuropas insbesondere aus der Notwendigkeit heraus entstand, verschiedene Ethnien in einen gemeinsamen Territorialstaat zu integrieren, liegt der Ursprung der Ideologie in Korea vielmehr in der Bedrohung der Ethnie

12 | Chong Son U, „Geschichte, Gegenwart und Problematik des koreanischen Nationalismus“, in: Iwo Amelung et al. (Hrsg.), *Selbstbehauptungsdiskurse in Asien: China-Japan-Korea*, Iudicium, München, 2003, 355.

13 | Vgl. Yong-Ha Shin, *Modern Korean History and Nationalism*, Jimoondang, Seoul, 2000, 5 ff.

durch einen externen Aggressor – das imperialistische Japan des frühen 20. Jahrhunderts.¹⁴

Die japanische Fremdherrschaft war durch Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung in sämtlichen Lebensbereichen gekennzeichnet. Höhere Bildung blieb Japanern vorbehalten, Löhne wurden nach Ethnie gestaffelt und die natürlichen Ressourcen Koreas rücksichtslos ausgebeutet.¹⁵ Diese repressive Politik rief zunehmend Proteste von Seiten der koreanischen Bevölkerung hervor, und schließlich begann sich eine Widerstandsbe-

wegung zu formieren. Der Wunsch, sich aus der Knechtschaft zu befreien und in einem souveränen koreanischen Staat zu leben, verbreitete sich zunehmend; die Idee des Nationalismus hatte in Korea Fuß gefasst.

Im Zuge der Proteste gegen die Japaner erklärten koreanische Nationalisten die Unabhängigkeit Koreas, was landesweite Aufstände auslöste. Die Japaner reagierten mit ausgesprochener Härte.

Am 1. März 1919 entluden sich diese Entwicklungen in der Massendemonstration, die als „First March Movement“ in die Geschichte einging. Im Zuge der Proteste erklärten koreanische Nationalisten die Unabhängigkeit Koreas, was landesweite Aufstände gegen die japanischen Imperialisten auslöste. Die Japaner begegneten den Protesten mit ausgesprochener Härte. Die Demonstrationen wurden blutig niedergeschlagen, was zu einer verheerenden Bilanz führte: Nach koreanischen Schätzungen wurden 7.500 Koreaner getötet, 15.000 verletzt und 45.000 verhaftet.¹⁶ Der 1. März 1919 stellt somit einen schwarzen Tag in der Geschichte Koreas dar, gleichzeitig ist er allerdings auch ein Meilenstein in der Geschichte des koreanischen Nationalismus. Die Koreaner lehnten sich erstmals gemeinsam gegen die Fremdherrschaft auf und verschafften ihrem Wunsch nach einer souveränen Nation Gehör. Der 1. März 1919 markiert den Tag, an dem der Nationalismus in Korea zur Ideologie des Volkes wurde.

In der Folgezeit entwickelte sich der Nationalismus immer weiter fort und wurde zunehmend populärer. Koreanische Zeitungen verbreiteten entsprechendes Gedankengut, Aktivisten im Ausland gründeten eine Exilregierung, und der

14 | Vgl. Gi-Wook Shin, James Freda und Gihong Yi, „The politics of ethnic nationalism in divided Korea“, in: *Nations and Nationalism* 5, 04/1999, Seoul, 470.

15 | Vgl. Marion Eggert und Jörg Plassen, *Kleine Geschichte Koreas*, Beck, München, 2005, 134 ff.

16 | Vgl. Shin, Fn. 8, 44.

Einen Antrieb erhielt die Bewegung des Nationalismus Ende der 1930er Jahre, als die japanische Politik gegenüber der Kolonie Korea eine neue, extremere Richtung einschlug.

Ruf nach Unabhängigkeit wurde immer lauter.¹⁷ Einen besonderen Antrieb erhielt die Bewegung schließlich Ende der 1930er Jahre, als die japanische Politik gegenüber der Ko-

lonie Korea eine neue, extremere Richtung einschlug. Sie wurde in Form der *Naisen Ittai* fortgeführt, was übersetzt bedeutet „Korea und Japan als ein Körper“.¹⁸ Dem Titel der neuen Richtlinie entsprechend, wurde nun eine vollständige Assimilierung der Koreaner angestrebt. Im Umkehrschluss bedeutete dies eine Auslöschung der koreanischen Identität. Die japanischen Machthaber propagierten, dass Korea und Japan über gemeinsame historische Wurzeln verfügten und die koreanische Rasse lediglich eine Untergruppe der japanischen sei.¹⁹ Ganz im Sinn dieser Politik wurden unter anderem der öffentliche Gebrauch der koreanischen Sprache untersagt, koreanischsprachige Zeitungen verboten und Koreaner dazu gezwungen, japanische Familiennamen anzunehmen.²⁰ Dieser massive Versuch der Japaner, die koreanische Nation von Grund auf zu zerstören, rief im Gegenzug ein weiteres Erstarren des koreanischen Nationalismus hervor.

Die Koreaner versuchten, sich möglichst stark von den japanischen Imperialisten abzugrenzen und die eigene Identität zu bewahren. Zu diesem Zweck griffen koreanische Nationalisten die Legende von Tangun auf, die erstmals im Jahr 1280 schriftlich von dem Mönch Ir'yon erwähnt wurde.²¹ Sie wurde unter der Bevölkerung verbreitet und Tangun fortan als Begründer der koreanischen Nation und als Urvater aller Koreaner inszeniert. Auf diese Weise entstand die ethnische Komponente des koreanischen Nationalismus, die sich im Prinzip des *Minjok* manifestiert. Dieses Prinzip besagt, dass die koreanische Nation auf einer gemeinsamen Blutlinie basiere, die sich bis zu Tangun

17 | Vgl. Chong-Sik Lee, *The Politics of Korean Nationalism*, University of California Press, Berkeley und Los Angeles, 1963, 130.

18 | Brian R. Myers, *The Cleanest Race: How North Koreans See Themselves – And Why It Matters*, Melville House, New York, 2010, 27.

19 | Vgl. Tudor, Fn. 11, 261.

20 | Vgl. Andrei Lankov, „Japanese policy of assimilation“, *The Korea Times*, 03.03.2011, http://koreatimes.co.kr/www/news/opinion/2013/02/165_82414.html [22.05.2013].

21 | Vgl. Josef A. Kyburz, „Korea im Wettstreit mit Japan“, in: Iwo Amelung et al. (Hrsg.), *Selbstbehauptungsdiskurse in Asien: China – Japan – Korea*, Iudicium, München, 2003, 371.

zurückverfolgen lasse.²² Korea sei folglich ein homogenes Volk, das über eine einzigartige Kultur und Geschichte verfüge, die von der japanischen und chinesischen abzugrenzen sei. Durch die Verbreitung dieser Ansicht sollte das koreanische Volk geeint und seine Identität gegen die Assimilierungsversuche der Japaner verteidigt werden.²³

Der ethnische Nationalismus Koreas war geboren und etablierte sich innerhalb kürzester Zeit. Die Entwicklungen, die sich nach dem Ende der Fremdherrschaft im Jahr 1945 ergaben, sollten dafür sorgen, dass er auch in der Zukunft erhalten blieb. Die Freude über das Ende der Kolonialzeit erhielt einen jähen Dämpfer, als klar wurde, dass Korea seine Souveränität nicht sofort zurückerhalten würde. Vielmehr entschieden die Alliierten stellvertretend für das koreanische Volk über dessen Zukunft, was eine Fortsetzung der Fremdbestimmung bedeutete, die Korea durch Japan erfahren hatte.

Der Grundstein für die Zukunft Koreas wurde 1945 auf der Konferenz von Jalta gelegt, als die USA und die Sowjetunion eine gemeinsame Treuhandverwaltung Koreas beschlossen.²⁴ Am 8. August 1945 rückten die sowjetischen Truppen vereinbarungsgemäß bis zum 38. Breitengrad vor, während die Amerikaner den südlichen Teil des Landes besetzten.²⁵ Die in der folgenden Zeit immer stärker abkühlenden Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion beeinflussten auch das Schicksal Koreas. Zahlreiche Konferenzen blieben ergebnislos, Einigungen über eine gesamt-koreanische Wahl scheiterten. 1948 wurden daraufhin in der amerikanischen Besatzungszone Wahlen abgehalten, und Syngman Rhee avancierte zum ersten Präsident der Republik Korea.²⁶ Im nördlichen Teil folgten einen Monat später Wahlen, in Folge derer Kim

Die abkühlenden Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion beeinflussten auch das Schicksal Koreas. Konferenzen blieben ergebnislos, Einigungen über eine gesamt-koreanische Wahl scheiterten.

22 | Vgl. Tudor, Fn. 11, 261.

23 | Vgl. Shin, Freda und Yi, Fn. 14, 470.

24 | Vgl. Bernd Stöver, *Geschichte des Koreakriegs: Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt*, C.H. Beck, München, 2013, 38 f.; Kathryn Weathersby, *Soviet Aims in Korea and the Origins of the Korean War, 1945-1950: New Evidence from Russian Archives*, Florida State University, Working Paper, 1993, 10.

25 | Vgl. Stöver, Fn. 24, 36 f.

26 | Ebd., 46.

Il Sung Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea wurde.²⁷ Die Teilung der koreanischen Halbinsel war besiegelt.

NATIONALISMUS ALS ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Der von 1950 bis 1953 währende Koreakrieg, die damit verbundenen großflächigen Zerstörungen und die ökonomische Rückständigkeit Südkoreas stellten das Land in den 1950er und 1960er Jahren vor enorme Herausforderungen. Der Diktator Park Chung Hee, der 1961 durch einen Militärputsch an die Macht kam, verfolgte eine äußerst umstrittene Strategie, um Herr dieser Probleme zu werden: Er bediente sich des Nationalismus. Bereits Syngman Rhee förderte nationalistische und kulturelle Programme in gewissem Ausmaß,²⁸ doch mit Park Chung Hee begann eine

Ausgehend von der Basis des ethnischen Nationalismus wurden der „Erhalt und das Wohlergehen“ der koreanischen Rasse als übergeordnetes Ziel propagiert.

Ära der systematischen Instrumentalisierung des Nationalismus zu politischen Zwecken. Sein besonderer Fokus lag dabei auf der Durchsetzung seiner ökonomischen Entwicklungsstrategie – das koreanische Volk sollte vereint und motiviert werden, um die brachliegende Wirtschaft gemeinsam wieder aufzubauen. Ausgehend von der Basis des ethnischen Nationalismus wurden der „Erhalt und das Wohlergehen“²⁹ der koreanischen Rasse in diesem Zusammenhang als übergeordnetes Ziel propagiert. In groß angelegten Kampagnen wurde an die „Liebe und Loyalität“ der Koreaner gegenüber ihrem Vaterland appelliert.³⁰ Jeder Einzelne müsse sich einbringen und dem Land, das so viel für sie getan habe, etwas zurückgeben. Arbeit wurde als „patriotische Pflicht“³¹ dargestellt, und Arbeiter wurden gar als „industrielle Soldaten“³² bezeichnet. Das Fach „National Ethics Education“ war fester Bestandteil des Lehrplans, ein Tag sowie ein Monat der Kultur wurden eingeführt, und

27 | Ebd., 47.

28 | Vgl. Sang-Mi Park, „The Paradox of Postcolonial Korean Nationalism: State-Sponsored Cultural Policy in South Korea, 1965-Present“, *Journal of Korean Studies* 15, 1, 2010, 71.

29 | Tudor, Fn. 11, 264.

30 | Gi-Wook Shin, „Nation, History and Politics: South Korea“, in: Hyung Il Pai und Timothy R. Tangherlini (Hrsg.), *Nationalism and the Construction of Korean Identity*, Institute of East Asian Studies, Berkeley, 1999, 154.

31 | Andrew E. Kim und Gil-Sung Park, „Nationalism, Confucianism, work ethic and industrialization in South Korea“, *Journal of Contemporary Asia* 33, 1, 2003, 41.

32 | Ebd.

„spirituelle Mobilisierung“³³ des Volkes wurde zu einem offiziellen Teil der Kulturpolitik. Im Zuge dessen wurde zudem die Korean Culture and Arts Foundation gegründet, die die staatliche Ideologie mithilfe von Filmen und Literatur in die Köpfe und das alltägliche Leben der Menschen transferieren sollte.³⁴ Einen zentralen Part dieser Politik stellte schließlich das New Village Movement dar, das 1970 ins Leben gerufen wurde. Nach japanischem Vorbild verfolgte diese staatlich geleitete Bewegung offiziell das Ziel, die Lebensverhältnisse und Infrastruktur in den ländlichen Gebieten Koreas zu verbessern. Im selben Maße diente sie aber auch der Indoktrination der Bevölkerung – moralische Erziehung und kulturelle Veranstaltungen waren integraler Bestandteil der Bewegung.³⁵

Die Korean Culture and Arts Foundation sollte die staatliche Ideologie mithilfe von Filmen und Literatur in die Köpfe und das alltägliche Leben der Menschen transferieren.

Auf diese Weise wurde die Ideologie des Nationalismus in Korea auch nach der Kolonialzeit nicht nur am Leben gehalten, sondern regelrecht in das Bewusstsein der Menschen gebrannt. Auch Chun Doo Chwan, der bis 1988 regierende Nachfolger Park Chung Hees, setzte die staatliche Förderung kultureller bzw. nationalistischer Programme fort und sorgte somit dafür, dass der Nationalismus weiterhin präsent blieb.

Es ist daher die außergewöhnliche Geschichte Koreas, insbesondere das dunkle letzte Jahrhundert, die eine Erklärung dafür liefert, weshalb Nationalismus in Korea noch im beginnenden 21. Jahrhundert dermaßen präsent ist und wie die speziellen Charakteristika des koreanischen Nationalismus entstanden sind. Neben der anfänglichen Notwendigkeit, nationalistisches Gedankengut zur Abwehr gegen die japanischen Assimilierungsversuche zu verbreiten, über die nationalistische Indoktrination zu Zwecken der Industrialisierung des Landes durch Park Chung Hee, war es zu Beginn des 21. Jahrhunderts schließlich zudem der Stolz auf den Wirtschaftsboom des Landes, der als Ursache für die außerordentliche Intensität des Nationalismus gelten darf. Nachdem Korea nahezu ein Jahrhundert

33 | Park, Fn. 28, 77.

34 | Ebd.

35 | Vgl. Andrei Lankov, „Saemaul Udong Sets Model for Developing Countries“, *The Korea Times*, 16.04.2010, http://koreatimes.co.kr/www/news/biz/2012/03/291_64301.html [22.05.2013]; Park, Fn. 28, 77 ff.

lang schmerzhaft Erfahrungen durchlebt hatte – die der Unterdrückung, der Fremdbestimmung durch Großmächte wie Japan, Amerika und die Sowjetunion und schließlich die der Armut nach dem Bürgerkrieg – hatte die Bevölkerung schlussendlich die langersehnte Souveränität auf mehreren Ebenen erlangt. Fremdherrschaft, Diktatur und Armut waren überwunden. Die Republik Korea war ein demokratischer Staat geworden, dessen Wirtschaft boomte. Das Land hatte zu alter Größe zurückgefunden. Endlich waren die Schatten der Vergangenheit abgeschüttelt, man konnte wieder stolz sein auf seine Nation.

WIE ÄUSSERT SICH DER KOREANISCHE NATIONALISMUS HEUTE?

2006 stimmten 56,5 Prozent der befragten Koreaner der Aussage zu „Ich bin dagegen, dass meine Kinder eine Ehe mit einem Ausländer eingehen“.

Einen Hinweis zur Beantwortung der Frage nach der andauernden Aktualität des koreanischen Nationalismus liefert erneut eine Umfrage. 2006 stimmten 56,5 Prozent der

befragten Koreaner der Aussage zu „Ich bin dagegen, dass meine Kinder eine Ehe mit einem Ausländer eingehen“.³⁶ Mehr als die Hälfte der Teilnehmer hätten folglich ihren Kindern den elterlichen Segen für eine Hochzeit mit einem Ausländer verwehrt – die Reinheit der bis 2333 vor Christus zurückreichenden Blutlinie soll gewahrt werden. Neben diesem Beispiel lassen sich weitere Facetten erkennen, die das Bild des gegenwärtigen koreanischen Nationalismus vervollständigen und dessen fortwährende Präsenz illustrieren.

Hallyu – Die koreanische Welle

Eine dieser Facetten wird durch die so genannte koreanische Welle, in Korea als *Hallyu* bezeichnet, verkörpert. Während sich Korea lange Zeit der Beeinflussung durch fremde Mächte wie Japan oder Amerika ausgesetzt sah, wendete sich das Blatt gegen Ende der 1990er Jahre. In Form der koreanischen Welle breitete sich die koreanische Popkultur über ganz Asien aus. „Gangnam Style“, der Hit

36 | In Yin Joon, Young Ho Song und Young Joon Bae, „South Koreans Attitudes Towards Foreigners, Minorities and Multiculturalism“, Beitrag präsentiert während des jährlichen Treffens der American Sociological Association, 01. bis 04.08.2008, 335.

des koreanischen Rappers Psy, schaffte es sogar weltweit in die Medien und ist das bisher erfolgreichste Beispiel koreanischer Popkultur. 1997 wurden erstmals koreanische Serien in China und Taiwan ausgestrahlt und fuhren wider Erwarten große Erfolge ein. Ausstrahlungen in Hongkong und südostasiatischen Staaten folgten. In den darauffolgenden Jahren gewannen koreanische Serien und Filme zunehmend an Popularität und verbreiteten sich blitzschnell im asiatischen Raum. Einige Jahre später wurde auch koreanische Popmusik immer beliebter und begann die asiatischen Hitlisten zu dominieren – die koreanische Welle war geboren.

Parallel zur zunehmenden Verbreitung koreanischer Popkultur wuchs das Interesse an Korea im Allgemeinen. Koreanisches Essen sowie koreanische Mode fanden eine immer größer werdende Anhängerschaft, die Nachfrage nach koreanischen Sprachkursen stieg enorm, und ein Fantourismus zu den koreanischen Drehorten der berühmtesten Filme entstand.³⁷ Selbst vor dem Wunsch, wie die koreanischen Idole aussehen zu wollen, wurde und wird nicht halt gemacht, wie plastische Chirurgen berichten.³⁸ Korea ist *in* in Asien. Diese Tatsache erfüllt die Menschen des Landes mit enormem Stolz. Der aus Südkorea stammende Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon, kommentierte dies folgendermaßen: „Die koreanische Welle hat dem Land den seit langer Zeit überfälligen Respekt eingebracht.“³⁹ Jeongsuk Joo umschreibt dieses Phänomen als „Pop-Nationalismus“⁴⁰ – die plötzliche Popularität der eigenen Kultur im gesamten asiatischen Raum stärkt nationalistische Gefühle und hält Stolz und Nationalbewusstsein in Südkorea weiterhin am Leben. *Hallyu* ist somit mehr als nur Musik und Fernsehen, es ist Ausdruck des modernen koreanischen Nationalismus und Ausdruck des Bewusstseins, eine einflussreiche Nation zu sein.

Die plötzliche Popularität der eigenen Kultur im gesamten asiatischen Raum stärkt nationalistische Gefühle und hält Stolz und Nationalbewusstsein in Südkorea weiterhin am Leben.

37 | Vgl. Jeongsuk Joo, „Transnationalization of Korean Popular Culture and the rise of Pop nationalism in Korea“, *The Journal for Popular Culture* 44, 3, 2011, 490 und 495.

38 | Vgl. Doobo Shim, „Hybridity and the Rise of Korean popular culture in Asia“, *Media Culture and Society* 28, 1, 2006, 29.

39 | Joo, Fn. 37, 496.

40 | Ebd.

Korean Spirit and Culture Promotion Project

Das Korean Spirit and Culture Promotion Project verfolgt das Ziel, die koreanische Kultur nicht nur zu bewahren, sondern sie insbesondere weltweit zu verbreiten.

Neben der modernen Popkultur wird auch für den Erhalt der ursprünglichen, traditionellen koreanischen Kultur Sorge getragen. Zu diesem Zweck wurde 2005 eine koreanische Organisation mit dem Namen Korean Spirit and Culture Promotion Project gegründet. Sie verfolgt das Ziel, die koreanische Kultur nicht nur zu bewahren, sondern sie insbesondere weltweit zu verbreiten. Die diesbezüglichen Anstrengungen sind durchaus beachtlich: Die Organisation unterhält Zweigstellen in Deutschland, Amerika und Großbritannien und produziert kostenlose Broschüren, die der Information über die koreanische Geschichte und Kultur dienen und in zahlreichen Sprachen veröffentlicht werden. Diese Broschüren werden in großer Zahl an Schulen, Universitäten, Unternehmen und Botschaften sowie hochrangige ausländische Regierungsmitglieder verteilt.⁴¹ Ihre Existenz betont demzufolge exemplarisch die Wichtigkeit, die dem kulturellen Erbe in der Republik Korea beigegeben wird. Gleichzeitig verkörpert die Organisation im selben Maße einen anderen Aspekt, der im Nationalismus Koreas aktuell eine zentrale Rolle einnimmt: Das Bedürfnis, das sich auch in der Bevölkerung beobachten lässt, die eigene Kultur zu verbreiten und in der Welt auf Südkorea aufmerksam zu machen.

NATIONALISMUS IN DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN JAPAN UND KOREA

Eine weitere Facette, in der sich der koreanische Nationalismus von heute manifestiert, wird durch die Beziehungen des Landes zu Japan verkörpert. Diese Facette symbolisiert die Schattenseite des Nationalismus in Korea, da sie die anhaltenden Konflikte zwischen den beiden Ländern befeuert. Das bilaterale Verhältnis ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs angespannt. 1966 nahmen Japan und Südkorea offiziell wieder diplomatische Beziehungen auf, dennoch stehen zahlreiche ungelöste Konflikte, die immer wieder aufflammen, zwischen den Nachbarländern. Eine engere Kooperation, die in verschiedensten Bereichen zum beiderseitigen Vorteil wäre, wird dadurch effektiv verhindert.

41 | Vgl. Korean Spirit and Culture Promotion Project, <http://kscpp.net/KSCPPHome/OurProjects/tabid/95/Default.aspx> [08.08.2013].

Dokdo/Takeshima

Die Liancourt-Inseln – in Korea unter dem Namen Dokdo- und in Japan als Takeshima-Inseln bekannt – bilden einen der zentralen Streitpunkte zwischen Japan und Korea. Die lediglich 0,186 Quadratkilometer umfassende Inselgruppe wurde 1905 in das japanische Territorium eingegliedert, was den Anfangspunkt imperialistischer Ambitionen Japans gegenüber Korea darstellte.⁴² Dokdo hat für Korea folglich eine große symbolische Bedeutung.



Symbol koreanischer Behauptung gegenüber Japan: Die Felseninsel Dokdo, links auf dem Bildschirm eines Taximeters, rechts als Modell in einem Seouler U-Bahnhof. | Quelle: © Norbert Eschborn.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden territoriale Angelegenheiten durch den Friedensvertrag von San Francisco von 1952 geregelt. In diesem wurden zahlreiche Inseln namentlich aufgeführt, die Japan an Korea zurückzugeben hatte, Dokdo war allerdings nicht unter ihnen. Seitdem insistieren sowohl Japan als auch Südkorea auf ihren territorialen Ansprüchen bezüglich Dokdo. Vonseiten Japans wird dies mit der Behauptung begründet, Dokdo sei in keinem der Nachkriegsabkommen thematisiert und nicht mit Gewalt eingenommen worden. Vielmehr seien die Inseln zum Zeitpunkt der Annexion völkerrechtlich *Terra*

42 | Vgl. Seokwoo Lee und Hee Eun Lee, „Overview – Dokdo: Historical Appraisal and International Justice“, in: Seokwoo Lee und Hee Eun Lee (Hrsg.), *Dokdo: Historical Appraisal and International Justice*, Martinus Nijhoff Publishers, Leiden und Boston, 2011, 3.

Nullius, das heißt nicht Teil eines Staates, gewesen.⁴³ Die Koreaner entgegen dem, dass Dokdo schon seit Langem zum Hoheitsgebiet Koreas gehöre und die Annexion durch Japan somit unrechtmäßig gewesen sei. Dokdo sei 1905 nicht *Terra Nullius* gewesen, die Republik Korea sei zu diesem Zeitpunkt lediglich nicht in der Lage gewesen, die Annexion auf internationaler Ebene anzuprangern, da sie bereits unter japanischem Einfluss gestanden habe.⁴⁴ Korea beruft sich diesbezüglich auf Quellen, die belegten, dass Dokdo bereits 512 n.Chr. Teil des Silla-Königreichs (eines Vorläufers des heutigen Korea) gewesen sei und der territoriale Anspruch Koreas auf Dokdo somit rund 1.500 Jahre zurückreiche.⁴⁵ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm Südkorea die Verwaltung der Inselgruppe, Japan beharrt jedoch unverändert darauf, dass Dokdo zum japanischen Staatsgebiet gehöre.⁴⁶ Nachdem der Konflikt einige Zeit geruht hatte, entflammte er Ende des 20. Jahrhunderts erneut, als Japan 1997 unilateral eine 200 Seemeilen umfassende Handelszone um Dokdo ausrief und koreanische Fischerboote, die sich in diesem Gebiet aufhielten, bedrängte.⁴⁷ Darauf folgende Provokationen, die von beiden Seiten ausgingen, führten schließlich zu einer Zuspitzung der Situation: 2002 rief die Veröffentlichung japanischer Schulbücher, in denen Dokdo als Teil Japans dargestellt wurde, Demonstrationen in Südkorea hervor und zog diplomatische Spannungen nach sich. In der Republik Korea wurde 2004 trotz japanischer Proteste eine Briefmarkenserie veröffentlicht, die Naturmotive Dokdos darstellte.

43 | Vgl. Hyun Dae Song, „The Dokdo-Takeshima Issue: Its Origins and the Current Situation“, in: ders. (Hrsg.), *The Historical Perceptions of Korea and Japan: Its Origins and Points of the Issues Concerning Dokdo-Takeshima, Yasukuni Shrine, Comfort Women and Textbooks*, Nanam Publications, Seoul, 2008, 44.

44 | Ebd., 44 und 89.

45 | Vgl. Jon M. Van Dyke, „Addressing and Resolving the Dokdo Matter“, in: Lee, Fn. 42, 29; Ralf Emmers, *Japan-Korea Relations and the Dokdo/Takeshima Dispute: The Interplay of Nationalism and Natural Resources*, S. Rajaratnam School of International Studies, Working Paper, Singapur, 2010, 2.

46 | Vgl. Emmers, Fn. 45, 2.

47 | Vgl. Michael A. Launius, „The politics of competing territorial claims to Dokdo“, Beitrag präsentiert während des Ersten Weltkongress für Koreastudien, Seoul, 18. bis 20.06.2002, 6.

Eine kurzzeitige Eskalation erfuhr der Konflikt im folgenden Jahr, als die Shimane-Präfektur, in die Dokdo 1905 von Japan eingegliedert wurde, den 22. Februar zum „Takeshima-Tag“ erklärte. Besonders kritisch war in diesem Zusammenhang das Timing: Die Ausrufung des Feiertags erfolgte exakt 100 Jahre nach der Annexion Dokdos am 22. Februar 1905 und somit genau ein Jahrhundert nach Beginn der Kolonialisierung Koreas.⁴⁸ Dieser Affront zog wütende Proteste in der koreanischen Bevölkerung nach sich. Eine Beruhigung des Konflikts trat auch in den letzten Jahren nicht ein. Die jüngsten Ereignisse in der Auseinandersetzung um Dokdo umfassten den Besuch der Insel durch den koreanischen Premierminister 2008, der mit einer groß angelegten Militärübung verbunden war, die erneute Veröffentlichung von Geschichtsbüchern in Japan 2010, die kritische Aussagen bezüglich Dokdos enthielten, sowie den ersten Besuch Dokdos durch einen koreanischen Staatspräsidenten, Lee Myung Bak, im Jahr 2012.

„Trostrfrauen“

Einen weiteren Streitpunkt zwischen Japan und der Republik Korea, der ebenfalls auf die Kolonialzeit zurückzuführen ist, bilden die „Trostrfrauen“. Unter diesem Begriff werden die nach unterschiedlichen Schätzungen 50.000 bis 200.000 Frauen zusammengefasst, die während des Pazifikkriegs von den Japanern zur Prostitution gezwungen wurden.⁴⁹ Sie wurden in „Trostrstationen“, die in allen durch Japan besetzten Gebieten existierten, untergebracht und sollten insbesondere die Motivation der japanischen Soldaten stärken und so die Effektivität der japanischen Armee steigern.

Unter dem Begriff „Trostrfrauen“ werden die nach unterschiedlichen Schätzungen 50.000 bis 200.000 Frauen zusammengefasst, die während des Pazifikkriegs von den Japanern zur Prostitution gezwungen wurden.

Südkoreanische Frauen betraf dieses Kapitel der japanischen Kolonialzeit insbesondere, da über die Hälfte der „Trostrfrauen“ aus Korea stammte. Sie wurden in jungen Jahren von ihren Eltern aus Geldnöten verkauft, von den Japanern entführt oder begaben sich freiwillig in die Hände der Kolonialherren, nachdem ihnen unter Vorspiegelung

48 | Vgl. Wada Harouki, „Japans Policy Towards Territorial Disputes in East Asia“, in: Song (Hrsg.), Fn. 43, 189.

49 | Vgl. Myoung-Sook Youn, „Controversies surrounding the question of the Japanese army’s comfort stations and comfort women“, in: Song (Hrsg.), Fn. 43, 217.

falscher Tatsachen ein gut bezahlter Arbeitsplatz in einer japanischen Fabrik versprochen worden war.⁵⁰ Die japanische Regierung spielte dabei eine führende Rolle, was die Verwaltung und Planung der „Trodstationen“ angeht. Eine offizielle Entschuldigung bzw. eine individuelle Entschädigung der noch lebenden Opfer hat bisher nicht stattgefunden.⁵¹ Um ihrer Empörung diesbezüglich Ausdruck zu verleihen, starteten 1992 234 ehemalige „Trostfrauen“ die so genannten Mittwochsdemonstrationen, die seitdem wöchentlich vor der japanischen Botschaft in Seoul abgehalten werden.⁵²



Symbol des koreanischen Opfernationalismus: Trostfrauenmahnmal gegenüber der japanischen Botschaft in Seoul. | Quelle: © Norbert Eschborn.

Yasukuni-Schrein

Seit Jahrzehnten besuchen hochrangige japanische Politiker regelmäßig den Yasukuni-Schrein in Tokio, um der japanischen Kriegsgefallenen zu gedenken, zuletzt 168 Mitglieder des japanischen Parlaments im April 2013.⁵³ In Folge solcher Besuche kommt es regelmäßig zu diplomatischen

50 | Vgl. Cungee Sarah Soh, *The Comfort Women*, The University of Chicago Press, Chicago, 2008, 3 f.; Youn, Fn. 49, 219.

51 | Vgl. Youn, Fn. 49, 223 und 227.

52 | Vgl. Mee-Yo Kwon, „Activist from Canada Attends 900th Protest“, *The Korea Times*, 13.01.2010, http://koreatimes.co.kr/www/news/nation/2013/07/117_58991.html [27.08.2013].

53 | Vgl. „Japan and its neighbours. For whom the bell tolls. A visit to the controversial Yasukuni shrine upsets the neighbours“, *The Economist*, 27.04.2013, <http://economist.com/news/asia/21576724-visit-controversial-yasukuni-shrine-upsets-neighbours-whom-bell-tolls> [07.08.2013].

Spannungen zwischen Südkorea und Japan. Die Ursache dafür ist, dass am Yasukuni-Schrein unter anderem 14 verurteilte Kriegsverbrecher der Klasse A gedacht wird. Dem Einstufungssystem der Alliierten entsprechend, sind Kriegsverbrecher der Klasse A die Hauptschuldigen, die durch die politische Führung repräsentiert werden. Sieben der 14 am Yasukuni-Schrein verehrten Kriegsverbrecher wurden im Zuge der Tokioter Prozesse – dem Pendant zu den Nürnberger Prozessen – exekutiert. Darüber hinaus werden am Yasukuni-Schrein etwa 200.000 gefallene Koreaner verehrt, die im Laufe der japanischen Besetzung zwangsrekrutiert wurden.⁵⁴ Koreanische Familien äußerten wiederholt die Bitte, ihre Angehörigen von der Liste der Personen, die am Yasukuni-Schrein verehrt werden, zu entfernen. Für sie sei der Gedanke unerträglich, dass ihrer Verwandten am Schrein für deren Verdienst am Vaterland Japan gedacht werde. Bisher fand die Bitte der koreanischen Familien allerdings kein Gehör.

Die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea sind ein eigenes hochkomplexes Thema. Eine umfangreiche Literatur beschäftigte sich bereits mit der Erörterung dieses spannungsgeladenen Verhältnisses, der hier gewählte Fokus liegt allerdings auch in diesem Kontext auf dem Aspekt des koreanischen Nationalismus. Welche tragende Rolle dieser im Konflikt der beiden Länder spielt, zeigt sich vor allem in der Kontroverse um Dokdo. Die Inseln sind kaum mehr als eine Reihe karger Felsen, und dennoch sind sie Gegenstand einer langjährigen, aggressiv ausgetragenen Auseinandersetzung. Verstehen kann dies nur, wer weiß, dass Dokdo ein Symbol für die Unterdrückung Koreas durch Japan darstellt. Die Inselgruppe verkörpert die zahlreichen schmerzhaften Jahre, die Korea unter japanischer Herrschaft zu leiden hatte, und transportiert somit auch den koreanischen Nationalismus: Würde Korea im Streit um die Inseln nachgeben oder sich auch nur kooperativer verhalten, wäre dies ein erneuter Triumph Japans über Korea. Der Nationalstolz der Koreaner gebietet der Republik Korea, an Dokdo festzuhalten, um Japan und der Welt seine wiedergewonnene Stärke zu demonstrieren.

Die Inselgruppe Dokdo verkörpert die schmerzhaften Jahre, die Korea unter japanischer Herrschaft zu leiden hatte. Würde Korea im Streit um die Inseln nachgeben, wäre dies ein erneuter Triumph Japans über Korea.

54 | Vgl. Takahashi Tetsuya, „Yasukuni Shrine. A Controversial Historic Issue involving Japan and Korea“, in: Song (Hrsg.), Fn. 43, 202 ff.

FAZIT: SELBSTBEWUSSTSEIN UND NATION BRANDING

Noch ist der Nationalismus in Korea folglich sehr präsent. Diese Aktualität bildet eine weitere Besonderheit des koreanischen Nationalismus – während Nationalstaaten weltweit zugunsten großer Staatenzusammenschlüsse wie beispielsweise der EU in ihrer Bedeutung allmählich relativiert werden, ist Nationalismus in Südkorea so aktuell wie in kaum einer entwickelten Industrienation. Zusammengekommen ergeben die erläuterten Beispiele ein facettenreiches Bild dessen, was Nationalismus Korea heute bedeutet. Darüber hinaus geben sie den Blick frei auf ein interessantes Charakteristikum des koreanischen Nationalismus heute: das Bedürfnis, die eigene Kultur in die Welt hinaus

zu transportieren und dem Land international zu einem positiven Ruf zu verhelfen.

Das Land war eines der ärmsten der Welt und fiel durch eine enorm hohe Analphabetenrate auf. Heute ist Südkorea die zwölftstärkste Wirtschaftsnation der Welt.

Dieses Bedürfnis scheint eine Art historisch verwurzelten Komplex darzustellen: Lange Zeit war Korea Spielball der Mächte; selbst

was die eigene Zukunft anbelangte, wurde der Bevölkerung des Landes ein Mitspracherecht verwehrt. Das Land war eines der ärmsten der Welt und fiel durch eine enorm hohe Analphabetenrate auf. Heute ist Südkorea die zwölftstärkste Wirtschaftsnation der Welt.⁵⁵ Dieser Staat ist innerhalb kürzester Zeit von einem Entwicklungsland zu einer führenden Industrienation aufgestiegen. Und dennoch ist Südkorea auch heute noch eine „unbekannte Größe“,⁵⁶ wie Daniel Tudor es formuliert: Das Land werde selbst von denen, die sich für Asien interessieren, oftmals zugunsten seiner mächtigen Nachbarn China und Japan übersehen.⁵⁷ In Verbindung mit dem historischen Komplex, der im Bewusstsein der Südkoreaner zu existieren scheint, bildet das eine Erklärung für diese Komponente des Nationalismus in Korea. Jetzt, da die Nation endlich zu alter Größe zurückgefunden hat, soll der Rest der Welt davon Kenntnis nehmen und ihr mit entsprechendem Respekt begegnen.

Welch außergewöhnlicher Wandel Südkorea in den letzten Jahrzehnten erfasst hat, wird auf vielfältige Weise deutlich. Eine Facette, die das von dieser Entwicklung abgeleitete neue Selbstbewusstsein Koreas symbolisiert, ist die

55 | Vgl. Weltbank, <http://data.worldbank.org/data-catalog/GDP-PPP-based-table> [08.08.2013].

56 | Tudor, Fn. 11, 9.

57 | Ebd.

seit einigen Jahren von staatlicher Seite betriebene *Nation Branding*-Kampagne. Unter *Nation Branding* versteht man den Versuch eines Landes, seinen internationalen Ruf zu verbessern, um dadurch politische und ökonomische Vorteile zu erzielen.⁵⁸ Während Südkorea zwar inzwischen zu den wirtschaftsstärksten Nationen der Welt zählt, scheint das internationale Bild des Landes dennoch begrenzt auf „Gangnam Style“, Samsung und Kimchi. Erste Versuche, dies zu ändern, startete der ehemalige koreanische Präsident Kim Dae Jung, der während der gemeinsam von Korea und Japan ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft 2002 eine groß angelegte Imagekampagne

ins Leben rief, um international für Korea zu werben.⁵⁹ Stärker in den Fokus der Politik geriet das *Nation Branding* unter der Regierung Lee Myung Baks. Er bezeichnete es im Jahr seines Amtsantritts 2008 als eines der drei

2009 wurde der Presidential Council on Nation Branding gegründet. Er ist direkt dem Präsidenten unterstellt und verfügt über ein Budget von rund 70 Millionen Euro.

Kernelemente, die für die Zukunft Koreas entscheidend seien.⁶⁰ Im folgenden Jahr wurde der Presidential Council on Nation Branding gegründet. Dieser ist direkt dem Präsidenten unterstellt und verfügt über ein Budget von 100 Milliarden Won (derzeit rund 70 Millionen Euro).⁶¹ Ziel der Einrichtung ist laut Bak unter anderem, die Republik Korea zu einem international respektierten Land zu entwickeln.⁶² Der aktuelle Vorsitzende des Presidential Council on Nation Branding, Samuel Koo, betonte, dass seine Einrichtung kontinuierlich darauf hin arbeite, Südkorea zu einer der führenden Nationen der Welt zu machen.⁶³ Erfolge – seien sie nun staatlichen Kampagnen zuzuschreiben oder nicht – sind durchaus zu beobachten. Während die koreanische Welle sich auf Asien beschränkt, wurde Psys Hit „Gangnam

58 | Vgl. Alena Schmuck, „Nation Branding in South Korea: A Modern Continuation of the Developmental State“, in: Rüdiger Frank et al., *Korea 2011: Politics Economy and Society*, Brill, Leiden, 2011, 98 ff.

59 | Ebd., 101.

60 | Vgl. „Background & Objective“, Presidential Council on Nation Branding, <http://koreabrand.net/gokr/en/cms/selectKbrdCmsPageTbl.do?cd=0118&m1=1&m2=3> [08.08.2013].

61 | Vgl. Schmuck, Fn. 58, 107.

62 | Vgl. Na Jeong-ju, „Presidential Council on Nation Branding Opens“, *The Korea Times*, 22.01.2009, <http://koreatimes.co.kr/www/news/include/print.asp?newsIdx=38362> [08.08.2013].

63 | Vgl. Samuel Koo, „Improvements in nation branding begin today“, Presidential Council on Nation Branding, <http://koreabrand.net/gokr/en/cms/selectKbrdCmsPageTbl.do?cd=0124&m1=2&m2=1> [08.08.2013].

Style“ 2012 beispielsweise ein internationaler Erfolg, die Anzahl der Touristen in Korea hat sich seit 2007 mehr als verdoppelt, und koreanische Firmen wie beispielsweise Ne-xon überzeugen weiterhin mit ihrer starken Performanz.

Die Republik Korea ist von der Defensive zur Offensive übergegangen. Die *Nation Branding*-Kampagne verkörpert somit, wie auch die koreanische Welle, nicht nur das neue Selbstbewusstsein des Landes, sondern auch die Überwindung der Vergangenheit. Was als defensiv geprägter Nationalismus zum Schutz der eigenen Identität entstand, mündet schließlich im beginnenden 21. Jahrhundert in der Selbstinszenierung des Landes Südkorea.

AUSBLICK: GLOBALISIERUNG ALS ENDE DES KOREANISCHEN NATIONALISMUS?

Nationalismus war und ist ein bedeutender Teil des koreanischen Bewusstseins. Allerdings befindet sich auch Südkorea im Wandel. Unternehmen wie die Konglomerate Samsung und LG agieren erfolgreich auf dem Weltmarkt. Während die Anzahl der in Südkorea lebenden Ausländer noch vor zwei Jahrzehnten bei verschwindend geringen 50.000 lag, erfährt das Land seit einiger Zeit einen enormen Zuzug.⁶⁴ Insbesondere für Chinesen und Südostasiaten ist das Land attraktiv geworden. Südkorea ist im 21. Jahrhundert angekommen und befindet sich mitten im Sog der Globalisierung. Diese Veränderungen werden auch Auswirkungen auf den koreanischen Nationalismus haben. Wird die zunehmende Öffnung Koreas unweigerlich eine Abschwächung des Nationalismus nach sich ziehen? Oder ist der Nationalismus so tief in der Gesellschaft Koreas verankert, dass er auch den Einflüssen der Globalisierung standhalten wird? Lassen sich Nationalismus und Globalisierung vereinen?

Der Korea-Experte Professor Gi Wook Shin sieht trotz der zunehmenden Einflüsse der Globalisierung keine Anzeichen für eine Abschwächung des Nationalismus.⁶⁵ Vielmehr

64 | Vgl. Yoshihiro Makino, „South Korea struggles to welcome growing number of foreign workers“, *The Asahi Shimbun*, 11.05.2013, <http://ajw.asahi.com/article/economy/business/AJ201305110007> [08.08.2013].

65 | Vgl. Gi-Wook Shin, *The Paradox of Korean Globalization*, Stanford University Press, Stanford, 2003, 18 f.

beobachte er eher den gegenteiligen Effekt, das heißt eine Zunahme der Intensität des Nationalismus infolge der Globalisierung. Die Ursache dafür sei, dass Südkorea versuche, die Einflüsse der Globalisierung derart zu gestalten, dass diese lediglich positive Auswirkungen für das Land habe. Die Globalisierung habe ferner zu einer Art Erwachen geführt, was das eigene kulturelle Erbe anbelange. Dies habe sich insbesondere in der zunehmenden Förderung der koreanischen Kultur ausgedrückt – eine Maßnahme, die der frühere koreanische Präsident Kim Dae Jung offiziell in die Agenda des Globalisierungsprogramms seiner Regierung aufgenommen habe. Korea könne lediglich erfolgreich zu einem Teil der globalisierten Welt werden, wenn die koreanische Identität gewahrt werde, so der Nobelpreisträger.⁶⁶ Ein Beispiel, das diesen Trend zu bestätigen scheint, findet sich im koreanischen Medienrecht. Dieses schreibt vor, dass mindestens 80 Prozent der von den staatlichen Fernsehsendern ausgestrahlten Programme koreanische Produktionen sein müssen.⁶⁷ Während also auf der einen Seite die positiven Einflüsse der Globalisierung nach und nach zugelassen wurden, habe sich die Politik auf der anderen Seite aktiv für den Erhalt der koreanischen Kultur eingesetzt.

Das koreanische Medienrecht schreibt vor, dass mindestens 80 Prozent der von den staatlichen Fernsehsendern ausgestrahlten Programme koreanische Produktionen sein müssen.

Es mehren sich allerdings Fakten, die von einer gegenteiligen Entwicklung bezüglich des koreanischen Nationalismus und des Umgangs der koreanischen Regierung mit der Globalisierung zeugen. Ein Beispiel hierfür sind die Reaktionen auf ein Gesetz aus dem Jahr 2000, das ethnischen Koreanern unbegrenztes Aufenthaltsrecht in Korea einräumte, es sei denn, es handelt sich um Zuwanderer aus Russland oder China. Ziel war es, den Zuzug auf gut ausgebildete, englischsprachige Auslandskoreaner zu begrenzen, die in diesen beiden Ländern nicht vermutet wurden. Dieses Gesetz wurde bereits 2004, nach Protesten zivilgesellschaftlicher Organisationen, abgeändert und gilt nun für alle ethnischen Koreaner im Ausland.⁶⁸ Ähnlich verhielt es sich mit anderen diskriminierenden Gesetzen, von denen einige in den letzten Jahren korrigiert oder gänzlich aufgehoben

66 | Ebd.

67 | Eigene Recherchen der Autoren.

68 | Vgl. Yoonjung Lee, „Migration, Migrants and Contested Ethno Nationalism in Korea“, *Critical Asian Studies* 41, 3, 2009, 371.

wurden. Dies betrifft vor allem den 1948 in Kraft getretenen Korean Nationality Act, der ein halbes Jahrhundert lang Kindern, deren Väter keine ethnischen Koreaner waren, die koreanische Staatsbürgerschaft verwehrte.⁶⁹ 1998 wurde dieses Gesetz endgültig revidiert: Unabhängig davon, welches Elternteil Koreaner ist, erhalten die Kinder seither automatisch die koreanische Staatsbürgerschaft.⁷⁰

Auf die Frage „Was ist das wichtigste Kriterium, das einen Koreaner ausmacht?“ wurde im Jahr 2005 die Antwort „koreanische Staatsbürgerschaft“ am häufigsten genannt.

Ein weiteres Anzeichen, das für einen langsam einsetzenden Wandel spricht, ist das Ergebnis einer Umfrage des East Asia Institute aus dem Jahr 2005 zum Thema koreanische Identität. Auf die Frage „Was ist das wichtigste Kriterium, das einen Koreaner ausmacht?“ wurde

die Antwort „koreanische Staatsbürgerschaft“ insgesamt am häufigsten genannt, während die Antwort „koreanische Blutlinie“ zwar nahezu ebenso oft registriert wurde, aber im Vergleich mit den anderen Antworten lediglich auf Platz fünf liegt.⁷¹ Die geringen Abstände zwischen den verschiedenen Antwortmöglichkeiten dürfen hier natürlich nicht außer Acht gelassen werden. Bedenkt man allerdings die hohe Quote derer, die in der Umfrage Gi Wook Shins aus dem Jahr 2000 die gemeinsame Blutlinie der Koreaner bejaht hatten, so ist die Aussage des Ergebnisses von 2005 nicht zu unterschätzen.

Diese wenigen Beispiele deuten bereits darauf hin, dass sich eine graduelle Änderung bezüglich der Exklusivität des koreanischen Nationalismus vollzieht. Bedenkt man allerdings, dass noch 2006 56,5 Prozent der Befragten bei einer anderen Umfrage antworteten, dass sie nicht einverstanden wären, wenn ihre Kinder eine Ehe mit einem Ausländer eingehen würden, ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Wie lässt sich das erklären?

69 | Vgl. Hye Kjung Lee, „Gender, Migration and Civil Activism in South Korea“, *Asian and Pacific Migration Journal* 12, 1-2, 143.

70 | Vgl. Kim Sun Uk, „An Analysis of Legislative Policy for Performance of CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women)“, in: Chang Pilhwa und Euhn-Shil Kim (Hrsg.), *Women's Experiences and Feminist Practices in South Korea*, Ewha Womens University Press, Seoul, 2005, 267.

71 | Vgl. Lee, Fn. 68, 377.

Derzeit spielt Nationalismus unweigerlich noch eine sehr große Rolle in der koreanischen Gesellschaft. Allerdings scheint der Stellenwert im Vergleich zur Vergangenheit zwar sehr langsam, aber dennoch stetig abzunehmen. Dieser Trend wird sich vermutlich in den nächsten Jahren verstärken, was sich auf unterschiedliche Faktoren zurückführen lässt. Zunächst muss man bedenken, was für Auswirkungen der Zuwachs an Ausländern hat, der in den kommenden Jahren wohl weitergehen wird. Während das Land noch 1980 nahezu isoliert war und 2001 offiziell lediglich 200.000 Ausländer in Südkorea lebten, waren es 2011 bereits 1,4 Millionen.⁷² Das entspricht einer Steigerung der Ausländerpopulation um 600 Prozent in nur zehn Jahren.

Dieser Trend wird sich fortsetzen, da die koreanische Wirtschaft einen hohen Bedarf an beidem hat: sowohl an gut ausgebildeten als auch an gering qualifizierten Arbeitskräften, die in den Fabriken der koreanischen Industrie benötigt werden. Die demografische Entwicklung in der Republik Korea wird diese Tendenz noch verstärken. Koreaner werden zunehmend mit Ausländern in Berührung kommen, die Anzahl der internationalen Partnerschaften wird zunehmen. Während koreanische Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg Partnerschaften mit amerikanischen Soldaten eingingen, mit enormen Diskriminierungen zu kämpfen hatten, machte die Zahl der gemischten Beziehungen 2006 bereits zwölf Prozent der neu geschlossenen Ehen aus.⁷³ In den ländlichen Gebieten Koreas lag dieser Anteil gar bei 41 Prozent.⁷⁴ Diesem hohen Prozentsatz liegt zwar das spezielle Phänomen zugrunde, dass koreanische

Landwirte sich mit dem Problem konfrontiert sehen, keine koreanischen Ehefrauen mehr zu finden und daher Ehen mit Frauen aus südostasiatischen Ländern eingehen.

Aus Mischehen gehen Kinder hervor, die gemäß dem tradierten Denken keine ethnisch reinen Koreaner sind. Dadurch wird die koreanische Blutlinie unterbrochen.

Nichtsdestotrotz hat dieser Trend Auswirkungen. Aus Mischehen gehen Kinder hervor, die gemäß dem tradierten Denken keine ethnisch reinen Koreaner sind. Dadurch wird die koreanische Blutlinie unterbrochen, die Mär der ethnischen Homogenität des koreanischen Volkes wird nicht mehr zu halten sein. Noch ist die Zahl dieser Kinder überschaubar, aber parallel zu der wachsenden

72 | Vgl. Tudor, Fn. 11, 271.

73 | Vgl. Lee, Fn. 68, 371.

74 | Ebd.

Zahl internationaler Ehen wird auch sie wachsen und eine Gemeinde gemischt-ethnischer Koreaner wird entstehen. Die Diskriminierungen, denen sie sich im Moment noch ausgesetzt sieht, werden abnehmen, da die Gemeinde in absehbarer Zeit eine gewisse Größe erreicht haben wird. Während Ausländer noch vor einigen Jahren eine Rarität in Südkorea darstellten, werden sie in naher Zukunft einen festen Bestandteil der Bevölkerung ausmachen.

Ein anderer Faktor, der zu dem uneinheitlichen Bild beiträgt, liegt in der Tatsache, dass sich die Intensität des Nationalismus nach Altersgruppen unterscheidet. Innerhalb der koreanischen Jugend ist der Nationalismus durchaus noch präsent, spielt dort allerdings keine primäre Rolle mehr.⁷⁵ Die junge und medial vernetzte Generation hat die dunkle Zeit Koreas nicht miterlebt, musste weder unter japanischer Unterdrückung noch unter amerikanischer Fremdbestimmung oder beißendem Hunger und Armut leiden. Vielmehr wurde sie in eine globalisierte Welt hineingeboren, in der Ausländer nach und nach zum Teil des Straßenbildes werden. Die Jungen verlieren ihre Berührungsängste, haben ausländische Schulkameraden, die schließlich zu Freunden und Partnern werden. Zudem haben sie Möglichkeiten, die ihren Vorfahren verwehrt blieben: Während Südkorea bis zum Ende der Diktatur ein abgeschottetes Land war, hat die heutige Jugend die Möglichkeit, zu reisen, Praktika im Ausland zu machen oder ein Auslandssemester zu absolvieren. Dadurch wird ihr ein völlig anderer Blickwinkel auf die Welt und ihre eigene Nation zugänglich.

Dass Nationalismus in Korea weiterhin stark in der Gesellschaft verwurzelt ist, lässt sich dagegen unter anderem auf den Einfluss der älteren Generation zurückführen. An den Schaltstellen von Politik und Gesellschaft sitzen noch jene, die das Geltungsbedürfnis Südkoreas in der Welt nicht angemessen befriedigt sehen. Allerdings ist zu beobachten, dass eine schleichende Abschwächung des Nationalismus eingesetzt hat, die sich wohl auch in absehbarer Zeit fortsetzen wird. Der Beitritt der Republik Korea zur offenen Weltgesellschaft ist nicht nur eine Chance, sondern eine Notwendigkeit. Dies würde bedeuten, dass Korea auch im Innern das weltoffene Land wird, das es durch seine Imagewerbung im Ausland zu sein vorgibt.

75 | Tudor, Fn. 11, 270.

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Die öffentliche Diskussion zu Fragen der internationalen Politik passt nicht zu den Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht. Entwicklungen im Nahen Osten, in Afrika, aber auch in Asien und den Amerikas können uns nicht gleichgültig sein. In welchen Bereichen sollte sich deutsche Außenpolitik stärker engagieren, welche Themen müssen stärker in die deutsche Öffentlichkeit hineingetragen werden?

**GLOBALE
MEGATRENDS (I):**

**WELTWEITE
MACHTVER-
SCHIEBUN-
GEN**

**GLOBALE
MEGATRENDS (II):**

**DEMOGRA-
PHISCHER
WANDEL**

**SICHERHEIT
UND ENT-
WICKLUNG
IM SAHEL**

**HANDLUNGS-
FELDER UND
ANSÄTZE
EINER DEUT-
SCHEN ENER-
GIEWENDE-
AUSSEN-
POLITIK**

**EUROPÄISCHE
INSELLÖSUNGEN
ALS FUNDAMENT
EINER STÄRKUNG
DER EUROPÄI-
SCHEN VERTEI-
DIGUNGSFÄHIG-
KEITEN?**

**BEKÄMPFUNG
DER PIRATE-
RIE:**

**EIN ASPEKT
MARITIMER
SICHERHEIT FÜR
DEUTSCHLAND**

**Diskutieren Sie mit uns:
politikdialog@kas.de**

Alle Ausgaben online:
kas.de/perspektiven



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



Denis Schrey ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Phnom Penh, Kambodscha.



Allan Tran-Sam ist Student im Masterstudium der Internationalen Zusammenarbeit, Humanitären Hilfe und Entwicklungspolitik an der Université Paris I Panthéon-Sorbonne.



Stefanie Hartwig, Studentin im Masterstudiengang Politikwissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, forschte in Phnom Penh zur Institutionalisierung des kambodschanischen Parteiensystems.

DIE PARLAMENTSWAHLEN 2013 UND DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN PARTEIEN IN KAMBODSCHA

Denis Schrey / Allan Tran-Sam / Stefanie Hartwig

Am 28. Juli um 19.41 Uhr hat der kambodschanische Informationsminister, Khieu Kannarith, die vorläufigen Resultate der Parlamentswahlen auf Facebook präsentiert – der fünften Parlamentswahl in Kambodscha nach dem Pariser Friedensvertrag von 1991.¹ Die Nachricht des Ministers, „Kambodschanische Volkspartei (CPP): 68 Sitze, Kambodschanische Nationale Rettungspartei (CNRP): 55 Sitze“, kam eine Stunde, nachdem sich die wichtigste Oppositionspartei CNRP mit 63 von 120 Sitzen selbst zum Gewinner der Parlamentswahlen ausgerufen hatte.

Vor Kurzem wurden diese vorläufigen Resultate von der nationalen Wahlkommission (NEC) bestätigt – einer Kommission, die von der Opposition, zivilgesellschaftlichen Organisationen und vielen Bürgern als nicht unabhängig angesehen wird. Dieser Schritt kommt zu einer Zeit, in der Opposition und Regierungspartei uneins sind über die Einrichtung eines gemeinsamen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Wahlergebnisse und der Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenregistrierung. Die Oppositionspartei und das führende Netzwerk von NGOs zur Wahluntersuchung werfen sowohl der Wahlkommission als auch dem Verfassungsrat vor, zugunsten der Regierungspartei zu handeln und unter deren Einfluss zu stehen. Die beiden Organe seien nicht unabhängig und würden ihrer Rolle im Falle der juristischen Aufarbeitung von Klagen nicht gerecht, solange ihre Beziehung zur CPP so eng sei. Die Stimmenausschüttung an sich scheint den Wahlsieg der regierenden Partei zwar zu bestätigen, doch massive Unregelmäßigkeiten

1 | Am 23. Oktober 1991 trafen sich Vertreter aus 19 Regierungen und unterzeichneten unter dem Mandat der Vereinten Nationen den Pariser Friedensvertrag. Durch diesen sollte eine umfassende politische Lösung für die tragischen Konflikte und das anhaltende Blutvergießen in Kambodscha gefunden werden.

bei der Registrierung der Wahlberechtigten, unzureichend versiegelte Umschläge mit Stimmzetteln und gekaufte Stimmen führen zu manipulierten Wahlergebnissen.

Tabelle 1

Offizielle vorläufige Wahlergebnisse der kambodschanischen Parlamentswahlen 2013²

Politische Partei	Vorsitz	Wählerstimmen	Sitzverteilung	
			2008	2013
Nationalist Party (ehemals Norodom Rannarith Party)	Seng Sokeng	37.963	2	0
FUNCINPEC Party	Prinzessin Norodom Aron Raksmeay	241.866	2	0
Republican Party	Sokroth Sokvanpanha Kselya	34.569	–	0
Cambodian People's Party (CPP)	Chea Sim	3.227.729	90	68
Khmer Party for Economic Development	Hourt Reachamren	19.871	–	0
Poverty Alleviation Party	Krovanch Daron	43.312	–	0
Cambodian National Rescue Party, CNRP	Sam Rainsy	2.941.113	29	55
League for Democracy	Krom Veasna	69.667	–	0
Insgesamt		6.616.110	123	123

Die Opposition lehnt die offiziellen Auswertungen immer noch ab und droht der CPP mit der Ausweitung von Massendemonstrationen, falls diese ihrer politischen Forderung nach einer unabhängigen Wahluntersuchung nicht nachkommt. Die CPP reagiert auf diese Entwicklung sowohl mit versöhnlichen als auch mit unnachgiebigen Stellungnahmen. Trotz der festgefahrenen politischen Lage scheint die Zeit, in der die CPP unter Hun Sen die politische Landschaft Kambodschas dreißig Jahre lang dominiert hat, zu Ende zu gehen. Das Wahlergebnis lässt auf einen weiteren Konsolidierungsschritt im kambodschanischen Parteiensystem

2 | National Election Committee of Cambodia (NEC), „Official Preliminary Result of Cambodian Parliamentary Elections 2013“, http://neclect.org.kh/nec_khmer/index.php?option=com_content&view=article&id=1158&Itemid=348 [19.08.2013].

schließen. Die Unterstützung ehemals königstreuer Parteien (FUNCINPEC und die Nationalist Party) ist weiter gesunken. In der Nationalversammlung verbleiben zwei politische Kräfte, die CPP und die CNRP, und keine der beiden Parteien ist dazu gezwungen, eine Koalition oder Kompromisse einzugehen. Sie konzentrieren sich daher allein auf ihre Rolle als Regierungs- bzw. Oppositionspartei. Im politischen Kontext Kambodschas könnte dies zu einer weiteren Konfrontation führen. Die zunehmende Unterstützung der Opposition signalisiert den Wunsch der Bürger nach einem starken und konstruktiven Kritiker der Regierungspartei und deren Politik. Das Verlangen der Menschen nach einer starken Oppositionspartei zeigt sich zu einem Zeitpunkt, da diese sich noch in der Formierungsphase befindet; die Sam Rainsy Party (SRP) und die Human Rights Party (HRP) haben sich zusammengeschlossen und formen seit 2012 die Cambodian National Rescue Party (CNRP). So müssen wirksame und nachhaltige Parteistrukturen zwischen beiden Parteien auf nationaler und kommunaler Ebene erst noch entwickelt werden.

DIE SPUREN DER GESCHICHTE IM NEUEN POLITISCHEN KONTEXT³

Der politische Kontext, in dem diese Wahl stattgefunden hat, zeigt einmal mehr, dass das Parteiensystem Kambodschas eng mit der Geschichte des Landes verwoben ist. Die politische Landschaft bestand nach der Wahl von 2008 zunächst aus fünf Parteien. Nach mehreren strategischen Zusammenschlüssen waren nach Ablauf der fünfjährigen Amtszeit nur noch drei Parteien in der Nationalversammlung vertreten: die CPP, die FUNCINPEC und die CNRP. Alle drei haben ihren Ursprung in einer bestimmten Situation der neueren Geschichte des Landes.

Die CPP sieht sich selbst als Nachfolgepartei der Kampuchean People's Revolutionary Party (KPRP). Diese formierte sich erstmals 1951 infolge der Auflösung der Indochina

3 | Die nachfolgenden Bemerkungen gehen teilweise auf Interviews mit Vertretern der einzelnen politischen Parteien zurück, die vor der Wahl im Parlament vertreten waren. Die Interviews wurden im September 2012 in Phnom Penh geführt. Bei den Interviewten handelt es sich um Yos Phanita (CPP), Chea Se (FUNCINPEC), Ky Wandara (SRP), Long Kimkhorn (HRP) und Pen Sangha (NRP).

Communist Party; die von Vietnam aus operierende Partei wurde in mehrere nationale Parteien aufgesplittet. Nachdem 1978 Vietnam in Kambodscha eingefallen war⁴, wurde die KPRP zur einzigen Partei in einem pro-sowjetischen, autoritären Ein-Parteien-System. Ihre Legitimität bezog sie aus dem Sturz des Regimes der Roten Khmer. In den 1990er Jahren ließ die Partei offiziell von ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie ab und wandte sich dem Reformismus zu. Sie überlebte den steten Wechsel politischer Systeme und konnte sich als fester Bestandteil der politischen Geschichte Kambodschas etablieren – seit 1991 unter dem Namen CPP. Doch die CPP hat noch immer mit den Wunden der Vergangenheit zu kämpfen. Eine klare Hierarchie und penibel organisierte Strukturen dominieren weiterhin das innerparteiliche Bild, was teils auch ihre Durchschlagskraft zu erklären vermag. Dass die Eliten durch den vietnamesischen Sozialismus stark geprägt worden waren, erklärt einerseits, warum die CPP immer noch so stark in der Gesellschaft verankert ist, andererseits erklärt diese Sozialisierung auch, warum die Partei dem Bestreben nach mehr Partizipation und Mechanismen der Bottom-Up-Demokratie verhalten gegenübersteht.⁵

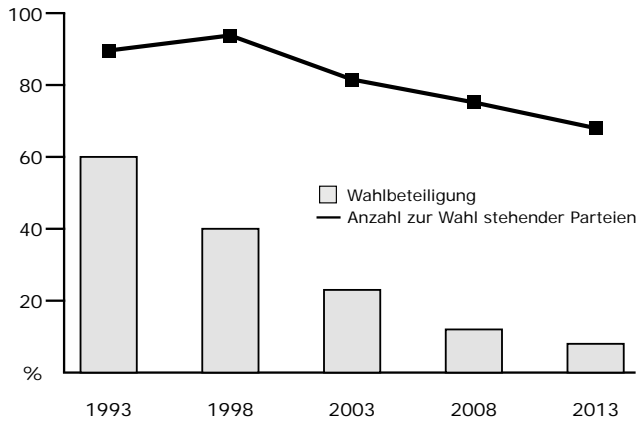
Die KPRP war die einzige Partei in einem pro-sowjetischen, autoritären Ein-Parteien-System. Ihre Legitimität bezog sie aus dem Sturz der Roten Khmer. In den 1990er Jahren wandte sie sich dem Reformismus zu.

4 | Während des Vietnamkrieges (1955 bis 1975) bildeten die Vietnamesen und die Roten Khmer eine Allianz gegen die von den USA gestützten Regime in ihren Heimatländern. Die Roten Khmer entwickelten allerdings schnell Misstrauen gegenüber ihrem nördlichen Nachbar. Sie vermuteten ein Komplott, das die Installation eines Staatenbündnisses in Indochina zum Ziel habe – unter führendem Einfluss Vietnams. Dies führte zu Spannungen und schließlich zu militärischen Übergriffen in das jeweilige Nachbarland. Im Jahr 1978 kamen die politischen Verhandlungen beider Länder zum Stillstand. Führende Köpfe Vietnams entschieden, das Regime der Roten Khmer zu beseitigen, und ließen die Armee am 25. Dezember 1978 in Kambodscha einmarschieren. Diese erreichte Phnom Penh in gerade einmal zwei Wochen, blieb für die nächsten zehn Jahre in Kambodscha und setzte der vierjährigen Herrschaft der Roten Khmer somit effektiv ihr Ende. Es wurde eine Regierung eingesetzt, die Vietnam gegenüber positiv eingestellt war – und dies in einem politischen System, in dem wie in einem Ein-Parteien-Regime alles um eine einzige Partei herum aufgebaut war, der KPRK.

5 | Für mehr Informationen vgl. David Roberts, „From ‚Communism‘ to ‚Democracy‘ in Cambodia: a Decade of Transition and Beyond“, *Communist and Post-Communist Studies* 36, 2003, 245-258.

Abb. 1

Wahlbeteiligung und Anzahl der Parteien bei Wahlen in Kambodscha seit 1993



Quelle: NEC, Fn. 2. Die Beteiligung an der jüngsten Wahl wurde anhand der vorläufigen Ergebnisse geschätzt.

Die Partei FUNCINPEC wurde durch und um König Sihanouk gegründet, den Vater der Nation, der Frankreich die Unabhängigkeit abgerungen hatte, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. Die Daseinsberechtigung der Partei entstammte der Aura und dem Prestige Sihanouks und bezog sich auf das Ende des Kolonialismus und des Königshauses. 1981 wurde sie – vom Ausland aus – offiziell gegründet, als Versuch, eine alternative Front des Widerstands gegen die Vietnamesen zu bilden.⁶ Seit der ersten demokratischen Wahl im Jahr 1993, welche die Partei gewann, sank die Beliebtheit von FUNCINPEC unaufhaltsam.⁷ In diesem Jahr

6 | Es gelang nur zwei Organisationen, sich der pro-vietnamesischen Regierung entgegenzusetzen, die nach der Invasion Kambodschas 1978 eingesetzt worden war. Dies waren die Roten Khmer, die zwar gerade erst von den Vietnamesen entmachtet worden waren, aber dennoch aktiv blieben, sowie die Khmer People's National Liberation Front (KPNLF). Letztere, 1979 mit Unterstützung Thailands gegründet, war der Versuch eines nicht-kommunistischen Widerstands gegen die vietnamesische Militärbesatzung Kambodschas. Sie forderte einen sofortigen Waffenstillstand und die Wahl einer demokratisch legitimierten Regierung.

7 | Unter zunehmendem Druck der internationalen Gemeinschaft begannen die vietnamesischen Streitkräfte im Jahr 1989 mit dem Rückzug aus Kambodscha. Im selben Jahr wurde die erste Pariser Friedenskonferenz zu Kambodscha einberufen, auf welcher über Optionen für die Zukunft des Landes diskutiert wurde. Dies resultierte schließlich im Pariser Friedensvertrag von 1991, der von allen Fraktionen der

konnte sie sich keinen Sitz in der Nationalversammlung mehr sichern. Die Partei hatte Schwierigkeiten, sich von dem Bild der „Partei des Königs“ zu lösen und eine eigenständige, klare politische Identität mit einem eigenen Parteiprogramm zu definieren. Sie glich sich stets dem Kurs der CPP an, mit der sie von 1993 an bis zum jetzigen Wahldurchgang eine Koalition gebildet hatte. Dies erschwerte es den Wählern, bei FUNCINPEC eine klare Leitlinie zu erkennen. Die öffentliche Wahrnehmung der Partei litt zudem unter dem Ausscheiden König Sihanouks im Jahr 2004 – er starb 2012 – und weiteren Parteiaustritten. Der neueste Fall, eine Auseinandersetzung zwischen Prinz Norodom und dem Generalsekretär von FUNCINPEC, mündete in der Gründung der Norodom Ranariddh Party (NRP) im Jahre 2006. Als Resultat davon wurden die Wähler königstreuer Parteien noch mehr auseinandergetrieben und verwirrt als zuvor, da zwischen den Standpunkten der NRP und denjenigen der FUNCINPEC oder der CPP kaum ein Unterschied auszumachen war.⁸

Die Bestrebungen waren jedoch nicht von langer Dauer und als Folge des Rückzuges des Prinzen aus der Politik im Jahr 2012 wurde die Partei in Nationalist Party umbenannt. Später wurde dann die Fusion mit der FUNCINPEC beschlossen. Die zwei anderen Parteien, die sich bei den Parlamentswahlen 2008 Sitze in der Nationalversammlung sichern konnten, waren die SRP und die HRP.⁹ 1995 gründete Sam Rainsy, ein scharfer Kritiker der Regierung und Abweichler der FUNCINPEC, die Khmer Nation Party, die später in Sam Rainsy Party (SRP) umbenannt wurde. 2003 hat Kem Sokha, ebenfalls ein früheres Mitglied der FUNCINPEC, die Nichtregierungsorganisation Cambodian

kambodschanischen Nationalversammlung, der Regierung Vietnams als auch von 15 Nationen aus dem Kreis der Pariser Friedenskonferenz unterzeichnet wurde. Der Vertrag sah die Einrichtung einer Übergangsregierung (United Nation Transitional Authority in Cambodia, UNTAC) vor, welche die Entwicklung Kambodschas in eine Demokratie überwachen sollte. 1993 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die Kambodscha rechtlich in eine moderne, konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischem System umwandelte. Die ersten demokratischen Parlamentswahlen wurden 1993 abgehalten.

8 | Die NRP und die FUNCINPEC gewannen jeweils zwei Sitze in der Parlamentswahl von 2008, und zwar mit 5,62 Prozent bzw. 5,05 Prozent der Wählerstimmen.

9 | Sie haben 26 bzw. drei Sitze erhalten.

Centre for Human Rights (CCHR) ins Leben gerufen, welche die Menschenrechte in Kambodscha fördert. Doch nachdem er der Verleumdung beschuldigt und vorübergehend inhaftiert worden war, erhielt er große Unterstützung aus der Bevölkerung – unter anderem durch eine 200.000 Mal unterzeichnete Petition, die seine Befreiung forderte. Im Jahr 2007 gründete er die Human Rights Party (HRP). Die beiden Parteien, SRP und HRP, sind jünger als ihre Mitstreiter und in einem anderen Abschnitt der Geschichte Kambodschas verwurzelt. Anders als noch bei der CPP oder der FUNCINPEC wurden sie bereits im Kontext eines rechtlich etablierten Mehrparteiensystems, fußend auf der Verfassung von 1993, gegründet. Dies hat direkten Einfluss auf die Wesensart und die langfristigen Ziele der Parteien. Erstens fehlt ihnen die starke historische Identifizierung, die der CPP und der FUNCINPEC zu eigen ist. Zweitens mussten sie sich von Anfang an gegen die stärkeren und erfahreneren CPP und FUNCINPEC durchsetzen.

Durch die Fusionierung von SRP und HRP unter dem Dach der CNRP ist eine glaubwürdige Oppositionskraft entstanden. Dies ermöglichte letztlich das erstaunlich gute Wahlergebnis von 2013.

Als Vorbereitung auf die diesjährige Wahl fusionierten die beiden Parteien im Jahr 2012 unter dem Dach der CNRP, wodurch eine glaubwürdige Oppositionskraft entstanden ist. Dies ermöglichte letztlich das erstaunlich

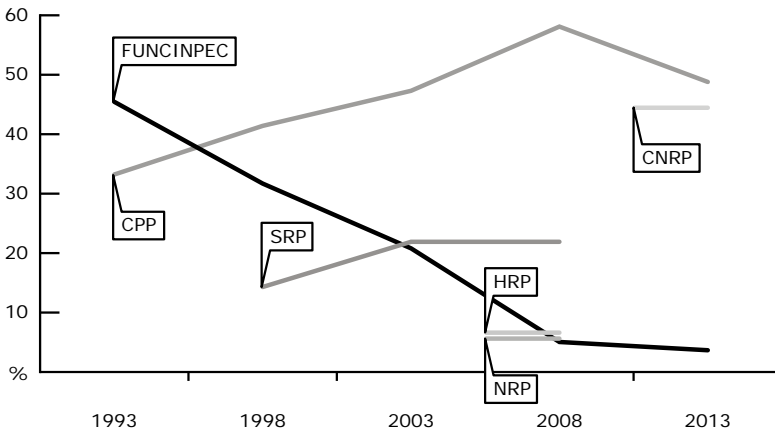
gute Wahlergebnis von 2013, mit einem höheren Stimmenanteil als die kombinierten Wahlergebnisse der Oppositionsparteien in den Vorjahren. Nichtsdestotrotz steht die CNRP auf relativ wackligen Füßen.¹⁰ Die Partei konzentriert sich auf Themen, die üblicherweise zu den traditionellen Themen von NGOs gehören: Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, illegale Landnahme und Arbeitsmigration. Hinzu kommen die Fokussierung auf soziale Probleme, die durch Arbeitsmigration verursacht werden, sowie die schlechten Arbeitsbedingungen und die unzureichenden Rechte von Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie. Diese kontroversen, sozialpolitischen Themen werden von den wenigen unabhängigen Medien aufgegriffen und spalten die Bevölke

10 | Stefanie Hartwig hat im September 2012 mit Vertretern aller Parteien Interviews durchgeführt, bei denen jedoch keiner der Befragten überzeugend auf die Frage nach einer Parteiideologie antworten konnte; sinnbildlich ist hier Long Kimkhorn (HRP) zu zitieren: „Wir beginnen als Sozialdemokraten. Wenn die Partei eines Tages stärker geworden ist, werden wir allmählich Liberaldemokraten.“

rung, doch die Partei vermag es nicht, schlüssige politische Konzepte zu diesen Themen zu entwickeln.

Abb. 2

Anteile der Stimmen der großen Partien bei Parlamentswahlen seit 1993



Quelle: NEC, Fn. 2. Die Daten für die jüngste Wahl wurden anhand der vorläufigen Ergebnisse berechnet.

Die Tendenz des Personenkultes ist mit der fast 30-jährigen Regierungszeit von Hun Sen bei der CPP, aber auch bei der FUNCINPEC-Partei mit der Verehrung des verstorbenen Königs und seiner Familie ein wiederkehrendes Muster im politischen Diskurs.¹¹ Aufgrund ihrer langen Geschichte sticht die CPP die anderen Parteien in puncto Mitgliedszahlen und Organisationsstruktur – auf allen administrativen Stufen – aus.¹²

Es wurde bereits mehrmals von Forschern darauf hingewiesen, welche strukturellen Faktoren der CPP in die Hand spielen: die sich langsam aber sicher etablierende Rechtsstaatlichkeit, die Kontrolle über weite Teile der Medienlandschaft sowie der fehlende rechtliche Rahmen zur

11 | Wie es Ky Wandara (SRP) in einem Interview im September 2012 ausgedrückt hat: „[Die] einzelne Person macht [die] Partei aus.“

12 | Vgl. z.B. Sorpong Peou, „The Cambodian Challenge for Party and Party System Institutionalisation“, Vorentwurf.

Parteienfinanzierung.¹³ Diese Argumente wurden immer wieder angeführt, um den Erfolg der CPP bei Wahlen und ihre Dominanz im politischen Alltag allgemein zu erläutern. Für die Erklärung des diesjährigen Wahlausgangs sind diese Argumente jedoch nur begrenzt tauglich. Dazu müssen weitere Erklärungen herangezogen werden.



Andrang im Wahlbüro: Wichtigstes Wahlargument war die Entwicklung des Wirtschaftswachstums. | Quelle: © Mak Remissa, picture alliance / dpa.

WUNSCH NACH ANHALTENDEM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Der Erfolg der CPP kann nicht alleine dem Fehlen ernst zu nehmender politischer Widersacher zugeschrieben werden. Genauso wenig kann davon ausgegangen werden, dass die Unterstützung aus der Bevölkerung einzig auf die historische Bedeutsamkeit der Partei zurückgeführt werden kann oder einem von Hun Sen eingeläuteten Personenkult zuzuschreiben ist. Die meisten Premierminister konnten durchaus eine Erfolgsbilanz vorweisen, die von der breiten Bevölkerung auch der CPP zugeschrieben wird. Doch weitaus wichtiger ist die Beurteilung der wirtschaftlichen

13 | Siehe z.B. Steven Levitsky and Lucan A. Way, „The Rise of Competitive Authoritarianism“, *Journal of Democracy*, Auflage 13, Nr. 2, 2002, 51-65; Kheang Un, „Patronage Politics and Hybrid Democracy: Political Change in Cambodia, 1993-2003“, *Asian Perspective* 29, 2005, 203-230; David Chandler, „Plus C'est la Même Chose“, *Asian Survey*, Auflage 50, Nr. 1, 2010, 228-234; Kheang Un, „Cambodia: Moving Away from Democracy?“, *International Political Science Review* 32, 2011, 546-562.

Entwicklung,¹⁴ die von der Bevölkerung genau beobachtet wird. In einer Studie, die vom 12. Januar bis zum 2. Februar 2013 durchgeführt wurde, antwortete die Hälfte der Befragten, dass es ihnen im Vergleich zu vor fünf Jahren jetzt besser ginge¹⁵ und etwa 80 Prozent der Befragten waren – im siebten Jahr in Folge – der Ansicht, dass sich das Land auf dem richtigen Kurs befinde. Angesichts der Tatsache, dass die CPP seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1993 ununterbrochen im Amt war, als alleinige Regierungspartei oder in einer Koalition, scheint es nur angemessen, ihnen diesen Erfolg – und sei es auch nur teilweise – zuzuschreiben.

Das stabile Wirtschaftswachstum ist auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen. Erstens hat Kambodscha einen langen Weg hinter sich. Der Krieg und das Regime der Roten Khmer haben so gut wie alle Institutionen des Landes sowie fast die gesamte Infrastruktur zerstört. Das Regime (1975 bis 1979) hatte die Zerschlagung der Marktwirtschaft sowie die Auflösung der Krankenhäuser, Schulen und religiösen Bauwerke zu verantworten. Nach seinem Sturz wurde Kambodscha zu einem wichtigen Empfänger von Entwicklungshilfe und ist dies bis heute. In einem Artikel, der im Mai 2013 in der *Voice of America* erschien, wird berichtet, dass Kambodscha im Zeitraum von 1993 bis 2012 Entwicklungshilfe in einer Gesamthöhe von zehn Milliarden US-Dollar erhalten habe.¹⁶ Diese Finanzmittel flossen in erster Linie in das Gesundheitswesen und die Infrastruktur,¹⁷ was zu einer direkten, spürbaren

Das Regime der Roten Khmer hat so gut wie alle Institutionen des Landes sowie fast die gesamte Infrastruktur zerstört. Nach seinem Sturz wurde Kambodscha zu einem wichtigen Empfänger von Entwicklungshilfe und ist dies bis heute.

14 | Berichten der Weltbank zufolge betrug das Wirtschaftswachstum Kambodschas ungefähr zehn Prozent im Zeitraum von 1998 bis 2008, gefolgt von einem leichten Rückgang im Zuge der geschwächten Weltwirtschaft in den Jahren 2008 bis 2009 (mit einer Wachstumsrate von 7,1 Prozent über vier Jahre). Im Jahr 2013 wird ein Wachstum von 6,7 Prozent, im Jahr 2014 ein Wachstum von 7,0 Prozent erwartet. Weltbank, „Cambodia Overview“, <http://worldbank.org/en/country/cambodia/overview> [27.07.2013].

15 | The International Republican Institute (IRI), „Survey of Cambodian Public Opinion“, <http://iri.org/sites/default/files/Cambodian%20Poll%209%20Final%20PUBLIC.pdf> [27.07.2013].

16 | Theara Khoun, „As Foreign Aid Increases, Questions about Conditions“, *Voice of America*, 21.05.2013, <http://voa.combodia.com/content/as-foreign-aid-increases-questions-about-conditions/1664821.html> [27.07.2013].

17 | Ebd.

Verbesserung des Alltags für die kambodschanische Bevölkerung führte¹⁸ und gleichzeitig zu einem langfristigen Wirtschaftswachstum beigetragen hat (z.B. durch Investitionen in Infrastruktur und Bildungswesen). So nimmt auch der Nettoanteil der empfangenen, offiziellen Entwicklungshilfe Jahr für Jahr einen geringeren Anteil am Bruttonationaleinkommen ein. 2011 betrug dieser Anteil nur noch 6,5 Prozent (792 Millionen US-Dollar), im Gegensatz zu etwa elf Prozent in den Vorjahren (420 Millionen US-Dollar).

Die nationale Bekleidungsindustrie befindet sich im Aufschwung, begünstigt von arbeitsintensiven Produktionsprozessen, einem niedrigen Lohnniveau und zollfreiem Zugang zum europäischen Markt.

Zweitens, und das wird ebenfalls aus diesen Zahlen ersichtlich, stützt sich die kambodschanische Wirtschaft nicht komplett auf Finanzmittel aus der Entwicklungszusammenarbeit – wenn diese auch als finanzielle

Stütze unerlässlich ist. Die nationale Industrie, insbesondere die Bekleidungsindustrie, befindet sich stark im Aufschwung. Dieser wird begünstigt von arbeitsintensiven Produktionsprozessen, einem niedrigen Lohnniveau im regionalen Vergleich und dem zollfreien Zugang zum europäischen Markt. Alles in allem wird erwartet, dass die Wirtschaft im Jahr 2013 um zehn Prozent wachsen wird,¹⁹ wobei der Löwenanteil davon auf Exporte zurückzuführen ist. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2011 belief sich auf 54 Prozent.²⁰ Darüber hinaus haben diese positiven Voraussetzungen im Verbund mit politischer Stabilität und politischen Maßnahmen zur Investitionsförderung²¹ eine Atmosphäre des Vertrauens und ein attraktives Geschäftsklima geschaffen: Ausländische Direktinvestitionen schossen auf ein Rekordniveau von 73 Prozent Wachstum pro Jahr (2012), was fast 1,6 Milliarden US-Dollar bzw. sieben Prozent des BIP entspricht. 23 Prozent dieser Investitionen stammen aus China und ein Großteil der verbleibenden Investitionen aus ASEAN-Mitgliedstaaten. Letzterer

18 | Laut oben genannter Umfrage des International Republican Institute waren die beiden Faktoren, von denen die Menschen dachten, er habe den größten Einfluss auf ihr Familienleben, Gesundheit und Hygiene (23 Prozent) sowie Arbeit (17 Prozent). Anders formuliert: Gesundheit und Wirtschaft.

19 | Asiatische Entwicklungsbank, „Outlook 2013“, <http://adb.org/sites/default/files/pub/2013/ado2013.pdf> [06.08.2013].

20 | Weltbank, „Data Cambodia“, <http://data.worldbank.org/country/cambodia> [11.09.2013].

21 | Z.B. die Errichtung von 20 Sonderwirtschaftszonen ab dem Jahr 2005 an strategisch wichtigen Orten wie den Grenzgebieten zu Thailand oder Vietnam.

dürfte in den folgenden Jahren weiter zunehmen, da der wirtschaftliche Austausch innerhalb der Gruppe zunehmend intensiviert wird und die strategische Planung der ASEAN Investitionsvorhaben vereinfachen soll. Als letzter Punkt sind auch der Tourismus und der Immobiliensektor zu nennen. Beide liefern einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft Kambodschas. Der Tourismussektor soll 2013 um sieben Prozent wachsen – und er könnte diese Prognose sogar übertreffen, sollte sich die Entwicklung der ersten Jahreshälfte in der zweiten fortsetzen.²² Der Immobiliensektor boomt aufgrund der anhaltenden Urbanisierung.

Die Wirtschaft Kambodschas weist also Jahr für Jahr bessere Ergebnisse auf. Längerfristig gesehen sollte die Frage nach der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe dennoch gestellt werden. Ausländische Fördermittel und Entwicklungshilfe können Kambodscha in der Übergangsphase zu einem langfristig stabilen Wirtschaftswachstum behilflich sein. Doch diese Hilfe kann nicht auf ewig gewährt werden²³ und das Ziel eines langfristig stabilen Wirtschaftswachstums wird ohne das entschlossene Bekenntnis Kambodschas zu einer Modernisierung der Wirtschaft nicht erreichbar sein. Internationale Hilfgelder sollten überlegt investiert werden, damit sie eine breit abgestützte Entwicklung befördern. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Diversifizierung der Wirtschaft ergriffen werden. Das Bruttoinlandsprodukt Kambodschas ist immer noch vergleichsweise niedrig und muss erst noch gefestigt werden. Für die kambodschanische Wirtschaft liegt die Herausforderung darin, die beiden Stufen der Produktion und der Verarbeitung von Rohstoffen zu überwinden. Dass auch ausgebildete Fachkräfte, ebenso wie Forschung und Entwicklung, ihren Platz haben, ist essenziell für eine nachhaltige Wirtschaft. Die Diversifizierung der Wirtschaft

Ausländische Fördermittel und Entwicklungshilfe können Kambodscha in der Übergangsphase zu einem langfristig stabilen Wirtschaftswachstum behilflich sein.

22 | Hor Kimsay, „Tourism figures rise in the first five months“, *The Phnom Penh Post*, 11.07.2013, <http://phnompenhpost.com/business/tourism-figures-rise-first-five-months> [19.08.2013].

23 | Das neueste Fallbeispiel dafür, wie die Entwicklungshilfe in Frage gestellt wird, stammt aus dem US-amerikanischen Unterhaus und dem Senat. Vgl. Kevin Ponniah und Cheang Sokha, „Democracy scrutinised“, *The Phnom Penh Post*, 11.06.2013, <http://phnompenhpost.com/national/democracy-scrutinised> [19.08.2013].

schreitet langsam, aber sicher voran. Um den wirtschaftlichen Transformationsprozess zu stärken, muss der bisherige Weg weiter verfolgt werden.

CPP: HÜTERIN DES SOZIALEN FRIEDENS?

Das zweite Argument, mit dem die Anhänger der CPP für die Unterstützung ihrer Partei werben, sind die gesellschaftliche Stabilität und der soziale Frieden. Beides ist eng mit der Partei verbunden und wird in deren Erfolgsbilanz verbucht. Dies geht so weit, dass Ängste geschürt wurden, im Falle eines Wahlsieges der Opposition könne es zu einem Bürgerkrieg kommen. Es ist angesichts der turbulenten und blutigen Geschichte Kambodschas verständlich, dass die Menschen die gesellschaftliche Stabilität bewahren möchten und als hohes Gut bewerten. Die jüngste Phase der Instabilität erlebte das Land im Jahr 1999, als Hun Sen in einem Coup den Vize-Premierminister absetzte und sich Anhänger Hun Sens und der Königsfamilie hitzige Straßenschlachten lieferten. Seither befindet sich Kambodscha in einem friedlichen Zustand. Dieses Argument ist in der Propaganda der CPP stark vertreten und weite Teile der Bevölkerung scheinen ihm zu folgen.

Wenn man über gesellschaftliche Stabilität in Kambodscha spricht, ist es dennoch wichtig, darüber nachzudenken, woher diese rührt und worauf sie basiert. Das politische System hat seine Wurzeln in der Zeit nach dem Regime

Im Rahmen einer Strategie der nationalen Versöhnung wurde der Großteil der ehemaligen Elite der Roten Khmer nach der Befreiung in die Gesellschaft reintegriert und hat sich am Wiederaufbau der Nation beteiligt.

der Roten Khmer und erst in diesem Kontext erklärt sich, warum es akzeptiert wurde und warum es sich so lange gehalten hat. Gesellschaftliche Instabilität stellte in der Zeit nach der „Befreiung“ Kambodschas durch Vietnam im Jahr 1979 die größte Gefahr dar. Nachdem die Gesellschaft in ihren Strukturen komplett auseinandergerissen worden war, musste sie sich von Grund auf rekonstruieren. Die Strategie, die hierbei angewandt wurde, um dieses Problem so schnell wie möglich zu lösen, war diejenige der nationalen Versöhnung: Der Großteil der ehemaligen Elite der Roten Khmer wurde in die Gesellschaft reintegriert und hat sich am Wiederaufbau der Nation beteiligt. In einer Gesellschaft, in der keine Institutionen existierten und in der es keine demokratische Kultur gab, war einer der schnellsten und effizientesten Wege zur

Realisierung des Wiederaufbaus, jene einzubeziehen, die vormals in mächtigen Positionen waren, um so an die notwendigen Ressourcen zu gelangen. Diese Personen wurden durch persönliche Anreize zur Zusammenarbeit bewegt und zwischenmenschliche Beziehungen sicherten ihre Loyalität gegenüber der Sache.

Hun Sen spielte in dieser Strategie eine Schlüsselrolle, zunächst als stellvertretender Premierminister der von den Vietnamesen eingerichteten Regierung von 1979. Ab 1985 sicherte er seine Herrschaft als Premierminister durch eine effektive Zentralisierung der Macht. Aus dem Hintergrund zog er die Fäden in einem komplexen System aus Gönnerschaften, Allianzen und Clan-Interessen. Indem er zum Beispiel ausgewählte Personen in geeignete Posten der Verwaltung oder des Militärs brachte, sorgte er für eine Kette loyaler Beziehungen.²⁴ Verwaltung und Militär sind dafür bekannt, dass sie heute auf sein Wort und dasjenige seiner Partei hören. Es existieren etliche Artikel und Berichte über die Abhängigkeiten innerhalb der Elite Kambodschas.²⁵ Ein Großteil der kambodschanischen Bevölkerung ist mit diesem Zustand unzufrieden. Es ist anzunehmen, dass diese Einstellung in Zukunft in weiteren Teilen der Bevölkerung Fuß fassen wird, da unentwegt Hochschulabsolventen auf den Arbeitsmarkt drängen, auf der Suche nach dem Lebensstandard, für den sie so viel Zeit und Geld investiert haben. Sollten diese mit ansehen, dass gute Arbeitsplätze und Geschäfte ausschließlich über persönliche Beziehungen vergeben werden, wird das Frustration und Ärger hervorrufen – zwei Emotionen, die nur schwerlich mit gesellschaftlicher Stabilität vereinbar sind.

24 | Zum Beispiel zählte das kambodschanische Militär im Jahr 2010 über 2.000 Generäle – im gesamten US-Militär, der größten Streitkraft der Welt, sind es weniger als 500. Vgl. Khy Sovuthy, „More Military Promotions for Relatives of CPP Top Brass“, *The Cambodia Daily*, 07.08.2013, <http://cambodiadaily.com/archive/more-military-promotions-for-relatives-of-cpp%E2%80%88top-brass-38540> [19.08.2013].

25 | Siehe z.B. Julia Wallace, „The Fresh Princes of Phnom Penh“, *IHT Global Opinion*, 03.05.2013, <http://latitude.blogs.nytimes.com/2013/05/03/prime-minister-hun-sens-dynasty-over-cambodia> [28.07.2013].

Doch die Gesellschaftsordnung nach dem Muster der CPP birgt zwei enorme Schwachstellen. Sie basiert auf einem System, das sich nach dem Sturz der Roten Khmer als erfolgreich herausgestellt haben mag, doch das bedeutet nicht, dass es der heutigen Zeit angemessen ist oder Anforderungen einer Demokratie erfüllt. Es kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, wie lange sich solch ein System behaupten kann, ohne einen wachsenden Teil der Bevölkerung gegen sich aufzubringen. Unter den zehn Hauptgründen, die Menschen nennen, welche das Vorgehen der Regierung nicht unterstützen, sind bereits jetzt Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Korruption sowie Probleme beim Umweltschutz und bei der Einkommensungleichheit.²⁶ Im Zuge der Modernisierung des Landes wirkt ein politisches Vorgehen, das auf Gönnerschaft und Bestechung basiert, immer weniger angemessen. Die Toleranz seitens der Bevölkerung könnte schrittweise abnehmen – selbst wenn dieses Vorgehen die gesellschaftliche Stabilität sicherstellt. Die Antwort auf die Frage, ob die Bevölkerung gewillt ist, sich dieser Vorgehensweise unterzuordnen, hängt davon ab, wie viel sie zu opfern bereit sind, und für wie lange.

ALLGEMEINER MANGEL AN UNABHÄNGIGEN INFORMATIONEN

Die CPP profitiert auch von der Tatsache, dass der Großteil der kambodschanischen Bevölkerung in ländlichen Gebieten wohnt und nur partiell informiert ist. Ihre Hauptsorge gilt dem eigenen Stück Land und dem Notwendigsten zum Leben. Im Jahr 2009 lebte noch immer ein Drittel der Bevölkerung von weniger als 0,60 US-Dollar pro Tag.²⁷ Das Welternährungsprogramm erklärte im Jahr 2010, noch

26 | Genauer: Zunehmende Korruption (24 Prozent), illegale Einwanderung (17 Prozent), Vetternwirtschaft (17 Prozent), Schaden an Umwelt/Wald/Fischereigründen (15 Prozent), niedrige Absatzpreise für die Ernte von Landwirten (15 Prozent), illegale Aneignung von Land, d.h. *land grabbing* (14 Prozent), Armut (zwölf Prozent), zu hohe Preise für Nahrungsmittel (exkl. Benzin- und Energiekosten) (zwölf Prozent), zu hohe Benzin-/Energiepreise (elf Prozent), nicht ausreichend Arbeit (neun Prozent). IRI, Nr. 15.

27 | Weltbank, „Improved Energy Technology for rural Cambodia“, <http://siteresources.worldbank.org/EXTEAPASTAE/Resources/ASTAE-IMPROVED-ENERGY-TECHNOLOGIES-Cambodia.pdf> [27.07.2013].

immer litten bis zu 40 Prozent der kambodschanischen Kinder an Unterernährung.²⁸ Hiervon ist die ländliche Bevölkerung stärker betroffen als diejenige in den Städten – laut Zahlen der Weltbank leben immer noch mehr als 80 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung auf dem Land.²⁹ Unter diesen Umständen konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Menschen vor allem auf die Sicherstellung der notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt. Sorgen über politische Klüngelei und Absprache auf Landesebene können dabei sehr entfernt erscheinen.

Darüber hinaus ist die Bereitstellung von Informationen nirgends im Königreich wirklich sichergestellt und in ländlichen Gebieten ist dies noch weniger der Fall. Die hauptsächlichsten Informationsquellen in Kambodscha bleiben das Fernsehen (83 Prozent) und das Radio (79 Prozent).³⁰ Die meistgesehenen Fernsehsender gehören dem Staat oder sind der CPP zugetan.³¹ Dabei darf nicht vergessen werden, dass nur sieben Prozent der Befragten ihre Informationen aus dem Internet beziehen,³² in dem auch unabhängige Analysen und Daten zugänglich sind. Die Bevölkerung wird also mehrheitlich einseitig informiert und sieht nur den Standpunkt der regierenden Partei.³³ Vieles lässt darauf schließen, dass diese Zahlen in ländlichen Gebieten höher liegen, in denen nur jeder Zweite ein Telefon besitzt³⁴ und in denen Medien, die unter dem Einfluss der Regierung stehen, oft die wichtigste Informationsquelle bilden. Der Mangel an unabhängigen Informationsquellen und die Kluft zwischen der mehrheitlich ländlichen Bevölkerung und der Stadtbevölkerung in puncto Einkommen, Lebensqualität und Sorgen des Alltags verschafft der CPP deutliche Vorteile.

Der Mangel an unabhängigen Informationsquellen und die Kluft zwischen der mehrheitlich ländlichen Bevölkerung und der Stadtbevölkerung verschafft der CPP deutliche Vorteile.

28 | The World Food Programme, „Cambodia“, <http://wfp.org/countries/cambodia/overview> [28.07.2013].

29 | Weltbank, Fn. 20.

30 | IRI, Fn. 15.

31 | Ebd.

32 | Ebd.

33 | Zum Beispiel wurde die Rückkehr des Oppositionsführers Sam Rainsy, der zuvor freiwillig ins Exil geflüchtet war, von einem Großteil der Medien praktisch ignoriert – obwohl seine Rückkehr von Hunderttausenden auf der Straße bejubelt worden war. Vgl. Kuch Naren, „Pro-Government Media Blank on Rainsy's Return“, *The Cambodia Daily*, 20.07.2013, <http://cambodiadaily.com/elections/pro-government-media-blank-on-rainsys-return-35839> [19.08.2013].

34 | Ebd.

DIE JUGEND: NEUE WÄHLER ODER KRITISCHE STIMMEN?

Die Jugendlichen, die einen wachsenden Anteil der Bevölkerung ausmachen, haben andere Wünsche im Leben als die ältere Bevölkerung. Die diesjährige kambodschanische Wählerschaft war die jüngste der Geschichte, mit 3,5 Millionen Wahlberechtigten zwischen 18 und 30 Jahren. Die Hälfte von ihnen wählte zum ersten Mal. Sie sind besser ausgebildet als die Generation ihrer Eltern³⁵ und mit den neuen Technologien und den sozialen Netzwerken besser vertraut. Sie haben also eher die Möglichkeiten, die Politik der Regierung in Frage zu stellen und nachzuhaken, Details und Statistiken zu getroffenen Maßnahmen einzusehen. Mit der zunehmenden Verbreitung des Internets erhält auch die Opposition mehr Raum.³⁶ Die CNRP, deren Parteiprogramm für Jugendliche besonders attraktiv ist (sie versprechen ihnen eine qualitativ bessere Ausbildung, ein besseres System für Fortbildungsmaßnahmen und echte berufliche Chancen), hat nur beschränkt Zugang zu den offiziellen Medien. Sie ist jedoch in den sozialen Netzwerken sehr aktiv und hat diese zu einem zentralen Element ihrer Kommunikationsstrategie erklärt.

Die Divergenzen, die in der Bevölkerung insgesamt vorherrschen, sind auch unter den Jugendlichen zu finden. Das Alter sagt wenig über das Wahlverhalten aus.

Trotzdem darf der Einfluss des demografischen Wandels auf die diesjährige Wahl nicht überschätzt werden. Es existieren keine Umfragen oder Erhebungen, in denen die Unterstützung der Jugendlichen für die Oppositionspartei messbar wäre. Hierbei kann es sich nur um eine wohlbegründete Vermutung handeln. Zumal die Divergenzen, die in der kambodschanischen Bevölkerung insgesamt vorherrschen, auch unter den Jugendlichen zu finden sind. Der soziale Hintergrund der Familie, der Wohlstand und der Bildungsgrad sind mitunter Faktoren, die das Wahlverhalten der Jugendlichen beeinflussen. Das Alter eines Wahlberechtigten sagt noch wenig über dessen Wahlverhalten aus. Zudem war bei der diesjährigen Wahl die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlberechtigter zwischen 18 und 24 Jahren keine

Unterstützung der Jugendlichen für die Oppositionspartei messbar wäre. Hierbei kann es sich nur um eine wohlbegründete Vermutung handeln. Zumal die Divergenzen, die in der kambodschanischen Bevölkerung insgesamt vorherrschen, auch unter den Jugendlichen zu finden sind. Der soziale Hintergrund der Familie, der Wohlstand und der Bildungsgrad sind mitunter Faktoren, die das Wahlverhalten der Jugendlichen beeinflussen. Das Alter eines Wahlberechtigten sagt noch wenig über dessen Wahlverhalten aus. Zudem war bei der diesjährigen Wahl die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wahlberechtigter zwischen 18 und 24 Jahren keine

35 | Ebd.

36 | Sophat Soeung, „Social Media’s Growing Influence on Cambodian Politics“, *Asia Pacific Bulletin* 222, East-West Center, 23.07.2013, http://eastwestcenter.org/sites/default/files/private/apb_222.pdf [29.07.2013].

Ausweispapiere bei sich trug, 2,5 mal höher als bei einem Wähler im Alter von 25 und älter.³⁷ Auf die Frage, ob sie vorhätten, bei den Parlamentswahlen ihre Stimme abzugeben, war der Anteil der Befragten, die mit „sehr wahrscheinlich“ antworteten, von allen Altersgruppen bei den Jugendlichen am niedrigsten. Sie stellten auch die Mehrheit der Befragten dar, die „unwahrscheinlich“ oder „eher unwahrscheinlich“ geantwortet hatten.³⁸ Der Einfluss der jugendlichen Wähler auf die diesjährige Wahl ist daher schwer einzuschätzen und besonders komplex. Die Jugendlichen werden dennoch im politischen Leben Kambodschas eine zunehmend wichtige Rolle einnehmen. Dies könnte sich als entscheidender Vorteil für die Opposition herausstellen, da deren Parteiprogramm die Sorgen der Jugendlichen mehr anzusprechen scheint als jenes der CPP.

KAMPAGNE ZUR GRUNDSTÜCKSTITULIERUNG: EINE ZWEISCHNEIDIGE MASSNAHME

Unabhängig davon konnte sich die CNRP in der diesjährigen Wahl auch auf andere Stärken berufen. Für die Mehrheit der Kambodschaner ist der eigene Grund und Boden noch immer die einzige Quelle für den Lebensunterhalt und die rechtliche Absicherung des Grundbesitzes dementsprechend wichtig. In der Hoffnung, sich daraus einen Vorteil zu verschaffen, hat die CPP – mit großer Ankündigung – im Juni 2012 ein ambitioniertes Programm zur Sicherstellung der Grundeigentumsrechte (Grundstückstitulierung) ins Leben gerufen. Es heißt, dass bereits drei Millionen Grundeigentumsrechte registriert worden seien; für viele Menschen ein Argument, die CPP zu unterstützen. Zum Leidwesen der Regierungspartei hat dieses Vorgehen auch jede Menge Unzufriedenheit ausgelöst. Die Konditionen, unter denen die Grundstückstitulierung vonstatten geht, wurden von vielen Seiten kritisiert – sowohl von betrogenen Bürgern als auch von internationalen Organisationen. Die Weltbank, die das Programm anfänglich unterstützt hatte, for ihre Finanzhilfen für neue Projekte in Kambodscha ein mit der Begründung,

In der Hoffnung, sich daraus einen Vorteil zu verschaffen, hat die CPP ein ambitioniertes Programm zur Sicherstellung der Grundeigentumsrechte ins Leben gerufen.

37 | IRI, Fn. 15.

38 | Ebd.

die Regierung sei den Forderungen nicht nachgekommen.³⁹ Ein ernst zu nehmender Kritikpunkt ist außerdem die jährliche Vergabe von Landkonzessionen an ausländische Investoren, welche oft die gesetzlich geregelte maximale Grundstücksfläche von 10.000 ha übersteigen. Diese Konzessionen werden teilweise unter Geheimhaltung verhandelt und bringen zum Teil gravierende ökologische, ökonomische und humanitäre Schäden mit sich. Sie werfen einige Fragen auf und rücken den Mangel an Aufklärung (Warum sind die Konzessionen im nationalen Interesse?) und den unzureichenden Einbezug der Öffentlichkeit in den Blickpunkt.



Unterstützer der kambodschanischen Volkspartei: Angesichts der turbulenten Geschichte Kambodschas gilt gesellschaftliche Stabilität als hohes Gut. | Quelle: © Mak Remissa, picture alliance / dpa.

Die Situation wird dadurch noch verschlimmert, dass die Regierung zu ihrer Grundstückstitulierungskampagne nur sehr wenige Daten und Statistiken zur Verfügung stellt und diese unzureichend kommuniziert. So verlagert sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf Menschenrechts-NGOs und internationale Organisationen. Als Resultat werden im großen Stil Menschenrechtsverletzungen, Korruption sowie Missbrauch von Landtitulierungen und Konzessionsrechten aufgegriffen und aufgearbeitet, während die Ergebnisse der Kampagne außen vor gelassen werden.

39 | Vgl. z.B. „Cambodia: Land Titling Campaign Open to Abuse“, *Human Rights Watch*, 12.06.2013, <http://hrw.org/news/2013/06/12/cambodia-land-titling-campaign-open-abuse> [29.07.2013].

Die Intransparenz in der Zuteilung der Titulierungen, der generelle Mangel an Kommunikation seitens der Regierung sowie das unverfrorene Zurückgreifen auf Gewalt und die weitverbreitete Bestechung im Land haben viele Menschen dazu bewogen, sich bei der diesjährigen Wahl enttäuscht von der CPP abzuwenden.⁴⁰

KORRUPTION, POPULISMUS UND DIE CNRP

Die um sich greifende Korruption ist in Kambodscha immer noch ein viel diskutiertes Thema, und das mangelhafte Kommunizieren von Informationen und Daten bezüglich der Situation des Landes und der Maßnahmen der Regierung sind nicht gerade förderlich. Dieser Umstand mag Sam Rainsy, „Mr. Clean“, am 28. Juli wachsende Unterstützung eingebracht haben. Laut dem „Globalen Korruptionsbarometer 2013“ von Transparency International ist Kambodscha der Staat in Südostasien mit der bei Weitem höchsten Korruptionsrate.⁴¹ Und tatsächlich hat Korruption in Kambodscha eine lange Tradition. Zumindest seit der Unabhängigkeit spielt sie im politischen Leben eine große Rolle. Es handelt sich daher um keine spezifische Eigenart der CPP. Dennoch hat die Opposition schon seit der Zeit, als die Sam Rainsy Party eigenständig war und noch nicht Teil der CNRP, wiederholt Anti-Korruptions-Kampagnen lanciert und sich für einen moralisch unangreifbaren Staat eingesetzt. Dies hat wohl eine Vielzahl enttäuschter Bürger überzeugt – selbst wenn die Oppositionspartei selbst nicht vor Korruption gefeit ist. Immer mehr Kambodschaner stören sich an der Praxis der Bestechungen. Das Land weist im Südostasien-Vergleich nach Malaysia den zweithöchsten Anteil an Personen auf, die bereit sind, Korruption zu melden (77 Prozent).⁴² Im Vorfeld der hiesigen Wahl erschienen vermehrt Zeitungsinterviews mit Bürgern, die der Korruption überdrüssig waren. Sie sagten, dass sie ihrem Unmut Ausdruck verleihen würden, indem sie diesmal die CNRP wählen würden.

40 | Ebd.

41 | Transparency International, „Global Corruption Barometer 2013. Cambodia“, <http://transparency.org/gcb2013/country/?country=cambodia> [30.07.2013].

42 | Ebd.

Das Gewicht, das diese Wähler im Ausgang der Wahl hatten, sollte jedoch nicht überschätzt werden. Ausdruck des Bedauerns über die Allgegenwart der Korruption im Land ist nicht unbedingt gleichzusetzen mit einer Stimmabgabe für die Opposition: 57 Prozent der Befragten sagten in einer Umfrage von Transparency International, dass sie die Anti-Korruptions-Maßnahmen der Regierung für „effektiv“ hielten.⁴³ Diese Tendenz ist jedoch nach Ansicht der NGO ein sich wiederholendes Muster in den ersten Jahren nach der Einführung solcher Kampagnen. Die Anti-Korruptionseinheit, als großer Schritt im Kampf gegen die Korruption angekündigt und im Jahr 2010 mit großem Pomp auf die Beine gestellt, muss seither mit einer chronischen Unterfinanzierung und staatlicher Kontrolle kämpfen, was ihre Wirksamkeit weitgehend einschränkt.



„Mr. Clean“: Sam Rainsy hat wiederholt Anti-Korruptions-Kampagnen lanciert. | Quelle: Bart Geesink, flickr ©©©.

Eine wichtige Rolle im Wahlkampf der CNRP hat wohl die anti-vietnamesische Rhetorik von Sam Rainsy gespielt. Dieser machte die Vietnamesen in seinen Reden für fast alles verantwortlich, angefangen bei der Arbeitslosenrate bis hin zu Hun Sens wiederholten Wahlsiegen. „Liebe Mitbürger, wenn wir unsere Nation nicht retten, werden wir in vier oder fünf Jahren von Vietnamesen überschwemmt“ – mit solchen Aussagen wird Sam Rainsy unter Umständen einige Wähler für seine Sache gewonnen haben.⁴⁴ Trotz allem

43 | Ebd.

44 | Cheang Sokha, „Return sparks CNRP“, *The Phnom Penh Post*, 22.07.2013, <http://phnompenhpost.com/national/return-sparks-cnrp> [19.08.2013].

birgt das Ausspielen der „Anti-Vietnam-Karte“ immer auch Risiken und Nachteile. Ethnisch vietnamesische Kambodschaner und die in Kambodscha ansässigen Vietnamesen werden davon ebenso verschreckt wie alle Wähler, die Populismus und Rassismus ablehnen.

AUSBLICK

Die Wahlergebnisse an sich und die Jugend, die sich aktiv einbringt, sind eindeutig positive Entwicklungen. Beides spricht für einen fortschreitenden Prozess und eine Kultur der Demokratie in Kambodscha. Dennoch können sie nicht über systematische Schwachstellen im politischen System und im Parteiengefüge hinwegtäuschen, die sichtbar werden, sobald die Bürger konkrete Ergebnisse erwarten und nicht nur Versprechen.

Die Kambodschanische Volkspartei (CPP) wird bei der Analyse der Wahlresultate und der jetzigen innerparteilichen Hierarchiestruktur zu dem Schluss kommen, dass sie es bisher nicht vermochte, echte, demokratische, interne Entscheidungsfindungsprozesse zu etablieren. Sie wird auch ihr Vorgehen bei der Beeinflussung der Wähler hinterfragen müssen. Die Wahlen haben gezeigt, dass Stimmenkauf zwar in ländlichen Gebieten und in Hochburgen der CPP funktionieren mag, doch durch die rasante Urbanisierung und die zunehmende Zahl gebildeter, jugendlicher Wählerschichten wird diese Praxis in Zukunft kritisiert und abgelehnt werden. In den nächsten fünf Jahren wird sich zeigen, ob die straffe Organisation der Partei von oben nach unten in Person der jüngeren Generation in der Partei und unter Mitgliedern, die mit der jetzigen Strukturierung unzufrieden sind, ihre Kritiker finden wird oder nicht. Durch dezentrale Entscheidungsstrukturen könnten mehr Gruppen miteinbezogen werden, etwa bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmen oder grundlegender institutioneller Reformen, die dringend benötigt werden. Zum Beispiel muss die Legislative gestärkt werden (gegenwärtig kann sie nicht mehr als die Gesetze der Regierung abnicken). Es wird eine Reform der internen Abläufe der Nationalversammlung benötigt, damit auch die Oppositionsparteien ihr Mandat umfassend wahrnehmen können, sowie eine Reform der Entscheidungsstrukturen der Nationalen Wahlkommission, die gegenwärtig von der CPP kontrolliert

wird. Auch in der Wirtschaft sind Reformen notwendig: Zum Beispiel existiert noch immer kein Wettbewerbsrecht. Die Medien befinden sich noch immer unter strenger Überwachung des Staates. Die Dezentralisierung muss weiter vorangetrieben werden, da gegenwärtig kommunale, politische, finanzpolitische und wirtschaftspolitische Selbstverwaltungen weiterer Stärkung bedürfen.

Die CNRP und ihre charismatischen Vorsitzenden Sam Rainsy und Kem Sokha müssen jetzt beweisen, dass sie zusammenarbeiten und die Oppositionsarbeit voranbringen können. Durch die Rückkehr Sam Rainsys eine Woche vor den Wahlen erhielt die Opposition starken Aufwind. Mehr und mehr Menschen glauben daran, dass sie in Zukunft eine Regierung stellen können. Diesen Rückenwind wird es auch weiterhin geben, sollte sich die Partei über die nächsten Jahre als in der Lage erweisen, eine glaubwürdige Oppositionspolitik zu betreiben. Eines der Hauptanliegen wird es nun sein, in weiteren Feldern Expertise zu erlangen und so das Spektrum ihrer Parteipolitik zu erweitern, um Bereiche wie Wirtschaftspolitik, Außenbeziehungen und regionale Zusammenarbeit sowie Energie- und Umweltpolitik inhaltlich zu besetzen. Die Wahlergebnisse spiegeln die Erwartungen der Bürger an die Opposition wider, eine starke, konstruktive Rolle einzunehmen und in wichtigen Reformbereichen die Politik der Regierungspartei zu überprüfen und zu kritisieren.

Die Wahlen im Jahr 2018 werden zeigen, welche Partei die Wünsche und Probleme der Wahlbevölkerung besser angesprochen hat. Beide Parteien werden viel daran setzen müssen, das Vertrauen der Wähler wiederzuerlangen (CPP) bzw. zu bewahren (CNRP).

WAHLEN IN 14 MEXIKANISCHEN BUNDESSTAATEN

LOKALKOLORIT UND ERSTER STIMMUNGSTEST FÜR DEN „PAKT FÜR MEXIKO“

Stefan Jost

Ein Jahr nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen sowie Gouverneurs-, Landtags- und Kommunalwahlen in verschiedenen mexikanischen Bundesstaaten und der Rückkehr der PRI in den Regierungspalast standen im Juli 2013 in weiteren 14 mexikanischen Bundesstaaten Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen an. Diese Wahlen waren mit großer Spannung erwartet worden, da ihnen erhebliche Auswirkungen auf die internen Auseinandersetzungen und anstehenden personellen und strategischen Entscheidungen in den beiden Oppositionsparteien PAN und PRD beigemessen wurden – mit möglichen Folgen für den „Pakt für Mexiko“ zwischen Regierung und Opposition und für die Regierungsfähigkeit des Landes.

Rund 30,5 Millionen Wähler, das sind etwa 37 Prozent aller mexikanischen Wahlberechtigten, waren in 14 Bundesstaaten¹ an die Urnen gerufen, um Landtage, Bürgermeister, Gemeinderäte und einen Gouverneur zu wählen. Insgesamt standen 441 Landtagsabgeordnete und 1.339 Bürgermeister² zur Wahl.



Prof. Dr. Stefan Jost ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko. Er ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Trier.

- 1 | Genau genommen sind es sogar 15 Bundesstaaten, da in einem Distrikt des Bundesstaats Sonora eine Abgeordnetenwahl erforderlich wurde.
- 2 | Bei der Zahl der Bürgermeister ist zu beachten, dass von den 570 im Bundesstaat Oaxaca zu wählenden Amtsträgern nur 153 nach dem traditionellen Wahlrecht und zwischen den politischen Parteien gewählt werden, während aufgrund des hohen Anteils der indigenen Bevölkerung in 417 Gemeinschaften nicht nach dem regulären Wahlrecht, sondern nach den Gebräuchen dieser Gemeinschaften gewählt wird. Die Parteien spielen dabei kaum eine Rolle, diese Gemeinschaften werden daher in den vorliegenden Angaben nicht aufgeführt.

Tabelle 1

Art der Wahlen in den Bundesstaaten

Bundesstaat	Gouverneur	Landtag	Bürgermeister/ Gemeinderat
Aguascalientes		X	X
Baja California Norte	X	X	X
Chihuahua		X	X
Coahuila			X
Durango		X	X
Hidalgo		X	
Oaxaca		X	X
Puebla		X	X
Sinaloa		X	X
Tamaulipas		X	X
Tlaxcala		X	X
Quintana Roo		X	X
Veracruz		X	X
Zacatecas		X	X

Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die Gouverneurswahlen in Baja California Norte. Die PAN stellt in diesem Bundesstaat seit 24 Jahren den Gouverneur. Da es der erste Bundesstaat war, den die PAN in Mexiko überhaupt gewonnen hatte, kam dieser Wahl für alle Parteien eine besondere symbolische Bedeutung zu.

DER „PACTO POR MEXICO“

Die politische Konstellation in Mexiko hatte nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom Juli 2012 und dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Enrique Peña Nieto eine interessante und so nicht vorhersehbare Entwicklung genommen. Seine Partei PRI hatte während der PAN-Regierungen der Präsidenten Fox und Calderón zentrale Reformvorhaben der Regierung – zu nennen sind vor allem die Erziehungs- und Finanzreform sowie eine Reform des

Energiesektors und des Telekommunikationswesens – im Kongress blockiert. Aufgrund des Wahlergebnisses sah sich die neue Regierung jedoch mit umgekehrten Vorzeichen vor denselben Herausforderungen: Wie die Vorgängerregierungen war sie mit der Situation konfrontiert, in keiner der beiden Kammern des Kongresses über eine eigene Mehrheit zu verfügen und damit auf Stimmen aus dem Oppositionslager angewiesen zu sein. Wenige Tage nach seinem Amtsantritt am 1. Dezember 2012 überraschte der neue Staatspräsident Peña Nieto daher die Öffentlichkeit mit dem Abschluss eines „Pakts für Mexiko“ zwischen der PRI und den beiden größten Oppositionsparteien PAN und PRD. In diesem Pakt wurden zu über 90 Themenfeldern weitgehend allgemein gehaltene Absprachen über gemeinsame Politiken im Kongress getroffen.



Schloss kurz nach seinem Amtsantritt am 1. Dezember 2012 den „Pakt für Mexiko“ mit den beiden größten Oppositionsparteien PAN und PRD: Staatspräsident Peña Nieto (PRI). | Quelle: Angélica Rivera de Peña / flickr ©©.

Obwohl es dem Vernehmen nach intern sehr hart zur Sache geht, und diese Kontroversen gelegentlich auch in die Öffentlichkeit getragen wurden, hatte der Pakt in den darauffolgenden Monaten im Ergebnis funktioniert. In einigen wichtigen Politikbereichen wurden erste Weichenstellungen durch Verfassungsänderungen vorgenommen. Die Erarbeitung und Verabschiedung der so genannten Sekundärgesetzgebung zur Ausfüllung dieser Verfassungsänderungen stand zum Zeitpunkt der Wahlen aber noch aus. Bei diesen Wahlen spielte damit auch die Frage eine Rolle, ob sie zu

einem Votum über diesen Pakt würden und ob sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Gewinner oder Verlierer dieser Konstellation herauskristallisieren würden.

Die PRI ging sehr geschlossen in diese Wahlen. Anders die beiden wichtigsten Oppositionsparteien: Die PAN befand sich vor der Wahl in einer offenen Feldschlacht, die PRD, stand unter dem Damoklesschwert einer Parteispaltung.

Die Ausgangslage der Parteien vor diesen Wahlen hätte unterschiedlicher nicht sein können. Auf der einen Seite die PRI, die sehr geschlossen in diese Wahlen ging. Auf der anderen Seite die beiden wichtigsten Oppositionsparteien, in vielen Staaten in einer

Wahlkoalition verbunden. Die PAN befand sich in den Wochen vor der Wahl in einer offenen Feldschlacht vor allem zwischen der Gruppe der *calderonistas*, d.h. der Anhänger des ehemaligen Staatspräsidenten Felipe Calderón, und der Gruppe um den PAN-Präsidenten Gustavo Madero. Diese vorrangig personell und machtpolitisch, weniger ideologisch bestimmte Auseinandersetzung hatte zeitweise Dimensionen erreicht, die um den weiteren Zusammenhalt der Partei fürchten ließen. Die PRD, in der der „Pakt für Mexiko“ ebenfalls nicht unumstritten ist, stand zudem unter dem Damoklesschwert einer Parteispaltung wegen der Sammlungsbewegung MORENA ihres vormaligen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador, der diese zu einer Partei umwandeln will und für einen deutlich fundamentalistischeren Kurs der Linken steht.

WAHLKAMPF, SCHLAMMSCHLACHT UND DIE „RÜCKKEHR DER GEWALT“

Wahlen, verstanden als Wahlkampf, Wahlakt und Auszählung der Stimmen umfassender Gesamtprozess, spielen sich in Mexiko nach wie vor in einem sehr viel komplexeren Kontext ab, als er sich in den Berichten so mancher internationaler Wahlbeobachter widerspiegelt. Die Mexikaner selbst machen sich hierüber keinerlei Illusionen. Hierzu zählt auch, wie im PRI-regierten Bundesstaat Veracruz zu verfolgen war, der Einsatz regierungsamtlicher Programme wie des „Kreuzzugs gegen den Hunger“ für Wahlkampfzwecke. Manipulation der Stimmlisten, Verlagerung von Bewohnern in bestimmte Stimmbezirke oder gar andere Bundesstaaten, verschlossene Wahllokale und irreführende Angaben über die Lage von Wahllokalen, Kandidaten- und

Stimmenkauf, das so genannte Karussell³ bei der Stimmabgabe in der Wahlkabine sowie Einschüchterung von Kandidaten und Stimmenauszählern gehören zum traditionellen und bei weitem nicht verschwundenen Instrumentarium mexikanischer Wahlkampfstrategien. Geflügelte Worte wie „Wahl gewonnen, Auszählung verloren“ haben einen sehr ernst zu nehmenden Hintergrund.

Der hart geführte Wahlkampf in Baja California Norte (BCN), die Bedeutung dieser Wahl für die PAN und das gleichzeitig große Interesse der PRI am Fortbestand des Paktes führten sogar zu Gerüchten, dass der Ausgang der Wahlen in diesem Bundesstaat zwischen den beiden Parteien paktiert worden sei. Die Art und Weise, wie angesichts der sehr eng beieinander liegenden Umfrageergebnisse gerade in BCN der Wahlkampf bis in die Wahlnacht hinein geführt wurde, spricht jedoch gegen diese Vermutung.

Etwa zwei Wochen vor der Wahl nahm der Wahlkampf in vielen Staaten eine teils dramatische Wendung. Die Schlammschlacht nahm zu, vor allem begleitet von gegenseitigen Korruptionsvorwürfen und der sicherlich nicht allzu weit hergeholten Anschuldigung der Verwendung regionaler und kommunaler Mittel für die jeweiligen Wahlkampagnen. Kafkaeske Züge blieben dabei nicht aus. So beschuldigten die Staatsanwaltschaft und die PRI des Bundesstaates Aguascalientes die PAN, deren Wahlkampagne sei durch eine Mafia-Familie finanziert worden. Man habe in einem Haus, das der Familie zugeordnet werde, Wahlmaterial der PAN gefunden. Tags darauf gab die PRI eine Pressekonferenz vor dem Haus. Ein Journalist der linksgerichteten Tageszeitung *La Jornada* spähte durch die Scheibe und entdeckte Wahlkampfmaterial – der PRI. Seine entsprechende Frage führte zum abrupten Abbruch der Pressekonferenz. Kurze Zeit danach war das Haus mit Vorhängen versehen und Beamte der Staatsanwaltschaft transportierten das PRI-Material ab. Interpretation und Ende bis heute offen.

Noch viel gravierender ist jedoch das, was als die „Rückkehr der Gewalt“ beschrieben wird. Der Einsatz von Gewalt zur Beeinflussung von Kandidaten und Wahlentscheidungen

3 | Karussell wird ein Verfahren genannt, mittels dessen Wähler, deren Stimmen gekauft wurden, bei Verlassen des Wahllokals danach befragt werden, ob sie auch richtig gewählt haben.

In den Bundesstaaten Chihuahua, Puebla und Durango wurden drei Bürgermeisterkandidaten von PAN, PRD und PRI ermordet, ein PRD-Parteiführer wurde in Oaxaca entführt und ermordet.

war in Mexikos Wahlgeschichte keine Unbekannte, ist jedoch in einigen Bundesstaaten bei diesen Wahlen in einem für überwunden geglaubten Umfang wieder erschreckend

real geworden. In den Bundesstaaten Chihuahua, Puebla und Durango wurden drei Bürgermeisterkandidaten von PAN, PRD und PRI ermordet, ein PRD-Parteiführer wurde in Oaxaca entführt und ermordet. Ein Attentat auf eine PRI-Kandidatin forderte zwei Todesopfer unter ihren Familienangehörigen. Eine PAN-Wahlkampfkarawane wurde überfallen und angezündet, auch wurden Vergewaltigungen von Familienangehörigen, Entführungen und zahlreiche Morddrohungen gegenüber Kandidaten gemeldet. Als Urheber benannt wurde vorwiegend das organisierte Verbrechen, aufgeklärt wurde bislang nichts.

Wenige Tage vor der Wahl hatten sich zahlreiche Kandidaten aus Angst um ihr Leben zurückgezogen. Dies betraf nach Aussage des PAN-Vorsitzenden Madero vielfach nicht nur PAN-Kandidaten, sondern auch einfache PAN-Mitglieder oder dem PAN nahe stehende Bürger, die am Wahlabend zur Kontrolle der Auszählung in den Wahllokalen vorgesehen waren und sich entweder abmeldeten oder schlichtweg nicht erschienen.

Die PRI-Mehrheit in der Ständigen Kommission des Kongresses verweigerte eine Debatte zu diesen Vorgängen, so dass auch das Ansinnen der Opposition, die Regierung solle das Militär in einigen Bundesstaaten zur Garantie von sicheren Wahlen einsetzen, nicht behandelt werden konnte. PAN und PRD hatten daraufhin öffentlich den Einsatz der Streitkräfte in den betroffenen Bundesstaaten gefordert, was an einigen neuralgischen Punkten schließlich auch erfolgte.

Der Wahltag selbst wurde überschattet von Morddrohungen z.B. gegen den PAN-Kandidaten in Oaxaca, Entführungen, geschlossenen Wahllokalen und gestohlenen oder verbrannten Wahlurnen. In einigen Städten patrouillierte das Militär. Das Innenministerium sprach von einem ruhigen und normalen Ablauf des Wahltages.

DIE WAHLERGEBNISSE

In Mexiko gilt die Regel, dass die Deutungshoheit über die Wahlen derjenige gewinnt, der sich frühzeitig zum Sieger ausruft und mit seinen Zahlen arbeitet. Die Wahlnacht war daher vorwiegend geprägt von hitzigen Debatten auf der Grundlage von Hochrechnungen und Umfragen. Das tatsächliche Ergebnis und das gesamte Abschneiden der Partei wiegen in der öffentlichen Meinung anschließend dann weniger. So ist es zu erklären, dass z.B. in Baja California Norte die Parteien sich schon zum Sieger ausriefen, als die Wahllokale noch nicht geschlossen waren, und diesen Streit über Stunden in den Medien fortführten.

Die nachfolgend aufgeführten Ergebnisse sind insofern unvollständig, als in einigen Kommunen die Wahlen für ungültig erklärt wurden und 2014 wiederholt werden müssen. Zudem befinden sich einige Wahlen noch in der Anfechtung vor dem zuständigen Wahlgerichtshof. Außerdem ist zu beachten, dass die Koalitionskonstellationen in Mexiko äußerst vielgestaltig sind und hier nicht detailliert abgebildet werden können. Koalitionen sind der Regelfall, so dass sich die nachfolgenden Darstellungen auf die jeweiligen führenden Parteien begrenzen.⁴

Die Gouverneurswahlen in Baja California Norte

Nach den Kopf-an-Kopf-Umfragen wurde die Auszählung der Gouverneurswahl zu einem medial begleiteten Krimi, der in den frühen Morgenstunden abgebrochen werden musste, da es nach Aussage des Wahlinstituts „zu einem das Gesamtergebnis nicht beeinträchtigenden Algorithmus-Fehler“ kam. Die Tendenz der abgebrochenen Auszählung deutete jedoch darauf hin, dass die PAN diese Gouverneurswahl für sich entscheiden könnte. Zehn Tage später wurde dies dann auch offiziell bestätigt. Die PAN-geführte Vier-Parteien-Koalition Alianza Unidos por Baja California mit ihrem Kandidaten Francisco „Kiko“ Vega erhielt rund 25.000 Stimmen und somit knapp drei Prozent mehr als die von der PRI geführte, ebenfalls vier Parteien

4 | Die nachfolgend aufgeführten Tabellen beruhen auf einer eigenen Zusammenstellung auf der Basis einer Vielzahl nationaler wie regionaler, offizieller wie in Zeitungen zitierter Quellen, die aufgrund ihrer Vielfalt nicht im Einzelnen aufgeführt werden können.

umfassende Koalition *Compromiso por Baja California*. Damit konnte die PAN „ihren“ Staat bereits zum fünften Mal in Folge gewinnen.

Die Bedeutung dieser Gouverneurswahlen waren vor allem in der PAN selbst über Gebühr hochgeschraubt worden. Während ein Sieg als Normalfall galt, wurde ein Verlust zum *point of no return* für die aktuelle Parteiführung erklärt. Dass es eine breite Koalition war, die zum Sieg beigetragen hatte, und dass nach 24 Jahren Regierung und der damit verbundenen Verschleißerscheinungen ein Wechsel erklärbar gewesen wäre, kam in dieser Perzeption der PAN wie der Öffentlichkeit jedoch nicht vor. Demzufolge waren alle weiteren Ergebnisse dieses Wahlmarathons in der öffentlichen wie PAN-internen Perzeption nahezu nachrangig. Das wichtigste PAN-interne Ergebnis dieser Wahl war, dass damit trotz aller anhaltenden Kritik und Auseinandersetzungen in der PAN die Parteiführung um Madero als zumindest aktuell stabilisiert galt, während ein Verlust von Baja California Norte das Ende bedeutet hätte.

Ergebnisse der Landtagswahlen und Bürgermeisterwahlen

Ein Blick auf die Verteilung der Landtagsmandate 2013 im Vergleich zur Wahl 2010 zeigt, dass alle drei großen Parteien Mandate verloren haben zugunsten einer ganzen Reihe kleinerer Parteien und Koalitionen in verschiedenen Bundesstaaten (Tabelle 2). Mit Blick auf Bürgermeisterwahlen ist das Ergebnis in den 13 Landeshauptstädten besonders interessant (Tabelle 4).

Tabelle 2

Verteilung der Landtagsmandate

Bundesstaat	Sitze	Parteien			
		PRI	PAN	PRD	Andere
Aguascalientes (2013)	27	10	7	-	10
Aguascalientes (2010)	27	14	4	1	8
Baja California (2013)	25	7	10	-	8
Baja California (2010)	24	13	6	1	4

Bundesstaat	Sitze	Parteien			
		PRI	PAN	PRD	Andere
Chihuahua (2013)	33	5	4	1	23
Chihuahua (2010)	33	20	6	1	6
Durango (2013)	30	12	-	-	18
Durango (2010)	29	17	4	1	7
Hidalgo (2013)	30	18	-	-	12
Hidalgo (2010)	30	14	3	4	9
Oaxaca (2013)	42	11	14	-	17
Oaxaca (2010)	41	11	15	10	5
Puebla (2013)	41	8	18	-	15
Puebla (2010)	41	13	13	2	13
Quintana Roo (2013)	25	14	1	-	10
Quintana Roo (2010)	24	11	4	3	6
Sinaloa (2013)	40	21	3	-	16
Sinaloa (2010)	40	19	13	2	6
Tamaulipas (2013)	36	16	6	-	14
Tamaulipas (2010)	36	22	5	1	8
Tlaxcala (2013)	32	10	3	3	16
Tlaxcala (2010)	32	10	9	4	9
Veracruz (2013)	50	26	4	-	20
Veracruz (2010)	50	29	13	3	5
Zacatecas (2013)	30	12	5	-	13
Zacatecas (2010)	21	9	6	3	3
Gesamt (2013)	441	170	75	4	192
Gesamt (2010)	428	202	101	36	89

Tabelle 3

Verteilung der Bürgermeister

Bundesstaat	Kommunen	PAN		PRI		PRD		Andere	
		2010	2013	2010	2013	2010	2013	2010	2013
Aguascalientes	11	0	3	11	3	0	0	0	5
Baja California	5	0	2	5	3	0	0	0	0
Chihuahua	67	24	16	41	51	2	0	0	0
Coahuila de Zaragoza	38	2	9	33	28	1	0	2	1
Durango	39	18	5	21	32	0	0	0	2
Oaxaca	153	74	66	78	63	0	0	0	24
Puebla	217	105	95	103	84	0	0	9	35
Quintana Roo	10	5	0	5	10	0	0	0	0
Sinaloa	18	9	3	9	15	0	0	0	0
Tamaulipas	43	7	8	35	35	1	0	0	0
Tlaxcala	60	9	16	27	16	10	10	14	18
Veracruz	212	90	42	81	99	37	32	5	39
Zacatecas	58	15	9	25	36	14	7	4	6
Gesamt	931	358	274	474	475	65	49	34	130

Trotz mancher gerade auch regional hervorstechender Verluste wie in Durango, Veracruz, Quintana Roo oder Chihuahua konnte die PAN in anderen Staaten wie Aguascalientes, Coahuila, Baja California Norte, Oaxaca oder Tlaxcala deutlich Boden gut machen. Hervorzuheben ist, dass trotz Verlustes kleinerer Kommunen die PAN vor allem in den Landeshauptstädten und größeren Städten deutlich hinzugewinnen konnte. Dies macht ein Vergleich der Bevölkerungszahl der PAN-regierten Kommunen deutlich. Waren es bei den Wahlen 2010 rund 9,2 Millionen Einwohner, so umfassen die PAN-Kommunen nun 12,5 Millionen Einwohner, ein mit Blick auf in einigen dieser Staaten anstehende Gouverneurswahlen nicht zu unterschätzendes politisches Startkapital.

Tabelle 4

**Verteilung der Bürgermeisterämter in den
Landeshauptstädten im Vergleich 2010/2013**

Bundesstaat	Hauptstadt	Partei 2010	2013
Aguascalientes	Aguascalientes	PRI	PAN-PRD
Baja California	Mexicali	PRI	PAN
Chihuahua	Chihuahua	PRI	PRI
Coahuila de Zaragoza	Saltillo	PRI	PAN
Durango	Victoria de Durango	PRI	PRI
Oaxaca	Oaxaca de Juárez	PRD-PAN	PRI
Puebla	Puebla de Zaragoza	PRI	PAN-PRD
Quintana Roo	Chetumal	PRI	PRI
Sinaloa	Culiacán Rosales	PRI	PRI
Tamaulipas	Ciudad Victoria	PRI	PRI
Tlaxcala	Tlaxcala de Xicohténcatl	PRI	PAN
Veracruz	Xalapa-Enríquez	PRI	PRI
Zacatecas	Zacatecas	PRI	PRI

Im Großen und Ganzen können PRI und PAN mit diesen Ergebnissen gut leben. Die PRI hat ihren ersten Platz behauptet, muss sich allerdings mit dem Verlust von bislang regierten Landeshauptstädten abfinden und vor allem mit dem Protest von PAN und PRD wegen der ihr vorgeworfenen Manipulationen zurecht kommen. Das Ziel, nach dem Marketing Erfolg der Präsidentschaftswahlen auf allen Ebenen eine erneuerte PRI zu präsentieren, ist bei diesen Wahlen mit Sicherheit nicht erreicht worden.

Die PAN wiederum kann mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein. Nach ihrem deutlichen Verlust bei der Präsidentschaftswahl 2012 und dem verheerenden Eindruck, den die Partei und Kongressfraktionen in den Wochen und Monaten vor den Wahlen hinterlassen haben, hätte es niemanden verwundert, wenn die Partei bei diesen Wahlen abgestraft worden wäre. Offensichtlich blieben sowohl die regionalen und lokalen PAN-Parteistrukturen, vor allem aber die breite

Wählerschaft von den nationalen Querelen der PAN weitgehend unberührt. Die erwähnten deutlichen Niederlagen in einigen Staaten haben vorwiegend lokale Gründe, so beispielsweise in Durango die von den Wählern nicht akzeptierte Koalition zwischen PAN und der linken PT.

Teilweise desaströs ist das Ergebnis für die PRD, die in einer ihrer ehemaligen Bastionen, Veracruz, von rund 800.000 Stimmen bei der Präsidentschaftswahl auf nunmehr 250.000 zurückgefallen ist und keinen einzigen Landtagsabgeordneten oder Bürgermeister stellen konnte. Dies ist Öl ins Feuer der innerparteilichen Debatten um die Identität der mexikanischen Linken und ihre Organisationsformen. Hier bleibt abzuwarten, wie sich der weitere Verbleib der PRD im „Pakt für Mexiko“ im Kontext der anstehenden zentralen Reformbereiche gestaltet und inwiefern dies zu einer Spaltung der PRD zumindest auf der Ebene der Kongressfraktionen und zu einer Stärkung der außerparlamentarischen Linken vor allem in Gestalt López Obradors und seiner Partei MORENA führen kann.

REALITÄTEN UND INTERPRETATIONEN

Wahlergebnisse sind eines, deren interessengeleitete Interpretation durch die Parteien häufig etwas ganz anderes. So auch hier. Zum einen sind diese Wahlergebnisse sicherlich als Reaktion auf die Performance der Parteien in den letzten zwölf Monaten zu sehen. Aber diese Interpretation ist nur begrenzt gültig. In vielen Bundesstaaten und Kommunen konnte man den Eindruck gewinnen, dass die nationalen Querelen in den jeweiligen Parteien die Parteibasis und vor allem die Wählerschaft ziemlich unbeeindruckt gelassen haben.

Insgesamt ist festzuhalten, dass vor allem lokale und landespolitische Themen und Kandidaten im Vordergrund standen. Diese Wahlen sind daher auch nicht als Abstimmung über den „Pakt für Mexiko“ oder die Performance der einzelnen Parteien in diesem Pakt zu interpretieren. Dennoch wird in PRD wie PAN die Frage des weiteren Verbleibs im Pakt eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Die Vorwürfe der beiden Oppositionsparteien in der letzten Wahlkampfphase, aber auch in der Wahlnacht, waren heftig. PRD-Chef Zambrano sprach von der Rückkehr der

„autoritären PRI“ und der Unterstützung durch die organisierte Kriminalität. Der PAN-Vorsitzende Madero stellte in Zweifel, ob man angesichts des Vorgehens der PRI unter diesen Voraussetzungen an den Tisch des „Pakts für Mexiko“ zurückkehren könne.

Nun sollte man Aussagen in einer Wahnacht nicht überbewerten, und tatsächlich hielt nach dem Abklingen der Emotionen die politische Rationalität wieder Einzug. Allerdings ist zu beachten, dass weder PAN noch PRD eine einheitliche Auffassung zur Pakt-Politik haben, sondern diese vielfach als eine nicht abgestimmte Entscheidung der Parteispitzen empfunden wird und diese Differenzen im Kontext der innerparteilichen Auseinandersetzungen nach wie vor instrumentalisierungsfähig sind. Hinzu kommt ein wachsendes Unbehagen in den Kongressfraktionen, die sich als „Befehlsempfänger“ des Koordinierungsgremiums des Paktes empfinden und auf mehr Eigenständigkeit in den Beratungen pochen.

Madero wie Zambrano werden sich daher von ihren innerparteilichen Opponenten an ihren Worten der Wahnacht messen lassen müssen. Ein einfaches „Weiter so“ dürfte vielleicht im Pakt zwischen den beteiligten

Ein einfaches „Weiter so“ dürfte vielleicht im Pakt zwischen den beteiligten Parteien, aber sehr viel schwerer innerhalb der einzelnen Parteien möglich sein.

Parteien, aber sehr viel schwerer innerhalb der einzelnen Parteien möglich sein. Erstes Anzeichen hierfür war die Entscheidung der Paktbeteiligten, die vor allem von PAN und PRD betriebene Politische Reform vor den äußerst strittigen Vorhaben der Steuerreform und der Reform des Energiesektors zu behandeln. Diese neue Tagesordnung des Paktes ist Ausdruck der Befürchtung von PAN und PRD, nach ihrer Zustimmung zu den zentralen Reformpolitiken des PRI keinerlei Einflussmöglichkeiten mehr zu haben, um den PRI zu einer von ihm ungeliebten Politischen Reform zu bewegen.

Dennoch haben die ersten Wochen nach den Wahlen gezeigt, dass der „Pakt für Mexiko“ die aus dem Wahlkampf resultierende Belastung zu schultern vermag. So wurde gegen massive Proteste von Teilen der Lehrgewerkschaft die Sekundärgesetzgebung zur Erziehungsreform verabschiedet, die langfristig zu einem Aufbrechen der über Jahrzehnte entstandenen Versteinerungen dieses

anachronistischen Korporativismus führen werden.⁵ Diese Belastbarkeit des Paktes ist vor allem der staatspolitischen Verantwortung der beiden Parteien PAN und PRD zu verdanken. Jede andere Entscheidung hätte den „Pakt für Mexiko“ und damit Mexiko selbst zum eigentlichen Verlierer dieser Wahlen gemacht.

AUSBLICK

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Im Jahre 2014 finden zwar lediglich in den kleinen Bundesstaaten Nayarit und Coahuila Kommunal- und Landtagswahlen statt, denen angesichts der geringen Bevölkerungszahl (1,1 bzw. drei Millionen Einwohner) dieser beiden Staaten keine hochrangige politische Bedeutung beigemessen wird. Dennoch werden auch diese Wahlen von den Parteien nicht vernachlässigt, da nach einem Drittel Amtszeit der Regierung Peña Nieto auch von diesen Wahlen in diesen von der PRI regierten Staaten ein Signal ausgehen kann.

Noch entscheidender wird das Wahljahr 2015. Zum einen stehen in insgesamt 15 Staaten Wahlen auf verschiedenen Ebenen an, überwiegend Landtags- und Kommunalwahlen, in fünf Staaten (Colima, Nuevo León, Querétaro, San Luis Potosí und Sonora) auch Gouverneurswahlen. Diese Wahlgebiete umfassen rund 62 Millionen Einwohner, davon etwa 18 Millionen für die Gouverneurswahlen. Hinzu kommt die

Seit Ende der 1990er Jahre besteht in Mexiko eine so genannte geteilte Regierung. D.h., dass die Regierung keine eigene parlamentarische Mehrheit im Kongress hat und andere Parteien benötigt.

Neuwahl der Abgeordnetenkammer des Kongresses.⁶ Dieser Wahl kommt für die zweite Halbzeit der Regierung Peña Nieto herausragende Bedeutung zu. Seit Ende der 1990er Jahre besteht in Mexiko ein so genanntes *gobierno dividido* (geteilte Regierung). Darunter

wird verstanden, dass die Regierung keine eigene parlamentarische Mehrheit im Kongress bzw. einer der beiden Kammern hat und somit für die Durchsetzung ihrer Politik andere Parteien benötigt. Diese Situation hat in den vorangegangenen präsidentiellen Regierungsperioden zu einem nicht unwesentlichen Politik- und Reformstau geführt, der

5 | Kern der Reform ist die permanente Evaluierung der Lehrer, um die Qualität des Unterrichts zu steigern. Diese Evaluierung kann zur Entfernung aus dem Dienst führen.

6 | Die beiden Kammern des Kongresses haben unterschiedliche Perioden: die Abgeordnetenkammer wird für drei Jahre, der Senat für sechs Jahre gewählt.

aktuell durch den „Pakt für Mexiko“ aufgehoben wurde. Bei diesen Zwischenwahlen geht es daher darum, ob die Regierung in der Abgeordnetenkommission des Kongresses eine selbständige Mehrheit gewinnt und die für sie problematische Situation des *gobierno dividido* zumindest teilweise entschärft oder die Opposition dies verhindern kann. Im Wahljahr 2015 werden daher die entscheidenden Weichen für die zentrale Auseinandersetzung der Präsidentschafts- und Kongresswahlen (Senat und Abgeordnetenkommission) des Jahres 2018 gestellt.



Dr. Bakary Sambe ist Koordinator des Observatoriums für radikale religiöse Bewegungen und Konflikte in Afrika sowie Lehrbeauftragter und Forscher an der Universität Gaston Berger in Saint Louis (Senegal).

MALI IN SICHERHEIT?

DIE WAHLEN SIND GELUNGEN, DOCH DIE PROBLEME BLEIBEN

Bakary Sambe

Der Überfall auf das Feldlager von Menaka durch die Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad (MNLA) am 17. Januar 2012 war der Beginn der Militärkrise in Mali und somit Auslöser eines Konflikts, in dessen Folge die separatistischen Tuareg im Norden des Landes die Kontrolle übernahmen. Die Krise verschärfte sich, als bewaffnete islamistische Gruppen, angeführt von Ansar Dine und verstärkt durch die Kämpfer von Al Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI), die Anwendung der Scharia erzwingen und eine islamische Regierungsform im Norden des Landes einführen wollten, vor allem in Gao, Timbuktu und Kidal. Die Krise zog sich über mehrere Monate hin und führte schließlich zur Intervention durch die französische Armee, die im Rahmen der so genannten Operation Serval von afrikanischen Streitkräften unterstützt wurde. Zeitgleich bemühten sich die schwachen Machthaber in der Hauptstadt Bamako um die Wiederherstellung der Verwaltung, die durch wiederholte politische Krisen ebenso stark erschüttert war wie durch die Niederlage einer Armee, die den größeren Teil des Territoriums von Mali nicht zu kontrollieren vermochte.

Vor diesem Hintergrund wurde die internationale Mission für die Unterstützung Malis (MISMA) eingesetzt. Deren Auftrag war es, die Regierungsstrukturen zu stärken und die politische Entwicklung zu konsolidieren, um so die Durchführung demokratischer Wahlen zu ermöglichen sowie die erforderlichen Verhandlungen mit den Tuareg-Gruppen im Norden zu führen und so eine dauerhafte Stabilisierung des Landes zu erzielen. Trotz zahlloser logistischer und politischer Schwierigkeiten wurden in ganz Mali

Wahlen organisiert, auch in Kidal.¹ Grundlage hierfür war ein Abkommen, das die Übergangsregierung und die MNLA in Ouagadougou im Juni 2013 unterzeichnet hatten und das trotz seiner vagen und unspezifischen Bestimmungen die Durchführung von Wahlen ermöglichte, zu denen die internationale Gemeinschaft das Land dann auch einstimmig beglückwünscht hat.

Bedeutet jedoch die Wahlen die Rückkehr Malis zu verfassungsmäßiger Normalität und bleibende Stabilität? Hierzu lohnt ein Blick auf die soziopolitische Ausgangssituation in Mali und den komplexen Charakter des Abkommens von Ouagadougou, unter besonderer Berücksichtigung des ungeklärten Status' Kidals.

Ziel des neuen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta ist eine effektive Stabilisierung des Landes und eine nationale Aussöhnung – und dies trotz laufender Machtkämpfe und bestehender Interessenskonflikte sowohl innerhalb der malischen Politik als auch der internationalen Gemeinschaft. Hierbei erklären sich die Herausforderungen, die den Präsidenten heute erwarten, auch durch die Umstände, unter denen sich die Wahlen vollzogen haben und unter denen Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) seinerzeit gestürzt wurde.

DER STURZ VON ATT: ÜBERHÖRTE WARNRUF

Das zweite Mandat Präsident Amadou Toumani Tourés, der am 12. Mai 2002 gewählt und am 29. April 2007 wiedergewählt worden war, wäre laut Verfassung im Jahr 2012 beendet gewesen. In einer denkwürdigen Pressekonferenz am 12. Juni 2011 bestätigte ATT denn auch, dass er entsprechend der Verfassungsbestimmungen kein drittes Mal kandidieren würde. Somit schien Mali als ein demokratisches Musterland dazustehen und sein Präsident wurde in Diplomatenkreisen und der internationalen Presse als einer der wenigen Demokraten Afrikas bezeichnet. In der

1 | Die Hauptstadt der nördlichen Region wurde zwar offiziell von den Islamisten befreit, jedoch ist sie weiterhin quasi von Tuareg-Bewegungen besetzt. Deren Kämpfer zogen sich während der Wahl zurück, sind jedoch immer noch in der Stadt präsent. Die Tuareg-Gruppen bestehen auf einem Sonderstatus, der mit Hilfe einer neuen Dezentralisierungsgesetzgebung eingerichtet werden soll.

weltweiten Klassifizierung der die Menschenrechte achtenden Länder stieg Mali immer weiter auf, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern Afrikas. Im Inneren jedoch wurden die Anzeichen für das kommende Desaster seitens der Regierung ignoriert. ATT regierte lange Zeit mit halberzigen Maßnahmen, in Ermangelung eines politischen Apparats und vor allem des Bemühens um einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Nur selten traf er grundlegende Entscheidungen in wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen.

Während Tourés Umfeld in Auflösung begriffen bzw. in Kämpfe verwickelt war, schien er vor allem darauf bedacht, auf die Empfindlichkeiten der Tuareg Rücksicht zu nehmen.

Die Sicherheit dieses Landes im Sahel, mit 1.241.238 Quadratkilometern der zweitgrößte westafrikanische Staat nach Niger, nahm der Präsident nicht sehr ernst. Während sein Umfeld in Auflösung begriffen bzw.

in Kämpfe verwickelt war, schien ATT vor allem darauf bedacht, auf die Empfindlichkeiten der Tuareg Rücksicht zu nehmen. Von einem tatsächlichen Frieden mit den Gruppen der Tuareg-Bevölkerung konnte ebensowenig die Rede sein wie von einem offenen Krieg – im Bemühen um eine nationale Einheit und eine territoriale Integrität. Derlei Ziele wurden zwar formuliert, jedoch nie verwirklicht.

Das Aufkommen von Krisen zwischen dem Zentralstaat Mali und den Tuareg hat Tradition und repetitiven Charakter. Während der Krise von 1990 bis 1995 ebenso wie in jener, die 2006 begann und dann wieder abflaute, um 2008 erneut aufzuflackern, verhandelten Drittländer wie Algerien und Libyen mit mehr oder weniger Erfolg über die Einstellung der Kämpfe. Schon damals wurde deutlich, dass Mali zu schwach war, um eine wirksame Rolle in einer Krisensituation zu spielen, von der es vorrangig, auch auf dem eigenen Territorium, betroffen war. Nachhaltige Lösungen wurden nicht gefunden, künftige neue Konflikte waren vorprogrammiert.

Am 17. Januar 2012 kam es somit nunmehr zu dem erwähnten Angriff der Tuareg-Rebellen der MNLA auf die malische Armee in Menaka und dem Beginn eines neuen Aufstands. Der guten Bewaffnung und logistischen Stärke der MNLA, die für die Unabhängigkeit der drei malischen Nordregionen Kidal, Gao und Timbuktu kämpfte, konnte die malische Armee nichts Adäquates entgegensetzen und

erlebte zahlreiche Rückschläge. Ins kollektive Gedächtnis der Malier haben sich vor allem die traumatischen Ereignisse von Aguelhok eingeprägt, wo mehrere Dutzend junge malische Soldaten ohne Munition und Ausrüstung von den Rebellen des Nordens auf grausame Weise getötet wurden. Vorfälle wie diese verdeutlichten den fortgeschrittenen Zerfall der Streitkräfte Malis und die prekäre Sicherheitslage.

Am 24. Januar hatte die MNLA, unterstützt von Tuareg-Kämpfern aus Libyen, auf Befehl von Oberst Ag Najem die Stadt Aguelhok angegriffen. **Binnen zwei Monaten flüchteten mehr als 200.000 Bewohner Malis vor den Kämpfen und suchten mehrheitlich in Nachbarländern Zuflucht.** Binnen zwei Monaten flüchteten mehr als 200.000 Bewohner Malis vor den Kämpfen und suchten mehrheitlich in Nachbarländern Zuflucht. Ende Januar und Anfang Februar demonstrierten die Ehefrauen der Soldaten in Bamako, Kati und Segou gegen das Krisenmanagement der Behörden. In der Nacht vom 10. auf den 11. März nahm die MNLA das aufgrund seiner Landebahn strategisch bedeutsame Militärlager von Tessalit ein. Diesem Beispiel folgend kämpften andere bewaffnete Gruppen, die sich als Islamkrieger bezeichneten, auf der Seite der MNLA: Ansar Dine, Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) und die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (Mujao). Sie behaupteten, die Orte Aguelhok und Tessalit zu kontrollieren, und erklärten ihre Absicht, in Mali die Scharia durchzusetzen.

Tage später, am 21. März 2012, brach in Bamako und Gao eine Soldatenmeuterei aus. Man protestierte gegen die Kriegsführung der Regierung und die eigene mangelnde Ausrüstung. Am gleichen Tag besetzten die Aufständischen den Präsidentenpalast und den Sitz der nationalen Rundfunk- und Fernsehanstalt ORTM. Präsident ATT wurde gestürzt. Zeitgleich wurden die Verfassung aus- und ein nationales Komitee für die Wiedereinführung der Demokratie und die Wiederherstellung des Staates (CNRDRE) eingesetzt, mit Oberst Amadou Haya Sanogo an der Spitze. Unter dem Druck der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS und der internationalen Gemeinschaft erklärte sich der Putschistenpräsident mit der Einrichtung einer Übergangsperiode einverstanden.

DIE ÜBERGANGSPERIODE IN MALI

Auf Druck sowohl nationaler Kräfte als auch der internationalen Gemeinschaft und unter Vermittlung der ECOWAS hatte sich das CNRDRE am 1. April im Rahmen einer feierlichen Erklärung verpflichtet, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Das Rahmenabkommen vom 6. April 2012 sah unter anderem die Einrichtung von Übergangsorganen vor und wies dem Interimspräsident der Republik und der Regierung der nationalen Einheit entsprechende Aufgaben zu.

Konkret waren dies neben der Wiederherstellung der territorialen Integrität durch die Rückgewinnung des Nordens auch die Organisation von allgemeinen, transparenten und glaubwürdigen Wahlen. Ferner vorgesehen waren die gute Funktionsweise der Institutionen auf dem gesamten Territorium, die Schaffung eines Klimas des Friedens und der Sicherheit in der von der Regierung kontrollierten Zone und die Sicherung der Übergangsinstitutionen, die Wiederherstellung des Rechtsstaats durch Maßnahmen gegen Erpressung und gesetzeswidrige Festnahmen sowie die sorgfältige und schnelle Verfolgung aller Gesetzesverletzungen durch die Justizbehörden; der Kampf gegen Korruption, Günstlingswirtschaft, Exklusion und Straffreiheit; die Vorbereitung der Nachkriegszeit und der Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie schließlich die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts und des friedlichen Zusammenlebens der Gemeinschaften.

Am 6. April rief die MNLA auf ihrer Website „unwiderruflich und ab sofort den unabhängigen Staat von Azawad aus“. In der Folge kam es zu Differenzen zwischen der MNLA und der mit AQMI und Mujao alliierten Ansar Dine, woraufhin die Dschihadisten die Führung an sich zogen und fortan den Norden Malis kontrollierten. Als sie im Januar 2013 versuchten, durch die Eroberung der Stadt Konna in den Süden des Landes vorzudringen, griff Frankreich auf Bitten Traorés militärisch ein. Mit der Unterstützung mehrerer afrikanischer Länder, in erster Linie des Tschads, gelang es Frankreich und Mali, die Dschihadisten zu stoppen und den Norden Malis zurückzuerobern, mit Ausnahme der Stadt Kidal, die weiterhin in MNLA-Hand blieb.



Präsident Hollande beim Truppenbesuch in Bamako im Februar 2013: Nach der Intervention bestand Frankreich auf baldige Wahlen. | Quelle: © Emilie Regnier, picture alliance / dpa.

Am 12. April wurde Dioncounda Traoré, der Präsident der Nationalversammlung, für die Dauer eines Jahres zum Interimspräsidenten gewählt. Traoré ernannte Cheick Modibo Diarra zum Premierminister und beauftragte ihn, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die Krise dauerte jedoch an, die Putschisten schalteten sich weiterhin in das politische Leben ein. Nach der Ernennung einer zweiten Regierung wurde Cheick Modibo Diarra am 11. Dezember 2012 von den Putschisten zur Amtsniederlegung gezwungen und Diango Cissoko wurde zum Premierminister ernannt.

In Folge der Initiative Frankreichs verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft, einen beachtlichen finanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Malis, seiner Armee und Verwaltung sowie der im Norden des Landes zerstörten öffentlichen Grundversorgung zu leisten. Im Gegenzug wurde die malische Übergangsregierung aufgefordert, zur Beendigung der Übergangsperiode spätestens im Juli 2013 eine Präsidentenwahl durchzuführen. Trotz zahlreicher Probleme – etwa des Risikos, das mit einer möglichen Wahl verbunden schien – und unter dem Druck Frankreichs und der internationalen Gemeinschaft akzeptierte die Regierung die Forderung.

DIE WAHLEN: EIN LANGER HINDERNISLAUF

Paris wollte sich militärisch zurückziehen, um das Schreckensbild eines zu langen Krieges und dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich zu vermeiden.

Frankreich bestand nicht zuletzt deshalb auf einem Wahlgang noch vor Juli 2013, da es sich militärisch zurückziehen wollte, um das Schreckensbild eines zu langen Krieges und

dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich zu vermeiden. Doch auch die Interimsregierung Malis, die ECOWAS und die internationale Gemeinschaft setzten auf baldige Wahlen. Das Land sollte möglichst bald eine rechtmäßig gewählte Führung bekommen, die international und gegenüber den Tuareg als Gesprächspartner fungieren könnte.

Kidal als Angelpunkt des Friedensprozesses in Mali

Entscheidend für die Verhandlungen mit der MNLA und den Friedensprozess war und blieb der „Fall Kidal“. Der Status der Region wurde durch das Abkommen von Ouagadougou nicht geklärt, dessen Hauptziel es war, das Einverständnis der Parteien zu Präsidentschaftswahlen für Juli 2013 zu erzielen. So wurden die Verhandlungen zwischen den Behörden Malis und der MNLA unter der Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, wieder aufgenommen. Ziel war die Kasernierung und anschließende Entwaffnung der Rebellengruppen, die Rückkehr der Armee und der Verwaltung Malis sowie die Durchführung der genannten Wahlen auf dem gesamten malischen Staatsgebiet, einschließlich Kidal.

Die Verhandlungen begannen mit drei Tagen Verspätung, und sehr bald führten die Sicherheitsfragen zu Kontroversen. Der wichtigste Vertreter der malischen Führung, der frühere Minister Tiébilé Dramé, wandte sich am 13. Juni 2013 mit der Bemerkung an die Presse: „Wir sind für den Frieden, aber einen Frieden, der die Interessen Malis verteidigt.“ Während die Regierung sich unmittelbar nach der Ankunft ihrer Truppen in Kidal für eine Entwaffnung der MNLA einsetzte, forderten die Tuareg-Rebellen die Aussetzung der gerichtlichen Verfolgungen einiger ihrer Mitglieder. Angesichts der langwierigen Verhandlungen erkannte auch der Präsident Malis, dass der Entwaffnungsprozess Geduld und Ausdauer erfordern würde. Nach zähen, teils von Missverständnissen geprägten Verhandlungen vermochten

schließlich der ivorische Präsident Alassane Ouattara sowie der französische Präsident François Hollande, Bamako zur Annahme des Abkommens von Ouagadougou zu bewegen.

Der Regierung Bamakos gelang es, wesentliche für den Staatserhalt Malis erforderliche Prinzipien einzubeziehen – die Demokratie (als Abkehr von jedweder religiösen Regierungsform), aber auch und vor allem die Unantastbarkeit der Grenzen, so wie in Kapitel I des Abkommens festgelegt. Das Abkommen von Ouagadougou sah eine Umsetzung in mehreren Schritten vor: die Organisation der Wahlen, insbesondere in Kidal, die Durchsetzung eines Waffenstillstands, die Rückkehr der Rebellen des Nordens in ihre Quartiere sowie gleichzeitig die Entsendung malischer Sicherheitskräfte und Verwaltungsbeamter zur Durchführung der Wahlen. Während der Verhandlungen selbst war Traoré bemüht, die Kernfragen zur Sicherheit und zu den Hoheitsrechten Malis in den Vordergrund zu stellen. Er wollte das Monopol der Armee, der Sicherheit und der Souveränität ausschließlich Bamako zusichern. Die Umstände sprachen jedoch gegen eine Erfüllung dieser Forderung, zumal Frankreichs Position hier eine gänzlich andere war. In Paris war man überzeugt, man könne die Tuareg-Frage nicht gewaltsam lösen, und wollte den Tuareg eine gewisse, auch militärische Autorität in Kidal zugestehen. So verzögerten sich die Verhandlungen mit den Tuareg-Gruppen, die Kidal besetzten, immer wieder. Erst das Ouagadougou-Abkommen brachte eine zeitlich begrenzte Lösung.

Manche Beobachter sind der Ansicht, Frankreich sei gegenüber den Tuareg nicht entschlossen genug vorgegangen, um die Regierung Malis in ihrem Wunsch, die Integrität des Staates effektiv zu gestalten, zu unterstützen. Somit hat Bamako zwei seiner Forderungen nicht durchsetzen können: Einerseits die sofortige Entwaffnung der Tuareg-Kämpfer in Kidal und andererseits die Streichung des Terminus „Azawad“ aus dem Abkommen von Ouagadougou. Die Regierung hatte sich lange vergeblich gegen den Begriff gewehrt, mit dem die Tuareg die Region Nordmalis bezeichnen. Insofern kann die Regierung aus ihrer Sicht allenfalls einen Etappensieg verbuchen.

Der Wahlverlauf: Von der Ungewissheit zum überraschenden Ausgang

Die Resolution 2085 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen stellt eine entscheidende Wendung für die Wiederherstellung der Institutionen Malis dar. Der Sicherheitsrat rief die malische Führung auf, einen Zeitplan für den demokratischen Übergang und die Durchführung freier und transparenter Wahlen aufzustellen, um dem Land seine institutionelle Ordnung zurückzugeben. Wie erwähnt waren die Wahlen mehrmals verschoben worden, da eine Wiedereroberung des malischen Nordens als prioritär angesehen wurde.

Nach der Wiederherstellung der territorialen Integrität durch die französisch-afrikanische Militärintervention kam es angesichts der MNLA-Weigerung, Wahlen auch in der Region von Kidal durchzuführen, erneut zu deren Verschiebung. Zudem musste zunächst der Status der seinerzeitigen Putschisten geklärt werden, um das politische Klima zu befrieden. Insofern stellt das Abkommen von Ouagadougou schließlich einen Kompromiss dar.

Am 27. Mai 2013 wurde das Wahlgesetz verabschiedet, das die Durchführung der Präsidentschaftswahlen in Mali sowie in dessen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im ersten Wahlgang für den 28. Juli 2013 und einen eventuellen zweiten Wahlgang für den 11. August 2013 vorsah. Die Ereignisse überstürzten sich bis zum 29. Juni 2013, als der Verfassungsrat die gültigen Kandidaturen für das Präsidentenamt bekanntgab: Von 36 Kandidaturen wurden acht abgelehnt.

Organisationsmängel und logistische Probleme haben die Abstimmung in den Regionen und der malischen Diaspora, vor allem in Frankreich, überschattet.

Am 7. Juli 2013 begann in diesem schwierigen politischen Klima der Wahlkampf, der es den Kandidaten ermöglichte, sich der Bevölkerung vorzustellen. Der erste Wahlgang verlief transparent und ohne nennenswerte Zwischenfälle, wengleich auch Organisationsmängel und logistische Probleme in manchen Wahlbüros die Abstimmung in den Regionen und der malischen Diaspora, vor allem in Frankreich, überschattet haben.

Beide Favoriten, Ibrahim Boubacar Keïta (IBK) und Soumaïla Cissé, waren einst Mitbegründer der größten politischen Partei Malis, der Allianz für die Demokratie Malis (ADEMA), gewesen. Bei den ersten Hochrechnungen lag IBK weit vorn. Cissé widersprach dem Ergebnis unter Berufung auf zahlreiche Organisationsmängel und beklagte Wahlbetrug. Keïta rief seine Parteigänger zur Ruhe auf und sprach sich gegen jedwede Demonstration bis zur Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse aus. Diese sahen wie folgt aus: IBK erhielt demnach 39,79 Prozent der Stimmen, gefolgt von Soumaïla Cissé mit 19,70 Prozent, bei einer in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen in Mali bisher unerreichten Wahlbeteiligung von 49,98 Prozent. Ein zweiter Wahlgang war unumgänglich, auch wenn der Minister für Territorialverwaltung in einer Äußerung, die die politische Klasse zu entzweien drohte, das Gegenteil behauptet hatte. Der entsprechende Wahlkampf wurde auf 48 Stunden begrenzt, zudem war die Mobilisierung angesichts der Feier des Aïd el Fitr (Ende des Ramadan) vergleichsweise gering. So sank auch die Wahlbeteiligung am 11. August auf 45,78 Prozent.

Ein zweiter Wahlgang war unumgänglich, auch wenn der Minister für Territorialverwaltung in einer Äußerung, die die politische Klasse zu entzweien drohte, das Gegenteil behauptet hatte.

Die Mehrheit der zuvor erfolglosen Kandidaten unterstützte nunmehr IBK, der mit großem Abstand als Favorit in die Wahlen ging. Als am 12. August die ersten Hochrechnungen IBK als Sieger bekannt gaben, stattete der geschlagene Soumaïla Cissé seinem Rivalen zur allgemeinen Überraschung einen Hausbesuch ab und gratulierte ihm zum Erfolg. Die offizielle Bekanntgabe der Ergebnisse am 15. August 2013 bestätigte die Prognosen im Sinne eines klaren Wahlsiegers IBK (77,6 Prozent der Stimmen gegen 22,4 Prozent für Cissé).

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN NEUEN PRÄSIDENTEN

Mit dem Abschluss der Wahlen ist ein wichtiger Schritt getan. Doch die Herausforderungen, die auf den neuen Präsidenten warten, sind beachtlich. Dessen Hauptanliegen, die Sicherheitslage, verlangt insbesondere eine Reform der malischen Armee und einer regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel. Eine Reform der Institutionen Malis, die das Fortbestehen des mit zahlreichen Mängeln behafteten demokratischen Systems nicht

hatten garantieren können, ist nach Ansicht zahlreicher Akteure des politischen Lebens unumgänglich. Für sie ist der Kampf gegen Korruption und Günstlingswirtschaft in der Verwaltung eine Vorbedingung für die Aussöhnung des malischen Volkes mittels einer „Dialogkultur“, so wie auch in Artikel 3 des Abkommens von Ouagadougou dargelegt. Eine der größten Herausforderungen für den neugewählten Präsidenten Keïta liegt zweifellos in der Frage des ungeklärten Status Kidals.



Vor großen Herausforderungen: Präsident Keïta nimmt nach seiner Vereidigung Glückwünsche entgegen. | Quelle: Mali Buzz, flickr ©111.

Neben den rein sicherheitsbezogenen und politischen Fragen muss auch die seit dem Beginn der Krise desolante Wirtschaft Malis mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft wieder in Gang gebracht werden. Nach Ansicht des Senegalesen Birama Fall² wird IBK nicht nur mit den verheerenden Folgen des Staatsstreichs im März 2012 und der anschließenden Besetzung des Norden durch die Terroristengruppen zu kämpfen haben, sondern auch mit der keineswegs rühmlichen Bilanz der Übergangsregierung. Hinzu kommen die Auswirkungen der in der Regierungszeit ATT begangenen Fehler, die der Autorität und Glaubwürdigkeit des Staates nachhaltig geschadet haben. Die Herausforderungen, die auf IBK warten, sind somit beachtlich.

2 | Birama Fall, „IBK, Président: Les défis et attentes“, *Le Prétoire*, 29.09.2013, <http://maliweb.net/news/politique/2013/08/29/article,166615.html> [31.10.2013].

Neben der Umsetzung des Abkommens und der Neugestaltung des Staats drängt auch die Wiederherstellung eines größeren Maßes an Disziplin innerhalb der Streit- und Sicherheitskräfte. Seit Jahren leidet die malische Bevölkerung unter den Auswirkungen von Disziplinmangel und Gehorsamsverweigerung sowie unter schwerwiegenden Ausschreitungen von Mitgliedern der Armee und der Sicherheitskräfte gegenüber der Zivilbevölkerung. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Ernennung des Putschisten Sanogo zum General von der Armee keineswegs einstimmig begrüßt wurde. In den diversen Armeecorps sind Disziplinlosigkeit und Missachtung der Hierarchie an der Tagesordnung. Die extreme Politisierung der Truppen, vor allem der Garnison von Kati³ und zahlreicher Mitglieder sehr aktiver Polizeigewerkschaften, haben hunderte Uniformierte in Anarchie und Gesetzlosigkeit abdriften lassen. Um die Neugründung der Armee, der Gendarmerie und der Polizei Malis effizient zu forcieren, benötigen die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte entsprechend Mittel und Personal.

Ferner drängen die Wiederbelebung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie die Stärkung der Einheit des Landes. Auch nach der Wahl ist das Land noch tief gespalten zwischen Putschanhängern und -gegnern, zwischen weltlichen und klerikalen Entscheidungsträgern, zwischen den diversen, sich unversöhnlich gegenüber stehenden Gemeinschaften. In der Armee ihrerseits stehen sich Gesetzestreue und Aufständische gegenüber, die politische Klasse ist stark geschwächt und hat wegen ihrer wechselhaften Positionierung und ihres Mangels an Führungskompetenz weitgehend an Achtung verloren – ein Ende der Probleme ist somit nicht absehbar. IBK sollte daher eine Politik betreiben, die auf die Motivierung aller Gesellschaftsgruppen abzielt und somit der malischen Bevölkerung insgesamt neue Dynamik verleiht: Geht es doch um die Stärkung des Wunsches, gemeinsam, unter Einbeziehung der soziokulturellen Werte, die Malis nationales Fundament darstellen, das Leben zu gestalten und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

3 | Kati, 15 Kilometer entfernt von Bamako, ist eine Garnisonsstadt und das Hauptquartier des Helden des Staatsstreichs vom 22. März 2012, Amadou Haya Sanogo.

Essenziell für das Land ist zudem, die staatliche Autorität und Verwaltung im Norden neu zu etablieren. Besonders in den dortigen marginalisierten Regionen haben bisherige Entwicklungsprogramme kaum zu nennenswerten Ergebnissen geführt. Der relative Erfolg der radikalen Islamisten des Nordens ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie die Religion als Alternative gegenüber einem unfähigen und korrupten Staat anboten. Der Islam wurde als Quelle der Moral und Gerechtigkeit dargestellt, die der Staat den Menschen im Norden seit Jahren nicht mehr bieten konnte. Manche Beobachter haben die „übertrieben häufige“ Bezugnahme auf religiöse Themen und Inhalte während der Wahlkampagne und sogar in der Antrittsrede IBKs bemängelt. Dies ist auch dadurch erklärbar, dass seine Kandidatur und seine Kampagne teilweise von mehr als hundert in der „Sebati“-Bewegung organisierten islamischen Vereinen unterstützt und finanziert wurden. Diese Bewegung steht dem Imam Diko nahe, dem wahhabitischen Doktrinär des Hohen Islamischen Rats von Mali.

Jenseits aller Symbole und Absichtserklärungen ist es wichtig, die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen des Nordens zu berücksichtigen, ohne die nationale Einheit zu gefährden. Die Dezentralisierung muss effektiv sein, die eingesetzten Mittel müssen sinnvoll verwendet werden. Der Staat muss die Führungskräfte aus den Madrasas achten und den Absolventen islamischer Universitäten Karriere-möglichkeiten bieten, um Unzufriedenheit und Frustration vorzubeugen, die sich die salafistischen oder radikalen Bewegungen zu Nutze machen könnten. In der Tat bilden die in den arabischen Ländern ausgebildeten Eliten einen potenziellen Rekrutierungspool für die Dschihadisten.

Der Kampf gegen den Terrorismus und allgemeine Sicherheitsfragen müssen auf regionaler Ebene behandelt werden.

Aufgabe des neuen Präsidenten ist es nun, die Dinge ins Lot zu bringen, indem er die allgemeine Verbindlichkeit bestimmter Grundsätze für Staatsbürger und Staatsvertreter gleichermaßen hervorhebt. Auf westafrikanischer Ebene: Die meisten aktuellen Herausforderungen richten sich an den malischen Staat als ersten Betroffenen, jedoch muss auch die ECOWAS verantwortlich handeln, vor allem angesichts der durchlässigen Grenzen und der somit quasi unkontrollierbaren transnationalen Bewegungen. Der Kampf gegen den Terrorismus und allgemeine Sicherheitsfragen

müssen auf regionaler Ebene behandelt werden. Denn kein Staat, sei er noch so mächtig, kann den Kampf um die Sicherheit im Alleingang gewinnen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Präsidentschaftswahlen in Mali waren unumgänglich als Voraussetzung zur Lösung einer politischen Krise, die als Sicherheitskrise begonnen hatte. Die Verflechtung innenpolitischer und sicherheitspolitischer Dimensionen dieser Krise hat deren Lösung erschwert – und sie ist noch nicht beendet. Der erfolgreich durchgeführte Wahlvorgang war nur ein wichtiger Schritt in einem Übergangsprozess.

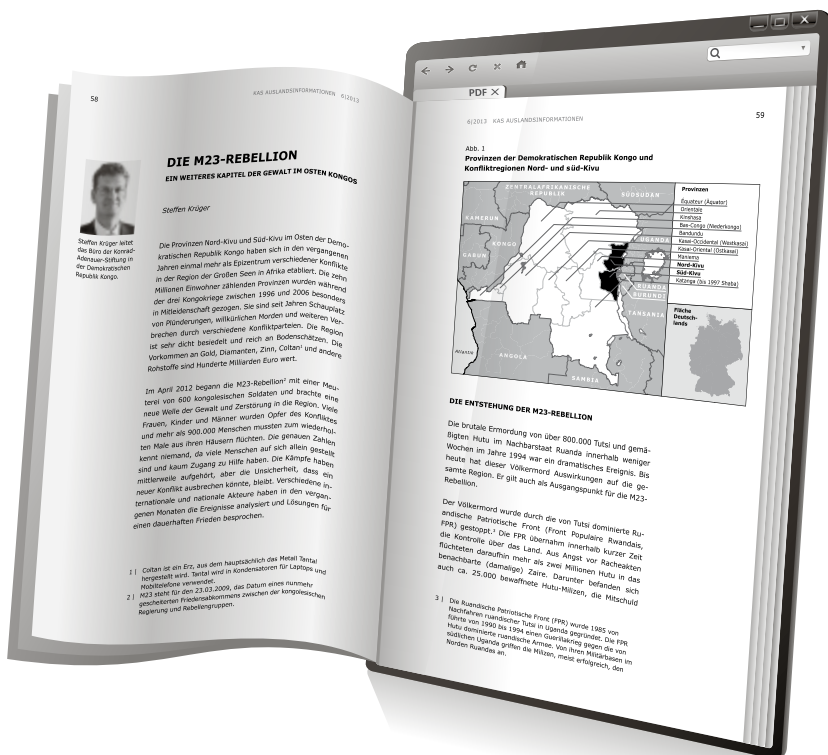
Während sich auch die internationale Gemeinschaft angesichts des positiven Wahlverlaufs zufrieden zeigt, bleibt die heikle Frage der Tuareg ungelöst. Auf Präsident IBK, der ein ausgeblutetes Land am Rand des wirtschaftlichen Bankrotts übernommen hat, wartet nicht zuletzt die Aufgabe, die Staatsgewalt auf dem ganzen Territorium wiederherzustellen. Eben diese Herausforderung wird umso deutlicher angesichts der jüngsten Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der MNLA und der malischen Armee am 11. September 2013. Der religiöse Radikalismus könnte erneut ausbrechen, wenn die Wirtschaftsentwicklung nicht positiv verläuft und Hoffnung auf ein Ende von massenhafter Jugendarbeitslosigkeit und sozialem Elend gibt – zwei Ursachen für politische Gewalt und Terrorismus.

Der Artikel wurde aus dem Französischen übersetzt.

Auslandsinformationen online

Die aktuellen Auslandsinformationen schon vor der gedruckten Ausgabe und sämtliche Beiträge seit 1995:

www.kas.de/auslandsinformationen



deutschsprachige Ausgabe
kas.de/auslandsinformationen

Gedruckte Ausgabe abbestellen: redaktion-auslandsinformationen@kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

11 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung